

Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung  
Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Band 44

Herausgegeben von Dieter Dowe und Michael Schneider

Die Drucklegung dieser Studie wurde von der  
Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung  
gefördert.

Andreas Vogtmeier

# Egon Bahr und die deutsche Frage

Zur Entwicklung  
der sozialdemokratischen  
Ost- und Deutschlandpolitik  
vom Kriegsende  
bis zur Vereinigung



A 00 - 02524

---

Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger

## Der Autor

Andreas Vogtmeier, geboren 1965, Dr. phil., hat Politische Wissenschaft, Geschichte und Publizistik an der Freien Universität Berlin studiert. Journalistische Tätigkeit für verschiedene Tageszeitungen, Hörfunk und Fernsehen. 1991–1992 als Mitarbeiter im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung betraut mit der wissenschaftlichen Einrichtung des Depositums Egon Bahr.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Vogtmeier, Andreas:

*Egon Bahr und die deutsche Frage : zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung / Andreas Vogtmeier.*  
[Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung]. – Bonn :

Dietz, 1996

(Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte ; Bd. 44)

ISBN 3-8012-4070-3

NE: GT

Copyright © 1996 by Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH

In der Raste 2, D-53129 Bonn

Umschlaggestaltung: Manfred Waller, Reinbek

Titelabbildung: Sabine Rübensaat

Satz: Fotosatz Günther, Königswinter

Druck und Verarbeitung: Saarbrücker Druckerei und Verlag

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 1996

# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung .....	9
1.1	Gegenwartsinteresse, Gegenstand und Problemstellung.....	9
1.2	Forschungsstand und Methode der Arbeit .....	12
1.3	Quellenbasis und Quellenqualifikation .....	18
2	Jugend im Zwiespalt – Biographische Skizze bis 1945 .....	20
3	Egon Bahr – Ein Kalter Krieger?	
	Die Jahre vom Kriegsende bis zum Mauerbau .....	25
3.1	Die Nachkriegszeit – Bahrs „Stunde Null“? .....	25
3.2	Jakob Kaiser und Kurt Schumacher - Vorbildliche Patrioten, patriotische Vorbilder? .....	28
3.3	Die Stalin-Note 1952 – Eine vertane Chance? .....	35
3.4	Der 17. Juni 1953 – Aufstand für die Einheit? .....	38
3.5	Eintritt in die SPD – „Sieg der Vernunft“?.....	44
4	Die Bedeutung des Mauerbaus für die ost- und deutschlandpolitische Konzeption Egon Bahrs .....	51
5	„Wandel durch Annäherung“ .....	59
5.1	Die Tutzingener Rede 1963 .....	59
5.2	Die operative Umsetzung der ostpolitischen Neuorientierung .....	66
5.3	Entspannung und Wiedervereinigung .....	73
6	Das unveröffentlichte Buchmanuskript 1965/66 .....	80
6.1	Deutschland, was nun? – Grundannahmen einer Konzeption.....	80
6.2	Ein Stufenmodell für die Einheit .....	86
6.3	Zur Kritik an Bahrs Manuskript .....	90
7	Große Koalition .....	96
7.1	Egon Bahr im Planungsstab.....	98
7.2	Planungsstudien .....	102
7.2.1	Europäische Sicherheit .....	104
7.2.2	Außenpolitik einer künftigen Bundesregierung .....	108
7.2.3	Rahmenvertrag mit der DDR .....	113
8	Die Ostvertragspolitik.....	118
8.1	Die sozialliberale Koalition – Ein Bündnis für die Ostpolitik? .....	118
8.2	Der Moskauer Vertrag .....	121
8.2.1	Der Unterhändler Egon Bahr – „Der Theoretiker geht an die diplomatische Front“ .....	123
8.2.2	Verhandlungen in Moskau – Inhalte, Ziele, Strategie .....	128
8.2.3	Der Brief zur deutschen Einheit – Die „deutsche Frage“ als Thema der Moskauer Verhandlungen .....	133
8.3	Das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin.....	140
8.3.1	Die Bedeutung Berlins innerhalb der Bahrschen Konzeption .....	141
8.3.2	Das Vier-Mächte-Abkommen – Schnittpunkt der Entspannungskonzeptionen?.....	145

8.4	Der Grundlagenvertrag .....	152
8.4.1	Der Grundlagenvertrag – Eine abnorme Normalisierung? .....	154
8.4.2	Die deutsche Einheit als Thema der deutsch-deutschen Verhandlungen .....	159
9	Ostpolitik in der Krise? .....	169
9.1	Sicherheitspolitik zwischen Euphorie und Ernüchterung – Die Frage der Truppenreduktion.....	169
9.2	Ostpolitik auf dem Prüfstand – Das Ende der Flitterwochen? .....	180
9.3	Über Moskau ans Ziel – Eine entspannungspolitische Sackgasse? .....	191
9.4	Schmidts „realistische Entspannungspolitik“ – Ein Abschied von der Bahrschen Konzeption? .....	202
10	Exkurs: Entwicklungspolitik mit entspannungspolitischem Instrumentarium? .....	212
11	Exkurs: Bundesgeschäftsführer Bahr – Eine intelligente Fehlentscheidung? .....	218
12	Gemeinsame Sicherheit – Kontroversen und Konzepte .....	222
12.1	Neutronenbombe – Perversion des Denkens? .....	222
12.2	NATO-Doppelbeschluß – Zwischen Loyalität und Überzeugung .....	229
12.3	„Gemeinsame Sicherheit“ – Fortsetzung der Entspannungspolitik auf militärischem Gebiet.....	241
12.4	Die „Europäisierung Europas“ – Ist Entspannung teilbar? .....	252
13	Die Chancen in der Teilung suchen .....	265
13.1	Die „zweite Ostpolitik“ – Sozialdemokratische „Nebenaußenpolitik“? .....	265
13.2	Der SPD/SED-Dialog – Suche nach Gemeinsamkeit .....	275
13.3	„Lebenslüge Wiedervereinigung“?.....	287
14	Zwei Friedensverträge – Resignation oder Hoffnung? .....	293
14.1	Bahrs Antwort auf Gorbatschow .....	293
14.2	Nachdenken über Deutschland .....	302
15	Die Einheit – Ein Traum wird Wirklichkeit? .....	311
15.1	Das Jahr 1989 – „Wandel durch Nähe“? .....	311
15.2	Der Weg zur Einheit – Von der Utopie zum Problem .....	322
16	Zusammenfassung der zentralen Aspekte der Bahrschen Deutschlandkonzeption .....	333
16.1	Egon Bahr und die Nation .....	333
16.2	Egon Bahr und Europa .....	342
16.3	Egon Bahr und Sicherheit .....	350
17	Egon Bahrs „inneres Geländer“ .....	358
18	Schlußbetrachtung .....	374
19	Abkürzungsverzeichnis .....	379
20	Quellen- und Literaturverzeichnis .....	381
	Nachbemerkung .....	400

# 9 Ostpolitik in der Krise?

## 9.1 Sicherheitspolitik zwischen Euphorie und Ernüchterung – Die Frage der Truppenreduktion

Die enge Verknüpfung von deutscher Frage und europäischer Sicherheitsproblematik gehört zu den Grundkonstanten deutscher Nachkriegspolitik. Die Frage einer möglichen Truppenreduzierung spielte dabei stets eine zentrale Rolle. Für Egon Bahrs deutschlandpolitisches Gesamtkonzept waren Truppenverminderung und Abrüstung die unerläßliche Zwischenstufe zu einem europäischen Sicherheitssystem.

Mit dem Harmel-Bericht, der auf einer NATO-Ratstagung in Brüssel am 14. Dezember 1967 von den Außenministern der Allianz gebilligt wurde, schienen Truppenreduktionen von einer theoretischen Möglichkeit zu einer realistischen Chance geworden zu sein. Zumindest war mit diesem „Bericht über die künftigen Aufgaben der Allianz“<sup>1</sup>, der auf Initiative des belgischen Außenministers Pierre Harmel zustande kam, neben der politischen auch die militärische Entspannung auf die internationale Tagesordnung gesetzt worden. In dem NATO-Dokument hieß es ausdrücklich: „Militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung stellen keinen Widerspruch, sondern eine gegenseitige Ergänzung dar.“<sup>2</sup> „Maßnahmen zur Abrüstung und praktischen Rüstungskontrolle einschließlich der Möglichkeit ausgewogener Truppenverminderungen“<sup>3</sup> wurden in Aussicht gestellt. Konkretisiert wurde dieses Angebot im Sommer 1968 mit dem „Signal von Reykjavik“<sup>4</sup>. In einer Erklärung der NATO-Außenminister wurde einseitigen Verminderungen der Truppenstärke eine Absage erteilt und statt dessen Verhandlungen über beiderseitige Truppenreduzierungen angeboten, die auf Gegenseitigkeit beruhen und nach Umfang und zeitlichem Ablauf ausgewogen sein sollten.<sup>5</sup>

Harmel-Bericht und „Signal von Reykjavik“ stellten den ersten und vielleicht wichtigsten Versuch dar, Bündnis- und Sicherheitspolitik mit Ost- und Entspannungspolitik zu verknüpfen. Außenminister Brandt war an diesem Unternehmen eines Brückenschlages zwischen militärischer Sicherheit und Entspannungspolitik unter besonderer Betonung der „Deutschlandfrage“<sup>6</sup> maßgeblich beteiligt.<sup>7</sup> Für Brandt und Bahr „ordneten sich Truppenreduzierungen logisch ein in das Gesamtkonzept eines europäischen Sicherheitssystems“<sup>8</sup>. Für Egon Bahr war die Vermin-

1 Vgl. Kommuniqué über die Ministertagung des Nordatlantikrats vom 13. bis zum 14. Dezember 1967 in Brüssel, sowie Anhang: Bericht des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz. In: Europa-Archiv, Folge 3/1968, S. D 73–77.

2 Ebd., S. D 76.

3 Ebd., S. D 77.

4 Vgl. Kommuniqué über die Ministertagung des Nordatlantikrats am 24. und 25. Juni 1968 in Reykjavik, sowie Anhang: Erklärung der Außenminister und Vertreter der am NATO-Verteidigungsprogramm beteiligten Länder über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen. In: Europa-Archiv, Folge 15/1968, S. D 357–360.

5 Vgl. Haftendorn: Sicherheit und Entspannung, S. 529.

6 In Artikel 8 des Harmel-Berichtes heißt es hierzu: „Eine endgültige und stabile Regelung in Europa ist jedoch nicht möglich ohne eine Lösung der Deutschland-Frage, die den Kern der gegenwärtigen Spannungen in Europa bildet.“ (Zitiert nach: Europa-Archiv, Folge 3/1968, S. D 76.)

7 Vgl. Haftendorn: Entstehung und Bedeutung des Harmel-Berichtes der NATO von 1967. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Heft 2/1992, S. 169–221.

8 Haftendorn: Sicherheit und Entspannung, S. 528.

derung von Truppen darüber hinaus unverzichtbares Element seines deutschlandpolitischen Stufenplans, Gegenstand theoretischer Überlegungen und operativer Verhandlungen.

Bereits im Januar 1968, also ein halbes Jahr vor dem NATO-Beschluß in Reykjavik, hatte Bahr im Auftrag Brandts abrüstungspolitische Signale in Richtung Osten ausgesendet. Bei einem geheimen Treffen mit hochrangigen Vertretern der Kommunistischen Partei Italiens, an dem Ende Januar 1968 in München neben Bahr auch Leo Bauer teilnahm, ging es den Sozialdemokraten um die Darlegung ihrer „entspannungspolitischen Überlegungen“<sup>9</sup>. Adressat dieser Botschaft waren die Sowjetunion und die DDR; die KPI-Funktionäre sollten als „Dolmetscher“<sup>10</sup> fungieren. Daß die vertrauliche Mitteilung den vorgesehenen Empfänger erreichte, belegt eine Aktennotiz vom 20. Februar 1968 über ein Gespräch des sowjetischen Botschafters in Ost-Berlin, Pjotr A. Abrassimow, mit Erich Honecker, die sich im Zentralen Parteiarchiv der SED findet. In diesem Gespräch teilte Abrassimow Honecker mit, daß Bahr in der Unterredung mit den KPI-Vertretern u.a. eine Verringerung der in Westeuropa stationierten amerikanischen Truppen und der in Osteuropa stationierten sowjetischen Truppen vorgeschlagen habe.<sup>11</sup>

Der hohe Stellenwert des Themas „Truppenverminderung“ geht auch aus den unter Bahrs Leitung entstandenen Planungspapieren des Auswärtigen Amtes hervor. In der vom 27. Juni 1968 datierten Aufzeichnung „Konzeptionen der europäischen Sicherheit“ faßte Bahr die neuentstandenen Möglichkeiten zum Truppenabbau zusammen: „Die westliche Politik der Entspannung ist in eine neue Phase getreten. Möglichkeiten zur Verminderung der in Europa stehenden Streitkräfte werden ernsthaft geprüft. Der Gedanke wird ventiliert, hierüber mit dem Osten zu verhandeln. [...] Die Bundesrepublik Deutschland, deren Ziel die Überwindung des Status quo durch eine Europäische Friedensordnung ist, hat alles Interesse daran, sich in diese Diskussion maßgeblich einzuschalten. [...] Es geht nicht primär um Vermehrung oder Verminderung der militärischen Sicherheit: Die Bundesrepublik Deutschland, die im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses ausreichende Sicherheit fand, kann mehr und größere militärische Sicherheit durch eine Veränderung der Verhältnisse nicht erwarten. Andererseits darf keine der ins Auge gefaßten Maßnahmen die Sicherheit

9 Die Intention, die hinter dem Gespräch mit den KPI-Funktionären Segre und Galuzzi steckte, hat Bahr später folgendermaßen umschrieben: „Wir hatten, zu Zeiten der Großen Koalition, weder zu den politisch relevanten Stellen in Moskau noch zu denen in der DDR einen zuverlässig funktionierenden Kontakt, wußten aber, mit welchen Verdrehungen und Verleumdungen unserer Absichten insbesondere die DDR tätig war. Die Begegnung in München fand statt kurz vor oder nach einem entsprechenden Besuch einer Parteidelegation der SED bei der KPI. Uns lag daran, daß die KPI, und auf diesem Wege vielleicht auch die SU, unsere Auffassungen und Argumente hörten und nicht nur auf die Äußerungen der DDR angewiesen waren. Vom Redneraustausch über die Passierscheine bis zum Gewaltverzicht unter Einschluß der DDR reichte die zusammenhängende Darstellung.“ (Brief Bahrs an Joachim Schwelien; 10.2.76. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 424.)

10 Vgl. Schmid, Günther: Entscheidung in Bonn, S. 20.

11 Vgl. Aktennotiz über das Gespräch von Erich Honecker mit Botschafter Abrassimow vom 20.2.68. In: ZPA, Bestand Ulbricht, Sign. J IV 2/202 – 80. In der Aktennotiz heißt es außerdem: „Zur Frage einer möglichen Auflösung der Militärblocks meinte Bahr, die Lösung dieser Frage müsse drei Elemente beinhalten: 1. die Durchführung von Teilmaßnahmen zur Entspannung, um eine Situation des Vertrauens zwischen den Ländern der beiden Blocks zu schaffen, deren Auflösung gegenwärtig unmöglich ist; 2. müßte nach Lösungen gesucht werden, die zur Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit beitragen; 3. die Lösung des deutschen Problems nach Abschluß dieses erwähnten Prozesses. Die SPD hält es für notwendig, daß die Sowjetunion und die USA an der Lösung der Fragen in allen drei Etappen beteiligt sind.“

gefährden. Bei gleichmäßiger gegenseitiger Truppenreduzierung ist ein Gleichgewicht definitionsgemäß weiter gegeben. [...] Unter dieser Voraussetzung hinreichender militärischer Sicherheit ist der Gedanke der Truppenreduzierungen vielmehr in erster Linie politischer Natur.“<sup>12</sup>

Mit diesem Planungspapier zur europäischen Sicherheit, zwei Tage nach der NATO-Frühjahrstagung und ihrem abrüstungspolitischen „Signal von Reykjavik“ fertiggestellt, gab Bahr eindrucksvoll Aufschluß über die Prämissen, unter denen er den Aspekt Truppenreduktion in sein deutschlandpolitisches Gesamtkonzept einordnete. Die Verminderung von Streitkräften war für den Sozialdemokraten nicht in erster Linie eine Frage der militärischen, sondern der politischen Sicherheit. Neben dem „vergleichsweise untergeordneten Aspekt einer Verminderung der Rüstungslasten“ gehe es vor allem darum, „den politischen Antagonismus abzubauen und eine Lage zu schaffen, die einer Lösung der europäischen politischen Probleme förderlich ist.“ Bahr verwies in dem Planungspapier auf den qualitativen Sprung, den Truppenreduzierungen im Vergleich zu anderen Entspannungsmaßnahmen, auch im Vergleich zu Gewaltverzichtserklärungen, bedeuten würden. „Denn“, so Bahr, „mit Truppenreduzierungen wird sicher in die Substanz, wahrscheinlich in die Struktur der Bündnisse eingegriffen; durch die Art ihrer Behandlung werden Weichen für die Zukunft gestellt.“ Die substantielle Bedeutung von Truppenreduzierungen mache es erforderlich, daß bereits in einem frühen Stadium „die Folgen der einzelnen Schritte bis zu ihrem Ende durchdacht werden“ müssen. Deshalb komme es entscheidend darauf an, ein Bild von dem erstrebten Zustand vor Augen zu haben und Wert oder Unwert jedes einzelnen Schrittes an diesen Zielvorstellungen zu messen. Bahrs Schlußfolgerung: „Wir sind mithin schon durch die Entwicklung gezwungen, unsere Vorstellungen von einer Europäischen Friedensordnung hic et nunc zu konkretisieren.“<sup>13</sup>

In seinem unveröffentlichten Buch „Was nun?“ hatte Bahr 1965 „die Aufgabe der deutschen Einheit“ umschrieben als „Aufgabe, die sowjetischen Truppen aus dem von ihnen besetzten Gebiet Deutschlands zum Abzug zu bringen“<sup>14</sup>. Hierin sah der Sozialdemokrat auch noch 1968 den Wert von Verhandlungen über Truppenverminderungen: „Ein wesentliches politisches Ziel, das mit vereinbarten Truppenreduktionen erreicht werden kann, ist die Verminderung der sowjetischen Streitkräfte in der DDR. Eine solche Verminderung, die tendenziell zum Abzug der sowjetischen Truppen führt, würde eine innere Entwicklung der DDR ermöglichen, die zur Annäherung der beiden Teile Deutschlands führt. Darüber hinaus würde sie das sowjetische Übergewicht in Osteuropa verringern.“<sup>15</sup>

Während die NATO-Verbündeten (insbesondere die Vereinigten Staaten und Großbritannien) Truppenreduktionen vor allem unter finanzpolitischen Aspekten beurteilten, bewertete Bahr die Verminderung von Stationierungstreitkräften unter deutschlandpolitischen Gesichtspunkten. Speziell die USA, aber auch andere NATO-Staaten, waren an einer finanziellen Entlastung interessiert. In erster Linie ging es

12 Aufzeichnung Pl – 82.01/0223/68 Bahr/betr. Europäische Sicherheit; 27.6.68. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 396. Veröffentlicht in: Bahr: Sicherheit für und vor Deutschland, S. 60–82; hier S. 62f.

13 Ebd., S. 63.

14 Bahr: Was nun? (Unveröffentlichtes Buchmanuskript), S.33. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 465.

15 Bahr: Sicherheit für und vor Deutschland, S. 65.

ihnen um die Reduzierung der Stationierungskosten. Den Vereinigten Staaten, zusätzlich belastet durch das militärische Engagement in Vietnam, kam es aufgrund der „angespannten Außenhandelsbilanz“<sup>16</sup> auf eine andere Verteilung des Lastenausgleichs an. Diesem Anliegen entsprach auch die am 2. Mai 1967 getroffene Dreiervereinbarung zwischen der Bundesrepublik, den USA und Großbritannien, in der sich die deutsche Regierung zu einem Devisenausgleich verpflichtete.<sup>17</sup>

Bahrs Strategie sah vor, das amerikanische Interesse an einer finanziellen Entlastung für die Realisierung der zweiten Stufe seiner Entspannungskonzeption zu nutzen. Dabei sei es maßgeblich, vorschnelle und einseitige Abrüstungsschritte zu verhindern. In seinem Planungspapier zur „Außenpolitik einer künftigen Bundesregierung“ vom September 1969 unterstrich der Sozialdemokrat, daß einer von ihm propagierten „Politik der vollen Gleichberechtigung“ die Tatsache entgegenkomme, „daß die amerikanische Regierung zunehmend Lasten der Außenpositionen auf ihre Verbündeten übertragen will“.<sup>18</sup> Egon Bahr sprach in diesem Planungspapier folgende Prognose aus: „Es ist nicht auszuschließen, daß sich in Amerika die Tendenz zur Reduzierung der Stationierungstruppen sogar noch vor 1971 (dem Zeitpunkt, bis zu dem der Devisenausgleich geregelt ist) derart verstärkt, daß es zu ersten substantiellen Truppenreduzierungen kommt, und auch großzügige Angebote für künftige Lösungen des Devisenausgleichsproblems eine weitere Minderung der militärischen Präsenz der Amerikaner in Europa nicht verhindern können. Es gilt, diese Minderung der Truppenpräsenz nicht einseitig erfolgen, sondern Bestandteil ausgewogener Truppenreduzierungen in Ost und West im Sinne der Beschlüsse von Reykjavik werden zu lassen. Auch aus diesem Grunde sollten wir eigene Vorschläge für die Reduzierung der Stationierungstruppen nachdrücklich und frühzeitig vorantreiben. [...] Wir sollten eine substantielle, d.h. über 50% umfassende Reduzierung der Stationierungstruppen in Ost und West vorschlagen. Damit würde unserem Interesse an einer fühlbaren Minderung der militärischen Präsenz der Sowjetunion in der DDR Rechnung getragen; die amerikanische Tendenz zum Rückzug aus Europa würde auf diese Weise politisch genutzt. Die politischen Wirkungen eines solchen Vorschlags dürften sich mit dem Umfang der vorgeschlagenen Reduktionen vergrößern. Dabei ist u.U. sogar ein militärischer Vorteil für den Westen nicht ausgeschlossen. Der Sowjetunion wird es schwerfallen, auf einen derartigen Vorschlag nicht einzugehen, weil er auf der Linie ihrer seit Jahren vertretenen Abrüstungsvorschläge liegt. Wenn in diesem Zusammenhang die Verminderung der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee akut werden sollte, so werden wir uns dem grundsätzlich nicht entziehen können. Jedoch sollten wir darauf dringen, daß sie erst in einer späteren Phase vorgenommen wird, wenn durch die Reduzierung der Stationierungstruppen und Gewaltverzichtsvereinbarungen eine günstigere Lage in Europa entstanden ist, die

16 Vgl. Haftendorn: Entstehung und Bedeutung des Harmel-Berichtes der NATO von 1967, S. 219.

17 Vgl. Erklärung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland vom 2. Mai 1967 zum Abschluß der deutsch-britisch-amerikanischen Gespräche über Truppenstationierung und Devisenausgleich. In: Europa-Archiv, Folge 11/1967, S. D 254–256; Erklärung des amerikanischen Außenministeriums vom 2. Mai 1967 zum Abschluß der deutsch-britisch-amerikanischen Gespräche über Truppenstationierung und Devisenausgleich. In: Europa-Archiv, Folge 11/1967, S. D 256–258.

18 Aufzeichnung PL – 82.00/1/6161/69 Bahr/betr. Überlegungen zur Außenpolitik einer künftigen Bundesregierung; 21.9.69. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 396.

die Umriss eines europäischen Sicherheitssystems und einer Friedensordnung erkennen läßt.“

Die Vorschläge, die Bahr in diesem Planungspapier zehn Tage vor der Bundestagswahl am 28.9.1969 machte, sollten bereits wenige Wochen später Themen für die operative Politik werden. Schon während seines Antrittsbesuches beim amerikanischen Sicherheitsberater Henry Kissinger am 13. Oktober 1969 in Washington brachte Bahr das Thema Truppenreduktion zur Sprache. Der Brandt-Vertraute regte an, daß man auf amerikanischer Seite einmal die Konsequenzen einer Reduzierung von über 50 Prozent durchrechnen solle, da diese unter Umständen mehr Sicherheit ergäbe als eine 20–30%ige Reduzierung. Außerdem verwies Bahr auf die Tatsache, daß man in Bonn großen Wert darauf legen würde, daß die Amerikaner den Russen klarmachten, daß die gegenwärtige amerikanische Präsenz nur verringert würde, wenn adäquates auch bei den Sowjets geschehe.<sup>19</sup> Einem internen Vermerk zufolge, den Bahr für Willy Brandt verfaßte, reagierte Kissinger auf die Ideen zur Truppenreduktion mit Interesse und dem Hinweis, „daß jeder unserer Vorschläge begrüßt, unvoreingenommen geprüft und wenn möglich akzeptiert wird“. Gleichzeitig deutete Kissinger in diesem ersten Gespräch mit einem Vertreter der neuen Bundesregierung seine Skepsis an, „daß im Falle einer wirklichen oder eingebildeten Entspannung eine Euphorie ausbrechen könnte, der die Regierungen nicht unvorbereitet gegenüberstehen dürften“<sup>20</sup>. Bahrs Vermerk zufolge, habe Kissinger ihn gerade daher in seiner Auffassung unterstützt, daß es um so wichtiger sei, den Gedanken gleichmäßiger Reduktionen zu verfolgen, zumal eine eventuelle sowjetische Ablehnung die Administration stärken würde.

Der hohe Stellenwert, den die Frage der Truppenverminderung in den Planungspapieren des Auswärtigen Amtes einnahm, und die Konsequenz, mit der die neue Bundesregierung dieses Thema zum Gegenstand ihrer außenpolitischen Konsultationen machte, läßt erahnen, wie bedeutsam die Frage Truppenreduktion für das Bahrsche Gesamtkonzept war. Ohne Fortschritte in dieser Frage blieb die politische Zielvorstellung „Europäisches Sicherheitssystem“ eine politische Illusion. Daher kam es bereits während der ersten Phase des Bahrschen Stufenmodells, der Phase der bilateralen Ostverträge, zu Sondierungen über die Bereitschaft der Staaten in Ost und West, ihre Streitkräfte zu verringern.

Bis Anfang der 70er Jahre hatten keinerlei Anzeichen dafür existiert, daß die Sowjetunion tatsächlich an einer Truppenreduktion in Mitteleuropa interessiert sein könnte. Zwar hatte es in den 50er und 60er Jahren immer wieder Abrüstungsvorschläge von östlicher Seite gegeben, aber der propagandistische Charakter dieser Initiativen war zu offensichtlich, als daß diese zum Gegenstand praktischer Verhandlungen hätten werden können. Ziel dieser Vorschläge war zumeist lediglich ein außenpolitischer Imagegewinn. Die meisten Initiativen zielten zudem auf einseitigen Stärkevorteil und einen vollständigen Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa.

Auf die abrüstungspolitischen „Signale“ des Westens reagierte die sowjetische Führung – wenn überhaupt – mit Ablehnung oder der Wiederholung ihres unrealistischen Maximalkatalogs.

19 Vgl. Vermerk Bahr/betr. Gespräch mit Kissinger am 13. Oktober 1969; 14.10.69. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 439.

20 Ebd.

Um so überraschender erschien vielen Beobachtern die Rede, die der sowjetische Generalsekretär Leonid Breschnew im Mai 1971 in Tiflis hielt.<sup>21</sup> In der georgischen Hauptstadt deutete Breschnew erstmalig an, daß die Sowjetunion bereit sei, Möglichkeiten für Truppenreduzierungen in Verhandlungen zu testen.<sup>22</sup>

Egon Bahr führte diese neue Beweglichkeit der sowjetischen Führung auf die bilateralen Erfolge der Ostpolitik zurück. In einem Interview erklärte er, es sei sicher kein Zufall, sondern habe „eine gewisse Logik, daß die Bereitschaft der Sowjet-Union, die Gespräche über eine Truppenreduzierung zu führen, zum erstenmal positiv formuliert worden ist, nachdem der Moskauer Vertrag unterzeichnet wurde.“<sup>23</sup>

Der Bundesregierung ging es darum, die politischen Bemühungen zum Thema Truppenreduzierung zu forcieren, Verhandlungen zu initiieren, ohne jedoch diese Gespräche direkt an ihre bilaterale Ostpolitik zu knüpfen. Truppenreduzierungen waren in Bahrs Konzeption der notwendige zweite Schritt, der auf den ersten – die Ostverträge – folgen müsse, deren Aushandlung und Ratifizierung er jedoch nicht behindern dürfe.

Die Gelegenheit, die Frage von Truppenreduzierungen auf höchster Ebene zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion zu erörtern, ergab sich im September 1971 bei einem Besuch von Bundeskanzler Brandt auf der Krim. Breschnew hatte Brandt und eine kleine „Delegation“, zu der auch Egon Bahr zählte, in seinen Urlaubsort Oreanda am Schwarzen Meer eingeladen. In zwei mehrstündigen Gesprächen am 17. und 18. September 1971 ging es u.a. um die Entwicklung der bilateralen Beziehungen, die Ratifizierung des Moskauer Vertrages, das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin, Fragen des Handelsaustausches sowie um die Vorbereitung der Konferenz über Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.<sup>24</sup>

Eines der zentralen Themen war jedoch auch die Frage von Truppenreduzierungen in Mitteleuropa. Brandt brachte das Thema am 17. September in die Gespräche ein und machte deutlich, daß die deutsche Seite mehr wolle als die Normalisierung der Beziehungen und die Verstärkung des Handels. Ziel der Bundesrepublik seien bessere politische Beziehungen, der Abbau der Konfrontation und in der Konsequenz eine Verringerung der Rüstungsausgaben. Zu diesem Zweck regte Brandt „eine Übereinkunft über die gegenseitige Verringerung von Truppen und Rüstungen“<sup>25</sup> an, die das Gleichgewicht nicht gefährden dürfe. Das Thema MBFR dürfte nicht allein Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und

den USA sein, sondern an diesem Thema müßten die europäischen Staaten beteiligt sein. Außerdem lehnte Brandt eine zu enge Verknüpfung von MBFR und KSZE ab, da der Teilnehmerkreis für eine europäische Sicherheitskonferenz über die Mitgliedstaaten der Militärbündnisse hinausgehen werde, was Verhandlungen über Truppenreduktion unnötigerweise kompliziere. Das wichtigste Ergebnis der zweitägigen Verhandlungen in bezug auf das Thema Truppenreduzierung war die im abschließend veröffentlichten Kommuniqué fixierte Feststellung, daß eine „Vermin-derung von Truppen und Rüstungen in Europa – ohne Nachteile für die Beteiligten –“<sup>26</sup> angestrebt werde.

Dieses Fazit zog der Bundeskanzler auch in gleichlautenden Schreiben, die er nach seiner Rückkehr aus Oreanda an die Regierungschefs der USA, Frankreichs und Großbritanniens richtete. Hierin betonte Brandt, daß seine Gespräche auf der Krim ihm den Eindruck vermittelt hätten, daß Breschnew „daran gelegen ist, seinem Interesse an einer weiteren Entspannung in Europa Nachdruck zu verleihen. Dies drückt sich aus in der sowjetischen Bereitschaft, so schwierige Fragen wie die einer Truppenreduktion zu besprechen, und zwar konkret und mit der Qualifikation, daß sie für keinen der Beteiligten Nachteile bringen darf. Die sowjetische Seite hat offensichtlich noch kein perfektes Konzept entwickelt, auch nicht für die Kriterien, nach denen vorgegangen werden soll. Dies könnte eine günstige Situation für unser Bündnis bedeuten, das sowjetische Denken zu beeinflussen. Ich messe der Konferenz, die darüber Anfang Oktober im NATO-Rahmen stattfinden soll, besondere Bedeutung zu. Immerhin hat sich Herr Breschnew positiv zu unseren Auffassungen geäußert, daß die Truppenreduktion auch nationale Streitkräfte einschließen, daß sie nicht auf das Territorium der beiden Staaten in Deutschland begrenzt werden, und daß sie gleichgewichtig sein soll.“<sup>27</sup>

Die Tatsache, daß der Vorschlag für eine beiderseitige und ausgewogene Truppenreduzierung von Beginn an „ein integraler Bestandteil der Ostpolitik“<sup>28</sup> war, macht das Engagement verständlich, mit dem Brandt und Bahr immer wieder für dieses unverzichtbare Element ihrer Entspannungspolitik eintraten. Reinhard Mutz hat den deutschen Anteil am Zustandekommen der MBFR-Verhandlungen zutreffend beschrieben: „Ein Vergleich der Politik der an MBFR beteiligten Staaten bis zum Beginn der Verhandlungen in Wien führt zu dem Schluß, daß die Bundesregierung als die treibende Kraft hinter dem Konferenzprojekt anzusehen ist. Der Gedanke einer Ost-West-Vereinbarung über regionale Truppen- und Rüstungsreduzierungen auf Gegenseitigkeit ist deutschen Ursprungs, die Bundesregierung hat ihn in die internationale Diskussion eingeführt und durch aktive Zusammenarbeit mit westlichen und sondierende Kontakte zu östlichen Regierungen wesentlich an der Ausgestaltung bis zur Vorschlagsreife an das militärpolitische Gegenlager mitgewirkt.“<sup>29</sup>

Wie sehr gerade Egon Bahr an Fortschritten auf dem Gebiet der Truppenverminderung interessiert war, belegen Protokolle über seine Gespräche mit Ver-

21 Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Leonid Breschnew, in Tiflis am 14. Mai 1971 zum 50. Jahrestag der Georgischen Sowjetrepublik (Auszüge betr. Truppenverminderung in Europa). In: Europa-Archiv, Folge 14/1971, S. D 348.

22 Breschnew: „Gewisse NATO-Länder legen ein merkliches Interesse, zum Teil auch Nervösität in bezug auf die Frage einer Einschränkung der Streitkräfte und Rüstung in Mitteleuropa an den Tag. Ihre Vertreter fragen: Was für Streitkräfte, ausländische oder nationale, und was für Rüstungen, atomare oder herkömmliche, sollen eingeschränkt werden? [...] Sind solche Neugierigen nicht einem Menschen ähnlich, der den Geschmack eines Weines nur nach dessen Aussehen zu beurteilen sucht, ohne ihn gekostet zu haben. [...] Man muß nur die Entschlußkraft aufbringen, den sie interessierenden Vorschlag 'auf den Geschmack hin' zu probieren, was in die diplomatische Sprache übertragen heißt, in Verhandlungen einzutreten [...]“ (Ebd., S. D 348.)

23 Bahr: „Moskau bewies, daß es Entspannung will“. Interview in: Der SPIEGEL, Nr. 36 (30.8.71), S. 31.

24 Vgl. Kommuniqué über den Besuch des Bundeskanzlers in der Sowjetunion vom 16.-18.9.71. In: BULLETIN, Nr. 136 (21.9.71), S. 1469f.

25 Aufzeichnung des Gespräches zwischen dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, L.I. Breschnew, und Bundeskanzler Willy Brandt am 17.9.71 in Oreanda, Krim; 17.9.71. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 430.

26 Kommuniqué über den Besuch des Bundeskanzlers in der Sowjetunion vom 16.-18.9.71. In: BULLETIN, Nr. 136 (21.9.71), S. 1470.

27 Gleichlautende Schreiben von Willy Brandt an Edward Heath, Georges Pompidou und Richard Nixon; 19.9.71. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 430.

28 Griffith: Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 199.

29 Mutz, Reinhard: Konventionelle Abrüstung in Europa. Die BRD und MBFR, Baden-Baden 1984, S. 162.



handlungspartnern in den USA, der Sowjetunion und der DDR. Kaum ein Treffen, das er nicht nutzte, um auf die Notwendigkeit abrüstungspolitischer Ergebnisse hinzuweisen. In einem Delegationsgespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 9. Oktober 1972 unterstrich Bahr das bundesdeutsche Interesse, daß das Thema MBFR nicht über dem Thema KSZE aus der Sicht gerate. MBFR sei konkrete Entspannung und konkrete Friedenssicherung. Zwar sei es schwieriger und könne möglicherweise länger dauern, bis hier eine Lösung gefunden sei, aber wirkliche Entspannung in Europa gebe es nicht ohne den Abbau des militärischen Potentials. In seiner Unterredung mit Gromyko hatte der Sozialdemokrat gefragt, wie Entspannung möglich werden könne, solange in Europa das größte Militärpotential vorhanden sei, das es hier je gegeben habe. Die Verbesserung der politischen Atmosphäre mache auch praktische Entscheidungen auf militärischem Gebiet möglich. Ohne diese jedoch werde sich langfristig auch die politische Atmosphäre wieder verschlechtern. Deshalb dürfe man das Thema MBFR nicht aus dem Auge verlieren: Es sei der Beweis für die Ernsthaftigkeit der multilateralen Entspannungs-bemühungen in Richtung KSZE.<sup>30</sup>

Bahr beurteilte die Chancen seiner abrüstungspolitischen Vorstellungen 1972 sehr positiv. Am 22.11. 1972 sollten in Helsinki die Vorgespräche für eine „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ beginnen, der Start der Vorgespräche über eine Truppenverringerung in Mitteleuropa (MBFR) war für den 31. Januar 1973 vorgesehen. In einem Brief an den Bundeskanzler schlug Bahr am 14.11. 1972 vor, er selbst könne sich nach Abschluß des Grundlagenvertrages intensiver mit sicherheitspolitischen Fragestellungen und hier vor allem mit der Frage der Truppenreduktion beschäftigen. Bahrs optimistische Prognose für eine weitere Amtsperiode der sozial-liberalen Bundesregierung lautete: „Außenpolitisch kann die Regierung erreichen, daß zum Ende der nächsten Legislaturperiode die ersten Schritte der Truppenreduktion durchgeführt werden. Dieses Themas würde ich mich gerne unter Vernachlässigung von KSZE annehmen. Der selige Planungsstab hat, wie Du weißt, auch für diese Periode bereits seine Papiere, die sich in den zurückliegenden drei Jahren im übrigen als durchaus machbar erwiesen haben.“<sup>31</sup>

Bahr machte die Frage von Truppenverminderungen auch zum Thema der inner-deutschen Verhandlungen. In einem Gespräch mit dem Sekretär des ZK der SED, Paul Verner, und dem Außenminister der DDR, Otto Winzer, das Bahr nach Unterzeichnung des Grundlagenvertrages am 21. Dezember 1972 in Ost-Berlin führte, regte der Sozialdemokrat bilaterale Kontakte zwischen Bundesrepublik und DDR zur Frage der Truppenreduktionen an. Bei der Ende Januar 1973 beginnenden Vorkonferenz komme es vor allem auf die Haltung der USA, der Sowjetunion sowie der beiden deutschen Staaten an. Wenn diese vier zu einem übereinstimmenden Ergebnis kämen, wäre dies für den Erfolg der Konferenz entscheidend. In der Reduzierungsfrage gehe es vor allem darum, daß der Reduzierungsraum nicht auf die beiden deutschen Staaten beschränkt bleibe.<sup>32</sup>

30 Gespräch von Staatssekretär Bahr mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 9.10.72. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 431 A.

31 Brief Bahrs an Willy Brandt vom 14.11.72. In: Dep. W.B., AdsD, Ord. BK 68. Zitiert aus: Ash, Timothy Garton: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993, S. 122.

32 Vgl. Vermerk über das Gespräch von Bundesminister Bahr mit dem Sekretär des ZK der SED, Paul Verner, am 21.12.72 in Ostberlin. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 445.

Bei seinen DDR-Gesprächspartnern stießen Bahrs Vorstellungen jedoch auf skeptische Zurückhaltung. Außenminister Winzer meinte, daß es in der Truppenverminderungsfrage so lange keine Fortschritte geben könne, solange die Bundesregierung versuche, dieses Thema mit ihrem Deutschlandkonzept zu verbinden. Paul Verner kritisierte, in der Reduzierungsfrage träume Bahr zu weit voraus. Im Vordergrund des Interesses der DDR stünden die Ratifizierung des Grundlagenvertrages und die Sicherheitskonferenz. „Wenn dann die Truppenreduzierungsfrage auf den Tisch komme, werde man weitersehen. Es sei nun einmal so, daß die DDR zu den sozialistischen Staaten des Warschauer Pakts gehöre und die BRD zu den kapitalistischen Staaten der NATO.“<sup>33</sup>

Die abwehrende Haltung der DDR-Vertreter kann auch für Bahr nicht überraschend gewesen sein und zeigt, daß die von ihm gezielt betriebene Verknüpfung von Deutschland- und Sicherheitsfrage in diesem Teilbereich kontraproduktiv war, eine Tatsache, die Bahr erkannte und in späteren Verhandlungen berücksichtigte. Sicherheitspolitik und Deutschlandpolitik waren gleichberechtigte Elemente in Bahrs entspannungspolitischer Gesamtkonzeption. Sicherheitspolitik als Instrument der Deutschlandpolitik hatte jedoch – als solches erkannt – eher eine blockierende Wirkung.

Bahrs Zielsetzung war klar definiert. Im April 1973 formulierte er sie abermals in einem Brief an Henry Kissinger: „Die USA und Europa haben das Ziel, die militärische Konfrontation mit Ost-Europa abzubauen. In dem Maße, in dem dies gelingt, wird deutlicher als bisher werden, daß ihr politisches und wirtschaftliches System ihre Interessen gegenüber den kommunistisch regierten Ländern definiert. Eine systematische, aber nicht wahllose Erweiterung der wirtschaftlichen Ost-West-Beziehungen wird die Widersprüche in den kommunistisch regierten Ländern steigern und zu weiteren Modifikationen des Systems beitragen.“<sup>34</sup>

In demselben Brief machte Bahr einen interessanten Vorschlag für die weitere Prozedur bei den MBFR-Verhandlungen. Er schlug Kissinger eine Vorgehensweise vor, die sich zuvor bereits bei den Vier-Mächte-Verhandlungen bewährt hatte: „Ich überlege, ob man bei MBFR nicht weiterkäme, indem man politisch das Ergebnis, das MBFR haben soll, als erstes vereinbart. Dann bekämen die Sachverständigen den Auftrag, die Stufen zwischen dem vereinbarten Endergebnis und der heutigen Situation zu verhandeln. Dies würde einen anfänglichen symbolischen Schritt nicht ausschließen. Die Erfahrung zeigt, daß die Apparate, militärische vielleicht noch mehr als andere, ohne vorgegebenes Ziel nicht in der Lage sind, sich auf Ziele zu einigen.“<sup>35</sup> Bahrs insgesamt optimistische Erfolgserwartung hinsichtlich der Möglichkeit von Truppenreduzierungen war einer pessimistischen Einschätzung der MBFR-Vorgespräche gewichen. Den Bundeskanzler machte Bahr in einem Vermerk darauf aufmerksam, daß mit dem bisherigen Verfahren aller Erfahrung nach „keine Ergebnisse zu erwarten sind“. Zunächst komme es darauf an, die politischen Grundsatzentscheidungen zu treffen, denn: „Wir wissen, daß die politisch entscheidenden Spitzen in Washington, Moskau und Bonn keinerlei Entscheidungen getroffen haben.“

33 Ebd.

34 Brief Bahrs an Henry Kissinger; 14.4.73. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 439.

35 Ebd.

Man kann annehmen, daß dies für die anderen Hauptstädte auch gilt. Die bedauernden Beamten bewegen sich also im Rahmen früherer Richtlinien, die heute noch gelten und natürlich keinerlei Ergebnisse ermöglichen. Experten ohne Weisung zu lassen, ist eine Möglichkeit, Verhandlungen zu keinem Ergebnis zu führen, wenn man kein Ergebnis will; in den drei genannten Hauptstädten will man aber ein Ergebnis. Also muß man den Experten Weisungen geben. Man braucht eine politische Entscheidung über die Definition, was das Ergebnis von MBFR sein soll. Nehmen wir als bescheidenes Ergebnis die Reduktion um 60%, so wäre dies der Auftrag, der den Experten zu geben ist: rechnet aus und vereinbart, wie, in welchen Schritten, in welchen Abschnitten, in 10 Jahren eine Reduktion auf 40% der heutigen Stärken zu erreichen ist. Unter Wahrung der Sicherheit der beiden beteiligten Seiten, ausgewogen, kontrolliert. Mit einem vorgegebenen Ziel sind die Experten arbeitsfähig. Ein solches Ziel gestattet außerdem, einen symbolischen Schritt, der keinem schadet, vorab zur Verwirklichung um die Jahreswende 75/76 zu vereinbaren. Es wird sich dann herausstellen, daß die Verhandlungen über das vorgegebene Ziel 4 Jahre dauern und daß die Schritte 12 Jahre dauern. D.h. daß aus 10 16 Jahre werden. Dies kann man vertreten, vielleicht sogar etwas beschleunigen, aber die Sache wäre auf dem Wege.<sup>36</sup>

Dieser Vermerk belegt, wie konkret und langfristig angelegt Bahrs abrüstungspolitische Vorstellungen waren. Es stellt sich jedoch die Frage, ob er dabei von realistischen Prämissen ausging. Bahrs Annahme, man sei sowohl in Washington als auch in Moskau an Ergebnissen interessiert, bedarf einer grundsätzlichen Relativierung. Die Hoffnung, daß sich die Vorstellungen, die sich die Supermächte von einem MBFR-Ergebnis machten, mit denen Bonns (oder gar denen Bahrs) deckten, erscheint zweifelhaft. Die Unterschiedlichkeit der Interessen hatte natürlich auch Egon Bahr erkannt. Er schien jedoch die Hoffnung zu besitzen, die Interessengegensätze ausgleichen zu können – ähnlich wie dies bei den Vier-Mächte-Verhandlungen gelungen war.

Wie sehr die Auffassungen zu MBFR auseinandergingen, erlebte Bahr unter anderem bei seinen Gesprächen in Washington. Bei einem Treffen mit Henry Kissinger und dessen engem Mitarbeiter Helmut Sonnenfeldt am 30. April 1973 in der amerikanischen Hauptstadt wurde die unterschiedliche Interessenlage deutlich. Während Bahr in diesem Gespräch seine Vorstellungen von einer umfangreichen Truppenreduzierung sowie den Vorschlag wiederholte, die bisherige Verhandlungsmethode zu ändern und das gewünschte Ergebnis von MBFR im voraus festzulegen, ließen seine amerikanischen Gesprächspartner eine andere Zielsetzung erkennen.<sup>37</sup> Sonnenfeldt verwies auf die Entstehungsgeschichte von MBFR, die in den Vereinigten Staaten zunächst lediglich als taktisches Mittel verstanden wurde, Bestrebungen von Senator Mansfield entgegenzuwirken. Seit 1966 hatte US-Senator Mike Mansfield mehrfach Initiativen im amerikanischen Senat eingebracht, die eine Reduzierung der US-Truppen in Europa vorsahen.<sup>38</sup> Auch Kissinger bestätigte später die Taktik der ameri-

kanischen Administration, MBFR im wesentlichen zur Verhinderung einseitiger Truppenreduzierungen zu nutzen. In seinen Memoiren schreibt er, man habe die deutsche Initiative abgewehrt, indem man einige kanadische Vorschläge zu MBFR von unübertroffener „Unbestimmtheit“<sup>39</sup> unterstützt habe. Insgesamt sei es der US-Regierung darum gegangen, „die Annahme des Mansfield-Amendments zu verhindern“<sup>40</sup> und „die Verhandlungen ohne nachteilige Folgen für uns in die Länge“<sup>41</sup> zu ziehen.

Aber auch die Sowjetunion zeigte keinerlei substantielles Interesse an einer Truppenreduzierung. Kissingers Vermutung, daß man auf sowjetischer Seite Angst gehabt habe, „in den osteuropäischen Ländern an Einfluß zu verlieren“<sup>42</sup>, ist mit Sicherheit zutreffend.

Als am 30. Oktober 1973 in Wien die offiziellen Verhandlungen über „Mutual Balanced Force Reductions“ (MBFR) begannen, waren die Erfolgsaussichten daher gering. Daß nun endlich über Streitkräftereduzierungen gesprochen wurde, war dennoch ein Fortschritt. Zu sicherheitspolitischer Euphorie bestand jedoch, das sollten die kommenden Jahre beweisen, kein Anlaß. Die Ernüchterung hatte bereits eingesetzt, noch ehe die Gespräche richtig begonnen hatten.

Dies hatte natürlich auch Rückwirkungen auf Egon Bahrs deutschlandpolitische Konzeption. Die Realisierung der zweiten Phase in Bahrs Stufenmodell geriet ins Stocken. Sicherheitspolitisch begann das in den Jahren 1969 bis 1972 bilateral so erfolgreiche Entspannungskonzept zu stagnieren.

Für Egon Bahr änderte sich jedoch mit dieser Entwicklung nichts an seiner langfristig angelegten Gesamtplanung. Truppenreduktion blieb für Bahr das nächste Ziel nach Abschluß der bilateralen Verträge und sollte daher zum Hauptgegenstand seiner zukünftigen politischen Arbeit werden.<sup>43</sup> An seiner Konzeption hielt Bahr auch in der Folgezeit mit bemerkenswerter Kontinuität fest. So unterstrich er z.B. 1981 die fort-dauernde Gültigkeit seiner Stufenmodell-Pläne: „Wir wußten, daß nach der Phase der zweiseitigen Verträge die der multilateralen Abkommen über Gewaltverzicht und Zusammenarbeit folgen mußte. Helsinki war nur die logische Folgestation. Wir wußten, daß danach die dritte und wichtigste Stufe folgen mußte, die Übertragung des Gewaltverzichts auf den militärischen Sektor. 1971 vereinbarten Brandt und Breschnew, daß Rüstungsbegrenzung ohne Nachteil für die Beteiligten erfolgen sollte. [...] Die vorgesehene dritte Phase der gemeinsamen Entspannungspolitik der Koalition führte zwar zu den Wiener Verhandlungen über eine Truppenreduktion, blieb aber aus vieler Gründen stecken. Die Aufmerksamkeit der westlichen Regierungen wurde von den Problemen der Weltwirtschaft voll in Anspruch genommen. [...] Das Ergebnis dieser Überlegungen ist klar: SPD und FDP sind unserem Volk schuldig, den Kern ihrer Gemeinsamkeit zu erfüllen, der dritte wichtige

36 Vermerk Bahrs für Willy Brandt; 15.4.73. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 436.

37 Vgl. Vermerk über ein Gespräch von Egon Bahr mit Henry Kissinger und Helmut Sonnenfeldt am 30.4.73 in Washington. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 439.

38 Vgl. u.a. Erklärung von Senator Mike Mansfield vor dem amerikanischen Senat am 27. Juli 1966. In: Europa-Archiv, Folge 17/1966, S. D 454–456. In der Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses forderte Senator Mansfield am 21. Februar 1973 „erneut eine Verringerung der amerikanischen Truppen in Europa“. (In: Europa-Archiv, Folge 6/1973, S. Z 62f.)

39 Kissinger, Henry A.: Memoiren 1968–1973. Band 1, München 1979, S. 570.

40 Ebd., S. 1006.

41 Ebd., S. 1006.

42 Ebd., S. 1006.

43 Diese Zielsetzung bekräftigte Bahr im Sommer 1974, als er nach dem Kanzlerwechsel von Brandt zu Schmidt über seine zukünftigen Pläne befragt wurde: „Ich werde mich vor allem kümmern um das Gebiet, das zum Teil aus dieser Ostpolitik herausgekommen ist und jetzt in der Operation ist, nämlich die Frage der Truppenreduktion.“ (Interview von Egon Bahr mit Jürgen Kellermeier für den NDR; 15.6.74. In: SPD Pressemitteilungen und Informationen)

Abschnitt muß nun auf militärischem Gebiet getan werden, damit Aussöhnung und Frieden in Europa vollendet werden.“<sup>44</sup>

## 9.2 Ostpolitik auf dem Prüfstand – Das Ende der Flitterwochen?

Die bilateralen Ostverträge waren in Bahrs Konzeption der Beginn, nicht der Höhepunkt oder gar Abschluß der Ostpolitik. Diese Verträge sollten das Fundament sein, auf dem man bessere Beziehungen errichten könnte. Diese Sichtweise unterstrich Bahr auch wenige Tage nach Unterzeichnung des Grundlagenvertrages: „Das Fundament ist da, die Grundpfeiler sind da, die Mauern sind vorhanden und auch das Dach ist jetzt fertig. Mehr als ein Richtfest kann gefeiert werden, denn das Dach ist, glaube ich, auch ziemlich wasserdicht, selbst wenn starke Regen kommen sollten, was ich nicht hoffe. Aber ich glaube, es ist wasserdicht. Was jetzt kommt, ist die Innenausstattung“<sup>45</sup>. Dabei warnte Bahr frühzeitig vor Illusionen und übertriebenen Hoffnungen.<sup>46</sup> Der Prozeß der Normalisierung werde mit Sicherheit „schrecklich schwierig“<sup>47</sup>, nach über zwanzig Jahren „der verrosteten, verkrampten Beziehungen“<sup>48</sup> könne man nicht erwarten, daß nun alles reibungslos funktionieren werde. Die Entspannung sei immer noch „ein zartes Pflänzlein“<sup>49</sup>.

Bahr ging es darum, allzu großen Optimismus zu dämpfen und keine ostpolitische Euphorie aufkommen zu lassen, die leicht in Enttäuschung umschlagen könnte. Hatte er doch in jahrelangen, zum Teil sehr mühsamen Verhandlungen erfahren müssen, wie schwer speziell der DDR jeder noch so kleine Fortschritt im Entspannungsprozeß gefallen war.<sup>50</sup> Öffentlich warnte Bahr also vor allzu großen Erwartungen, intern drängte er auf weitere rasche Fortschritte. Obwohl er Rückschläge bewußt einkalkulierte, vertrat Bahr die Auffassung, daß es gerade jetzt keine Stagnation der Ostpolitik geben dürfe. In den Beziehungen zur DDR bedeutete dies vor allem, weitere „humanitäre Erleichterungen“ anzustreben. Bereits in den Verhandlungen mit Michael Kohl

hatte Bahr deshalb das Problem der Familienzusammenführung und der Häftlingsfreikäufe thematisiert. Teil der Normalisierung sollte es nach Bahrs Konzeption sein, daß der bis dahin übliche „Menschenhandel“ ersetzt würde durch die Schaffung gesetzlicher Ausreisemöglichkeiten. Bahrs Argumentation: Das gängige Verfahren des Zahlens von „Kopfgeldern“ sei ein für beide Seiten unwürdiger Zustand.<sup>51</sup>

Ausreisefragen, Familienzusammenführung und Häftlingsfreikauf wurden seit Anfang der 60er Jahre auf der sogenannten „Anwaltebene“ geregelt.<sup>52</sup> In einem Gespräch mit Paul Verner und Otto Winzer schlug Bahr am 21. Dezember 1972 vor, „daß das Geschäft über die Anwälte auf ein Maß reduziert werde, wie es zwischen Staaten üblich sei. Der Grundvertrag bedeute ja seiner Meinung nach nicht, daß einer der beiden bestimmte Dienste einstelle. Auf diesem Gebiet könne man auch weiterhin Anwälte einschalten. Alles andere solle zwischen den Regierungen erledigt werden.“<sup>53</sup> Mit anderen Worten: Die Anwaltebene sollte nur noch im Agentenaustausch tätig werden, Familienzusammenführung und andere Formen der Ausreise sollten in die Zuständigkeit der entsprechenden Ministerien übergehen.

Bahr glaubte Ende 1972, diese Regelung bei der DDR-Führung durchsetzen zu können und wurde in dieser Annahme auch durch Aussagen seiner östlichen Gesprächspartner bestätigt. Staatssekretär Kohl schrieb in einem Brief anläßlich der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages noch relativ verklausuliert, die DDR-Regierung werde „im Zuge der Normalisierung der Beziehungen nach Inkrafttreten des Vertrages Schritte zur [...] Lösung von Problemen, die sich aus der Trennung von Familien ergeben“<sup>54</sup>, unternehmen. Klarer drückte sich DDR-Außenminister Winzer in dem besagten Gespräch mit Bahr am 21.12.1972 aus, als er erklärte, „mit dem Anwaltskanal könne man aufhören, es gebe ja künftig Konsularabteilungen“<sup>55</sup>.

Doch die von Egon Bahr „anvisierte Neuregelung“<sup>56</sup> trat nicht in Kraft. Die Gründe dafür, daß die Quasi-Zusage zurückgezogen wurde, liegen bis heute im Dunkeln. Ob die DDR-Seite eine Legalisierung beschränkter Ausreisemöglichkeiten als zu großes Risiko betrachtete, ob man die Einnahmequelle „Menschenhandel“ nicht versiegeln lassen wollte oder ob es eventuell auf westlicher und östlicher Seite Akteure gab, die ein Interesse am Fortbestand der „Anwaltebene“ hatten, da sie in ihr ein effektives Instrument eigener deutschlandpolitischer Bemühungen sahen, bleibt unklar. Tatsache ist, daß Anfang des Jahres 1973 die „Anwaltebene“ außer Kraft gesetzt wurde, ohne daß eine funktionierende Neuregelung existierte. Ergebnis dieser Entwicklung waren die sogenannten „Kofferfälle“. DDR-Bürgern, denen die

44 „Frieden retten – Frieden stiften“. Rede von Egon Bahr anläßlich der Gustav-Heinemann-Initiative 1981 am 22.5.81 in Rastatt. In: Seidelmann, Reimund (Hrsg.): Der Demokratische Sozialismus als Friedensbewegung, Essen 1982, S. 109f.

45 Bahr: Aspekte des Grundvertrags. Interview (mit dem NDR vom 30.12.72) in: BULLETIN, Nr. 1 (3.1.73), S. 4.

46 Bahr: „Es wäre nicht gut, sich eine rosa Brille des Optimismus aufzusetzen. Gerade nach diesen vielen Jahren werden wir sicher Schwierigkeiten haben. Es wäre unnatürlich, wenn es nicht knirschte, wenn nun die Räder des Nebeneinander und vielleicht Miteinander zum ersten Male greifen sollen und geölt werden müssen.“ Bahr: Aspekte des Grundvertrags. Interview (mit dem NDR vom 30.12.72) in: BULLETIN, Nr. 1 (3.1.73), S. 5.

47 Bahr: Bemühungen um Normalisierung zwischen beiden deutschen Staaten. Interview (mit dem SFB vom 12.1.73) in: BULLETIN, Nr. 4 (15.1.73), S. 32.

48 Bahr: Beitrag zur Verständigung zwischen Ost und West in Europa. Interview (mit der Tokioter Zeitung „Yomiuri Shimbun“ vom 13.3.73) in: BULLETIN, Nr. 30 (15.3.73), S. 264.

49 Bahr: Die Flitterwochen sind vorbei. Interview in: Die ZEIT, Nr. 12 (16.3.73), S. 4.

50 Wie hart die Verhandlungen zeitweise geführt wurden, belegt ein Vermerk der DDR-Seite: „Während der persönlichen Unterredungen gab es sehr intensive und zum Teil harte Auseinandersetzungen um Einzelbestimmungen des Verkehrsvertrages, [...] Nach einem scharfen Wortwechsel bezeichnete mich Bahr als Choleriker. Meine Antwort, daß ein Choleriker als Verhandlungspartner doch sicherlich angenehmer wäre als ein Phlegmatiker, glättete die Situation.“ (Niederschrift aus dem Gedächtnis über persönliche Gespräche von Michael Kohl mit Minister Bahr am 5. und 6. April 1972. In: ZPA, Bestand Internationale Verbindungen, Sign. IV B 2/20/434)

51 Vgl. Vermerk über das Gespräch von Bundesminister Bahr mit dem Sekretär des ZK der SED, Paul Verner, und DDR-Außenminister Otto Winzer am 21.12.72 in Ostberlin. In: Dep. E.B., AdSD, Ord. 445.

52 Nach dem Mauerbau 1961 kümmerten sich zunächst die Kirchen um diese Problematik. Relativ bald wurde die Regelung dieser besonders drängenden Probleme jedoch in die Obhut von durch die Regierungen beauftragten Rechtsanwältinnen gegeben. Zuständige Verhandlungsführer für diesen ebenso notwendigen wie zwicklichten „Tauschhandel“ waren die Anwälte Jürgen Stange (auf westlicher) und Wolfgang Vogel (auf östlicher Seite).

53 Vermerk über das Gespräch von Bundesminister Bahr mit dem Sekretär des ZK der SED, Paul Verner, und DDR-Außenminister Otto Winzer am 21.12.72 in Ostberlin. In: Dep. E.B., AdSD, Ord. 445.

54 Brief von Michael Kohl an Egon Bahr vom 21.12.72. In: Europa-Archiv, Folge 1/1973, S. D 18.

55 Vermerk über das Gespräch von Bundesminister Bahr mit dem Sekretär des ZK der SED, Paul Verner, und DDR-Außenminister Otto Winzer am 21.12.72 in Ostberlin. In: Dep. E.B., AdSD, Ord. 445.

56 Vgl. Wiegrefe, Klaus/ Carsten Tessmer: Deutschlandpolitik in der Krise. Herbert Wehners Besuch in der DDR 1973. In: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, Heft 6/1994, S. 602f.

Ausreise Ende Dezember 1972 bereits genehmigt worden war, wurde die Bewilligung wieder entzogen.<sup>57</sup>

Egon Bahr nahm diese „Kofferfälle“ zum Anlaß, in einem Gespräch mit Michael Kohl am 28. Februar 1973 im Bonner Kanzleramt das Verhalten der DDR nach Abschluß des Grundlagenvertrages prinzipiell zu kritisieren. Bei der Bundesregierung habe sich der Eindruck verstärkt, „die DDR lasse sich davon leiten, sie habe durch den Vertrag alles erreicht“<sup>58</sup>. Es gebe Informationen aus einer „außerordentlich verlässlichen Quelle“<sup>59</sup>, die besagen würden: „Die DDR werde noch die Ratifizierung des Grundlagenvertrages und den UNO-Beitritt abwarten, dann aber erklären, die BRD kann uns den Buckel runter rutschen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“<sup>60</sup> Das praktische Verhalten der DDR in den Fragen Reiseverkehr und Familienzusammenführung bestätige diesen Eindruck. Es stelle sich daher konkret „die Frage, wie die DDR zu ihrem Wort stehe und ob man von einem Mindestmaß an Vertrauen zwischen den Führungen beider Staaten ausgehen könne.“<sup>61</sup> In diesem Gespräch mit Staatssekretär Kohl am 28.2. 1973 nahm Bahr abermals Bezug auf das Dezember-Treffen mit Paul Verner und Otto Winzer. Bahr unterstrich, daß er „es seinerzeit sehr begrüßt“ habe, „daß die Anwaltsebene für die Erörterung von Fragen der Familienzusammenführung, der Übersiedlung von Häftlingen u.ä. Themen aufgehoben wurde, dabei aber offenkundig zu wenig beachtet“ habe, „daß man diese Ebene nicht ersatzlos streichen könne. Seit dem 13. Februar sei es jetzt so, daß überhaupt keine Gesprächs- oder Kontaktmöglichkeit mehr bestünde, obwohl noch vielfältige Fragen hinsichtlich der Übersiedlung von Kindern, der Ausreise von Familien amnestierter Häftlinge udgl. offen seien und auch künftig bearbeitet werden müßten. Er selbst habe kein Interesse daran, die Sachen auf seinen Tisch zu ziehen und bitte daher dringlich darum, die Anwaltskontakte wieder herzustellen.“<sup>62</sup>

Diese Forderung wurde von Kohl strikt zurückgewiesen. Bahr selbst habe eine Suspendierung der „Anwaltsebene“ gefordert. Seine jetzigen Äußerungen stellten eine „Kehrtwendung um 180 Grad“ dar.<sup>63</sup> Die DDR-Seite zeigte sich in dieser Frage absolut unbeweglich. Bei einem Gespräch mit Kanzleramtsminister Grabert, der den erkrankten Egon Bahr vertrat, erklärte DDR-Unterhändler Kohl am 22. März 1973 abermals, „die Anwaltsebene sei ‚gestorben‘“<sup>64</sup>. In Gesprächen am 16. und 30. Mai 1973 verwies Egon Bahr wiederum darauf, daß der augenblickliche Zustand „sehr

unbefriedigend“<sup>65</sup> bzw. „unerträglich“<sup>66</sup> sei und daß es auf beiden Seiten irgend jemand geben müsse, der für diese Fragen kompetent sei und als Gesprächspartner zur Verfügung stehe.<sup>67</sup> Die Reaktion der DDR-Seite war stets gleichlautend und in ihrer monotonen Wiederholung fast schon provokant. Bahr habe doch nachdrücklich die Beendigung der Anwaltsebene gefordert<sup>68</sup>, er habe es ja selbst so gewollt.<sup>69</sup>

Der beschriebene Konflikt um die Fragen der Familienzusammenführung belegt, wie recht Bahr tatsächlich hatte, als er vor übermäßigem Optimismus warnte und stets betonte: „Habt keine Illusionen, das ist nicht einfach, das wird schwierig.“<sup>70</sup>

Aber trotz aller öffentlich zur Schau getragenen Zurückhaltung und mahnender Vorsicht war Bahr auf das Ausmaß des sich im ersten Halbjahr 1973 abzeichnenden Rückfalls der DDR in eine entspannungspolitische Blockadehaltung offensichtlich nicht ganz vorbereitet. Zwar hatte er – wie dargestellt – stets betont, mit Unterzeichnung der Verträge sei der ostpolitische Honeymoon vorbei, nun komme „die Bewährung im Alltag“ und der sei „nie so schön, wie die Flitterwochen es sind“<sup>71</sup>, aber daß der „graue Alltag“<sup>72</sup> zunächst so dunkelgrau werden sollte, war auch für den Architekten der Ostpolitik enttäuschend. Als Beleg für die Richtigkeit dieser These mag die Reizbarkeit erscheinen, mit der Bahr in den Monaten nach Unterzeichnung des Grundlagenvertrages agierte. Seine „Jungfern-Rede“ im Deutschen Bundestag am 24. Januar 1973 geriet beinahe zum politischen Eklat, als der frischgewählte Abgeordnete Bahr in seiner Funktion als Bundesminister erklärte, es sei eine Pflicht des Grundgesetzes, mit der DDR zu verhandeln. Keine Pflicht des Grundgesetzes sei es hingegen, mit jedem Abgeordneten zu reden.<sup>73</sup>

Bahr war im ersten Halbjahr nicht nur über die Verhärtung der DDR-Position enttäuscht, er war auch schlechtweg physisch und psychisch nach den drei anstrengenden Verhandlungsjahren erschöpft. Im März 1973 erlitt er einen Kreislaufzusammenbruch und mußte sich mehrere Wochen in einem Sanatorium am Tegernsee auskurieren.

57 Vgl. ebd., S.602f; Baring: Machtwechsel, S. 609ff.

58 Bericht über das Gespräch zwischen Delegationen unter Leitung von Staatssekretär Dr.Kohl und Bundesminister Bahr am 28. Februar 1973 im Bundeskanzleramt in Bonn. In: ZPA, Bestand Internationale Verbindungen, Sign. IV B 2/20/433.

59 Vgl. Niederschrift aus dem Gedächtnis über persönliche Gespräche von Michael Kohl mit Minister Bahr am 16. Mai 1973. In: ZPA, Bestand Internationale Verbindungen, Sign. IV B 2/20/433.

60 Ebd.

61 Bericht über das Gespräch zwischen Delegationen unter Leitung von Staatssekretär Dr. Kohl und Bundesminister Bahr am 28. Februar 1973 im Bundeskanzleramt in Bonn. In: ZPA, Bestand Internationale Verbindungen, Sign. IV B 2/20/433.

62 Ebd.

63 Ebd.

64 Niederschrift aus dem Gedächtnis über persönliche Unterredungen von Michael Kohl mit Staatssekretär Horst Grabert am 22. März 1973. Ebd.

65 Niederschrift aus dem Gedächtnis über persönliche Gespräche von Michael Kohl mit Minister Bahr am 16. Mai 1973. Ebd.

66 Niederschrift aus dem Gedächtnis über persönliche Gespräche von Michael Kohl mit Minister Bahr am 30. Mai 1973. Ebd.

67 Niederschrift aus dem Gedächtnis über persönliche Gespräche von Michael Kohl mit Minister Bahr am 16. Mai 1973. Ebd.

68 Ebd.

69 Niederschrift aus dem Gedächtnis über persönliche Gespräche von Michael Kohl mit Minister Bahr am 30. Mai 1973. Ebd.

70 Bahr: Die Flitterwochen sind vorbei. Interview in: Die ZEIT, Nr.12 (16.3.73), S. 4.

71 Ebd., S. 4.

72 Bahr: Konsequente Fortsetzung der Entspannungspolitik in Europa. Interview (mit dem SDR vom 9.2.74) in: BULLETIN, Nr. 18 (12.2.74), S. 166.

73 Vgl. Rede von Egon Bahr in der 8. Sitzung des Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode, am 24.1.73. In: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Band 81, Bonn 1972/73, S.222. Noch in der gleichen Sitzung nahm er seine Äußerung jedoch zurück und korrigierte sich in einer persönlichen Bemerkung erst nach Schluß der Debatte möglich. Ich habe mich daher zu Wort gemeldet, weil mir daran liegt, noch heute abend meine früheren Ausführungen richtigzustellen. Die gemeldet, weil mir daran liegt, noch heute abend meine früheren Ausführungen richtigzustellen. Die Ausführungen von Herrn Abgeordneten Windelen, wonach ein Satz der Regierungserklärung den Verdacht begründe, er könnte den Vorwurf ungenügender Vertretung nationaler Interessen rechtfertigen, hat mich zu der Äußerung des Zweifels veranlaßt, ob es mit solchen Leuten über Gemeinsamkeiten zu reden lohne. Es ist selbstverständlich Pflicht eines Bundesministers, jedem Abgeordneten Rede und Antwort zu stehen.“ (Egon Bahr vor dem Deutschen Bundestag am 24.1.73. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 94.)

Und dies zu einem Zeitpunkt, zu dem er in Bonn – wie Arnulf Baring schreibt – „eigentlich unersetzlich, unabkömmlich“<sup>74</sup> war.

Es war dies nämlich die Phase, in der sich die Ostpolitik auch innenpolitisch auf dem Prüfstand befand. Die Ostverträge waren bis auf den Vertrag mit der CSSR unterzeichnet, der Grundlagenvertrag jedoch noch nicht ratifiziert. Vom 9. bis 11. Mai 1973 fand im Bundestag die Debatte über den Grundlagenvertrag statt<sup>75</sup>; am 28. Mai stellte die Bayerische Staatsregierung beim Bundesverfassungsgericht den Antrag, die Verfassungsmäßigkeit dieses Vertrages und des Ratifizierungsgesetzes zu überprüfen.<sup>76</sup>

In dieser Phase kam es darauf an, den Wert der Verträge zu belegen, ohne die noch zaghafte Annäherung jedoch unnötig zu strapazieren. Im März 1973 formulierte Bahr in einem ZEIT-Interview die Strategie seiner Vorgehensweise: „Ich halte es für politisch und psychologisch grundsätzlich falsch, einen Vertrag in der Bewährung bis zum Äußersten seiner Tragfähigkeit auszudehnen und erproben zu wollen. Ich bin dafür, daß man von Rechten innerhalb eines Vertrages einen normalen Gebrauch, aber nicht einen belastenden oder ausweitenden Gebrauch macht. [...] Das führt wieder in die Konfrontation.“<sup>77</sup>

Bahr vertrat den Standpunkt, die Bundesrepublik müsse realistisch sehen, was man sinnvollerweise von der DDR-Seite erwarten dürfe und was nicht. Dabei gehe es in erster Linie darum, die Wirklichkeit nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch anzuerkennen. Dies impliziere auch festzustellen, „daß die DDR, ob es uns gefällt oder nicht, nicht nur ein Staat ist, sondern auch ihre Ordnung hat. Diese Ordnung können wir ablehnen, aber wir müssen sie respektieren.“<sup>78</sup>

Bahr unterstrich, daß die Systemgegensätze erhalten blieben und auch durch den Grundlagenvertrag nicht aufgehoben würden. „Die neue Epoche der fruchtbaren Koexistenz“ löse „die ideologischen Gegensätze nicht auf“<sup>79</sup>. Deshalb sei er auch ein Gegner der Konvergenztheorie, da die unterschiedlichen Interessen der Staaten erhalten blieben.<sup>80</sup> Grundlage der Bahrschen Deutschlandkonzeption war das Eingeständnis, daß sich erfolgversprechende Entspannungsbemühungen gegenüber der DDR nicht vereinbaren ließen mit der Thematisierung von zwei für den anderen deutschen Staat existentiellen Grundsatzfragen – der Frage der deutschen Einheit

74 Baring: Machtwechsel, S. 552.

75 Am 11. Mai wurde der „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ mit 268 gegen 217 Stimmen gebilligt.

76 Vgl. Haftendorn: Sicherheit und Entspannung, S. 396–402.

77 Bahr: Die Flitterwochen sind vorbei. Interview in: Die ZEIT, Nr. 12 (16.3.73), S. 4.

78 Bahr: Bemühungen um Normalisierung zwischen beiden deutschen Staaten. Interview (mit dem SFB vom 12.1.73) in: BULLETIN, Nr. 4 (15.1.73), S. 33. Bahr sagt in diesem Interview weiter: „Wir haben also weiterhin Gegensätze, und diese Gegensätze darf man nicht unter den Teppich kehren, sondern über die muß man in aller Offenheit reden, in aller Sachlichkeit reden. Daraus soll keine Feindseligkeit werden. Aber es bleiben Gegensätze. Und trotzdem muß man im Interesse der Menschen das Verhältnis der Staaten zueinander normalisieren. Dies ist der schwierigste wesentliche Punkt. [...] Gegensätze gerade der Ideologie bleiben Gegensätze und müssen auch offen ausgesprochen werden. [...] Mir gefällt das Regime in der DDR überhaupt nicht. Ich sage das auch. Aber es ist vorhanden, und es gibt kein anderes als dieses, mit dem ich Verträge machen kann. Und ich halte sie auch, ebenso wie ich verlange, daß sie drüben das halten.“ (Ebd., S. 33)

79 Bahr: Wandel durch Annäherung. Zehn Jahre später, S. 871.

80 Ebd., S. 871. Zur Konvergenzthese meinte Bahr ein Jahr später: „Ich bin nie ein Anhänger der Konvergenz-Theorie gewesen. Ich glaube, daß die Systeme für lange Zeit nebeneinander in sich ruhend existieren werden.“ (Bahr: 260 Silben in der Minute. Interview in: STERN, Nr. 14/1974, S. 183.)

und der Systemfrage. Gerade wer Fortschritte auf diesen beiden Gebieten erreichen wolle, dürfe die Lösung dieser Fragen nicht zur Bedingung machen. In puncto „Systemfrage“ bedeutete diese Prämisse, daß die Forderung nach mehr Freiheit nur symbolischen Charakter haben konnte, da – so Bahr in einer Rede am 15.2. 1973 – „die Einführung von Ideenfreiheit und voller Freizügigkeit nicht zu vereinbaren ist mit dem Charakter eines solchen Staates“<sup>81</sup>: „Der freie Austausch von Ideen und Menschen würde jedenfalls heute gleichbedeutend mit dem Ende des Systems sein, das es in der DDR gibt. Gerade wer diese Auffassung teilt, kann sich nicht wundern, daß die DDR den unbegrenzt freien Austausch von Ideen und Menschen nicht zuläßt.“<sup>82</sup> „Wenn man also dies nun als Forderung stellt, dann stellt man in Wahrheit die Forderung nach Abschaffung des Systems. Das kann man tun. Aber dies ist keine Frage der praktischen Politik. Das ist vielleicht wirksam, aber es ist nicht machbar.“<sup>83</sup> Bahr unterstrich Anfang 1973 also nachdrücklich die Grenzen des kurzfristigen Möglichen. Annäherung und Abgrenzung waren in der Konzeption des Sozialdemokraten sich bedingende Elemente: „Ich bin nicht überrascht, daß es noch immer Ärger gibt. Je näher sich die beiden deutschen Staaten in ihrem Verhältnis zueinander kommen, um so stärker muß das Bedürfnis des Regimes der DDR werden, keine Illusionen aufkommen zu lassen, das heißt die ideologische Linie der Abgrenzung sehr, sehr scharf zu ziehen.“<sup>84</sup>

Trotz dieses Grundverständnisses für die Abgrenzungsbedürfnisse der DDR-Führung durften jedoch Rückschläge und Stagnation nicht zum Alltag der Ostpolitik werden, da ansonsten die innenpolitische Zustimmung zur Entspannungspolitik ebenso erschüttert worden wäre wie die Hoffnung, Fortschritte in Richtung einer Realisierung des Gesamtkonzepts zu machen. In diesem Zusammenhang ist besonders die Tatsache interessant, daß – obwohl Bahr öffentlich vor einer Strapazierung der Verträge warnte – er es war, der diese Verträge 1973 am entschiedensten testen wollte. Als entspannungspolitischer Testfall schlechthin galt dabei Berlin.

„Sinn des Vier-Mächte-Abkommens“ – so Bahr in einem Vermerk für Bundeskanzler Brandt vom 17.5. 1973 – sei es gewesen, „das Berlin-Problem zu klären, ohne daß es künftig Ärger macht“<sup>85</sup>: „Wenn sich alle an Buchstaben und Absicht des Vertrages halten, kann das auch glücken. Dies ist aber nicht der Fall.“<sup>86</sup>

Die Bundesregierung wollte daher den Breschnew-Besuch vom 18. bis 22. Mai 1973 in Bonn nutzen, um die verbliebenen Berlin-Streitigkeiten durch eine beiderseitige Erklärung endgültig beizulegen. Bahr und der sowjetische Außenminister Gromyko erhielten von Brandt und Breschnew den Auftrag, das Berlin-Thema zu besprechen. „Ohne Berlin-Bezug“, so Brandt, „werde es kein Kommuniké geben“<sup>87</sup>.

81 Rede von Bundesminister Egon Bahr am 15.2.73 zum Grundlagenvertrag. In: BULLETIN, Nr. 19 (17.2.73), S. 168.

82 Ebd., S. 168

83 Bahr: Chancen der Deutschlandpolitik. Interview (mit dem DLF vom 25.2.73) in: BULLETIN, Nr. 24 (27.2.73), S. 211.

84 Bahr: „Den Ärger möglichst klein halten“. Interview in: Der SPIEGEL, Nr. 20 (14.5.73), S. 58.

85 Vermerk Bahrs für BK Willy Brandt; 17.5.73. In: Dep. E.B., AdS, Ord. 435.

86 Ebd.

87 Brandt: Begegnungen und Einsichten, S. 482.

Am 20. Mai kam es zu einer sehr angespannten Diskussion zwischen Bahr und Gromyko über die Berlinformel in der gemeinsamen Erklärung.<sup>88</sup>

Für „Nachwehen“<sup>89</sup>, das Vier-Mächte-Abkommen betreffend, sorgte vor allem die Frage der Bindungen West-Berlins an den Bund. Egon Bahr wollte diesbezügliche Meinungsverschiedenheiten durch eine Feststellung aus dem Weg räumen, in der Moskau und Bonn bestätigen, daß Berlin (West) „in allen praktischen Fragen“ so behandelt wird, „als ob es Teil der BRD sei“<sup>90</sup>. Diese Festlegung lehnte Gromyko in seinen Verhandlungen mit Bahr ab. „Sein Standpunkt sei anders. Berlin (West) werde bestehen und sich entwickeln, so wie es im Viermächte-Abkommen vorgesehen sei, weder fortschrittlich noch rückschrittlich. Nichts solle einbezogen werden!“<sup>91</sup>

Eine ausdrückliche Festlegung auf eine Einbeziehung West-Berlins „in die fortschreitende Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten“<sup>92</sup> konnte Bahr ebensowenig erreichen wie eine Formulierung zur Frage der Bindungen West-Berlins an den Bund.

Trotzdem ließen die Formulierungen des deutsch-sowjetischen Schlußkommunikés auf Fortschritte und eine Beilegung der Berlin-Differenzen hoffen, da die „volle Anwendung“ des Vier-Mächte-Abkommens bestätigt wurde. Wörtlich hieß es in der gemeinsamen Erklärung: „Willy Brandt und L.I. Breschnew sind übereinstimmend der Auffassung, daß die strikte Einhaltung und volle Anwendung dieses [Viermächte-]Abkommens eine wesentliche Voraussetzung für eine dauerhafte Entspannung im Zentrum Europas und für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den entsprechenden Staaten, insbesondere zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion sind.“<sup>93</sup>

Insgesamt wurde der Breschnew-Besuch von beiden Seiten als Erfolg gewertet. Obwohl die Bundesregierung trotz „zähen Ringens um die Formulierung im Schlußkommunique [...] keine abschließende Klärung in ihrem Sinne erreichen konnte“<sup>94</sup>, sah Bahr sich offenbar in der Hoffnung bestätigt, weitere entspannungspolitische Fortschritte auch in Berlin durchsetzen zu können.

Daher entwickelte er im Sommer 1973 die Idee, das geplante Bundesamt für Umweltschutz in Berlin zu errichten. In einem Brief an seinen zuständigen Kabinettskollegen, Innenminister Genscher, schrieb Bahr am 19.6.1973: „Sehr geehrter Herr Kollege, wie ich höre, wird zur Zeit überlegt, in welcher Stadt das neu zu schaffende Umweltamt aufgebaut werden soll. Ich möchte dafür Berlin vorschlagen. Es würde eine besondere Bedeutung haben, daß die Bundesregierung die erste sich

bietende Gelegenheit benutzt, die bestehenden Bindungen auszubauen. Dies würde zudem auf einem Gebiet erfolgen, auf dem Berlin besondere Anstrengungen unternimmt, Modelle zu entwickeln. Die Materie ist schließlich nicht geeignet, von der DDR etwa als Provokation hochstilisiert zu werden.“<sup>95</sup>

Doch hier irrte Bahr. Die DDR nahm den Versuch der Bundesregierung, das Umweltamt in Berlin anzusiedeln, zum Anlaß, den Verkehr von und nach West-Berlin zu stören. In einem Gespräch mit Egon Bahr legte DDR-Staatssekretär Kohl Verwahrung gegen die Absicht der Bundesregierung ein, „das ‚Amt für Umweltfragen‘ außerhalb des Hoheitsgebietes der BRD in Berlin (West) einzurichten.“<sup>96</sup> Kohl erklärte in diesem Treffen am 13.9.1973: „Berlin (West) ist kein Bestandteil der BRD und darf nicht von ihr regiert werden. Bei der Ausarbeitung und beim Abschluß des Vierseitigen Abkommens sind die UdSSR, die USA, Großbritannien und Frankreich vielmehr davon ausgegangen, daß die Bundespräsenz in Berlin (West) abzubauen ist. Konkrete Festlegungen darüber sind im Vierseitigen Abkommen enthalten. Die Regierung der DDR erwartet von der Regierung der BRD, daß sie davon Abstand nimmt, in Berlin (West) eine derartige Zentrale Regierungsbehörde der BRD zu errichten, zumal ein derartiger demonstrativer Akt nur die Möglichkeit erschweren würde, die notwendigen Umweltschutz-Vereinbarungen zwischen der DDR und Berlin (West) zu treffen.“<sup>97</sup>

Diese Erklärung des DDR-Unterhändlers belegt, wie recht Bahr hatte, als er meinte, die DDR versuche „das Viermächte-Abkommen extensiv zu ihren Gunsten auszulegen.“<sup>98</sup>

Letztlich setzte sich die Bundesregierung mit ihrer Auffassung durch. 1975 wurde das Umweltamt in Berlin errichtet, allerdings erst nach langen, die Beziehungen belastenden Kontroversen.

Der geschilderte Konflikt um die Regelung der Familienzusammenführung und die Abschaffung der „Anwaltsebene“ zeigt ebenso wie die Kontroversen um das Umweltbundesamt, daß die DDR 1973 alles in ihren Kräften Stehende tat, um jegliche ostpolitische Euphorie zu dämpfen. Dabei ging es ihr zum einen darum, eventuell entstehende Begehrlichkeiten im Inneren frühzeitig zu bremsen, zum anderen war dieser „Krawallkurs“<sup>99</sup> jedoch gezielt gegen die langfristige Perspektive in Bahrs Entspannungskonzept gerichtet. In einem Artikel des „Neuen Deutschland“ las sich dies so: „Es ist kein Geheimnis, daß die Regierung Brandt/Scheel nach wie vor versucht, den Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD sowie die Nachfolgeabkommen, über die gegenwärtig verhandelt wird, für die – wie man in Bonn zu sagen pflegt – ‚friedliche Überwindung der bestehenden Grenzen zwischen der DDR und der BRD‘ auszunutzen. Ein solche illusionäre Politik hat

88 Valentin Falin, der auf Seiten der sowjetischen Delegation an diesem Gespräch teilnahm, beschreibt in seinen Memoiren sehr plastisch die gespannte Atmosphäre des Treffens. Vgl. Falin: Politische Erinnerungen, S. 250ff.

89 Vgl. Zündorf: Die Ostverträge, S. 171ff.

90 Vermerk Bahrs für Willy Brandt; 17.5.73. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 435.

91 Vermerk über das Gespräch zwischen Bahr und Gromyko am 20. Mai 1973 auf dem Petersberg. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 435. Der damals als Botschafter der UdSSR in Bonn an den Gesprächen beteiligte Falin spekuliert in seinen Memoiren über die Gründe für die verhärtete Haltung Gromykos und stellt sich dabei die Frage, ob der Außenminister wollte, „daß West-Berlin, wie man bei uns sagt, unser ‚Lieblingshühnerauge‘ bleibt?“ (Falin: Politische Erinnerungen, S. 250.)

92 Vermerk über das Gespräch zwischen Bahr und Gromyko am 20. Mai 1973 auf dem Petersberg. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 435.

93 Vgl. Zündorf: Die Ostverträge, S. 172; Brandt: Begegnungen und Einsichten, S. 482.

94 Zündorf: Die Ostverträge, S. 172.

95 Brief Bahrs an Hans-Dietrich Genscher; 19.6.73. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 359.

96 Aus dem Bericht über das Gespräch von Michael Kohl mit Minister Bahr am 13.9.73. In: ZPA, Büro Hermann Axen, Sign. IV 2/2.035/119.

97 Ebd.

98 Bahr: Aktuelle Probleme der Deutschlandpolitik. Interview (mit dem NDR vom 9.11.73) in: BULLETIN, Nr. 144 (10.11.73), S. 1431.

99 Vgl. ebd., S. 1430. Bahr antwortete in diesem Interview auf die Frage, ob „sich die DDR gegenwärtig auf Krawallkurs“ befinde: „Es ist überhaupt kein Zweifel, daß die DDR im Augenblick dabei ist, ihren Kurs zu verschärfen, und das bedeutet, daß sie die Vereinbarungen, sagen wir einmal, strapaziert, die getroffen worden sind.“ (Ebd., S. 1430.)

jedoch keine Zukunft. Es gehört zum ABC einer realistischen Politik, davon auszugehen, daß angesichts der unwiderruflichen Veränderungen, die sich im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung vollzogen haben, angesichts der Existenz des sozialistischen Staates DDR einerseits und der kapitalistischen BRD andererseits das Gerede über ‚Sonderbeziehungen‘ die Herstellung normaler Beziehungen zwischen der DDR und der BRD nur belasten kann.“<sup>100</sup>

Ein weiterer Rückschlag für die Entspannungspolitik war die Anordnung der DDR-Regierung vom 5.11.1973, wonach die Mindestumtauschsätze verdoppelt wurden. Auch Rentner – bislang freigestellt – mußten nun diesen Zwangsumtausch entrichten.<sup>101</sup>

Egon Bahr, der diese Neuregelung in einem Interview am 15.11.1973 scharf kritisierte<sup>102</sup>, wollte in all diesen Störaktionen der DDR jedoch keinen Rückschlag für seine entspannungspolitische Gesamtkonzeption sehen. Vielmehr prognostizierte er Ende 1973: „Wenn wir diese Entwicklung eines Tages rückblickend überschauen werden, dann werden wir feststellen, daß die heutigen Schwierigkeiten eine negative, bedauerliche, durch die DDR verursachte Episode gewesen sind.“<sup>103</sup> Trotz aller Schwierigkeiten zeigte Bahr sich „überzeugt davon, daß die DDR sich auf die Dauer nicht gegen den Kurs der Entspannung wird sträuben können oder die Entspannung wird aufhalten können, wenn sie international weitergeht“<sup>104</sup>: „Meine Auffassung war damals und ist es bis heute: Wir hatten bisher keine Beziehungen, und wir müssen durch die Phase schlechter Beziehungen gehen, ehe man gute Beziehungen entwickeln kann.“<sup>105</sup>

Die Gefahr der ostpolitischen Störfeuer im Jahr 1973 bestand nach Bahrs Auffassung daher auch weniger in einer Stagnation oder gar Umkehrung des Entspannungsprozesses, sondern in der zunehmenden Enttäuschung innerhalb der Bundesrepublik. Die Analyse des Journalisten Hans Kepper, die dieser im Mai 1974 in der Frankfurter Rundschau anstellte, war daher absolut zutreffend: „Von der Sache her sind die aktuellen Schwierigkeiten der Ostpolitik in den Augen Bahrs nicht so tragisch, weil diese Politik in der Tat auf Jahrzehnte angelegt ist. Aber Bahr hatte als einer der ersten in Bonn begriffen, daß die offenkundige Enttäuschung der Bürger über die Ostpolitik für Willy Brandt lebensgefährlich werden konnte, weil Brandt seinen Sieg von 1972 zum entscheidenden Teil eben dieser Ostpolitik verdankt. Kurios bleibt wiederum, daß Bahr an dieser Optik der ‚Enttäuschung‘ aktiv mitwirkte. Die Idee, das Umweltbundesamt nach Westberlin zu legen, stammt von ihm und niemandem sonst.“<sup>106</sup>

Die Gefahr des Jahres 1973 bestand darin, daß der ostpolitische Schwung der Jahre 1969–72 verlorenging und die öffentliche Meinung sich enttäuscht abwendete.

100 Zitiert nach: Zieger, Gottfried: Die Haltung von SED und DDR zur Einheit Deutschlands 1949–1987, Köln 1988, S. 178.

101 Vgl. ebd., S.177.

102 Vgl. Bahr: „Das Kind muß jetzt selber laufen lernen“. Zwanzig Antworten zur Ostpolitik der Bundesregierung. Interview in: Vorwärts, Nr. 46 (15.11.73), S. 7.

103 Ebd., S. 7.

104 Bahr: Aktuelle Probleme der Deutschlandpolitik. Interview (mit dem NDR vom 9.11.73) in: BULLETIN, Nr. 144 (10.11.73), S. 1432.

105 Ebd., S. 1432.

106 Kepper, Hans: Brillianter Drehbuchschreiber, aber schlechter Darsteller. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 114 (17.5.74), S. 3.

Als deutliches Zeichen in dieser Hinsicht wurde im Kanzleramt „der Unwille, der sich unter Intellektuellen und Künstlern“<sup>107</sup> sammelte und der in der Kritik von Günter Grass seine Spitze fand, ausgemacht. Dies dürfe die Bundesregierung nicht unterschätzen.

Grass hatte im September 1973 einen öffentlichen Brief geschrieben, um – wie er meinte – „die notwendige Entspannungspolitik vor einer Fehlentwicklung zu bewahren, die sich heute schon in geradezu Metternichschen Übereinkünften ankündigt.“ Der Schriftsteller machte darauf aufmerksam, „daß die zur Zeit nivellierenden Tendenzen der Entspannungspolitik allgemein Mißbehagen bereiten, nicht zuletzt bei Bürgern der Bundesrepublik, die sich seit Jahren für die Entspannungspolitik eingesetzt haben. [...] Wenn wir am Anfang einer Epoche stehen, die man vorläufig ‚die entspannte der Koexistenz‘ nennen mag, ja, wenn sich die Systeme durch schrittweise Annäherung tatsächlich wandeln sollten, dann gilt es, rechtzeitig auf jene Gefahr hinzuweisen, die in der staatsautoritären und primär ökonomischen Anpassung beider Systeme liegen könnte; sie ginge allseits auf Kosten der Meinungsfreiheit“<sup>108</sup>.

Diese Kritik war alarmierend und symptomatisch für die Atmosphäre im „Jahr Eins“ nach Abschluß der wichtigsten Ostverträge. Zwar mag man Klaus Harpprecht zustimmen, der in einem Vermerk an Bundeskanzler Brandt beklagte: „[...] unsere Genies hätten ein wenig früher entdecken können, daß mit der sozialliberalen Koalition nicht das Millennium angebrochen ist“<sup>109</sup>, aber die Kritik traf in merkwürdig ambivalenter Art und Weise ja auch die Gefühlslage der ostpolitischen Hauptakteure innerhalb der Bundesregierung.

Bahr betonte zwar einerseits unentwegt, die Verträge seien eben „kein Garantieschein für Reibungslosigkeit“<sup>110</sup>, andererseits war er Ende 1973 auch so etwas wie der Kronzeuge für eine gewisse Ermattung der Ostpolitik, als er in einem Interview erklärte, er fühle sich wie ein Autor nach Beendigung seines Werkes: „Ich glaube, jemand, der ein Buch geschrieben hat, fühlt sich leer und braucht Zeit zum Aufladen. Zum anderen habe ich das Gefühl und die Überzeugung; wenn man seinen Teil dazu beigetragen hat, daß etwas zustandekommt, dann kommt auch der Punkt, an dem man sagt: Das Kind muß selbst laufen lernen. Und es muß auch allein laufen. Und es muß allein leben. Das bedeutet nicht, daß man nicht mit besonderer Sorgfalt, Aufmerksamkeit, Liebe, Engagement den Weg verfolgt, den es nun geht.“<sup>111</sup>

Und Willy Brandt bekannte 1984, zehn Jahre nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler, daß die entspannungspolitischen Rückschläge des Jahres 1973

107 Notiz von Klaus Harpprecht für Willy Brandt; 5.9.73. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 108.

108 „Hier hat Höflichkeit ihre Grenze“. Der Brief des Schriftstellers Grass an Botschafter Sahm vom 6.9.73 im Wortlaut. In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 207 (8./9.9.73), S. 9.

109 Notiz von Klaus Harpprecht für Willy Brandt; 5.9.73. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 108.

110 Bahr: Vier Jahre Bonner Ostpolitik. Die Koalition hat geschafft, was sie sich vorgenommen hatte. In: Die ZEIT, Nr.51 (14.12.73), S.3. Bahr: „Wer über die bisher erzielten praktischen Ergebnisse der Vertragspolitik mit der DDR enttäuscht ist, hat entweder schon vergessen, wie es früher war, oder er hat sich Illusionen über die DDR gemacht und ist zum Gefangenen übersteigter Erwartungen geworden. Nicht nur ich, aber auch ich habe immer wieder darauf hingewiesen, daß Nichtbeziehungen zunächst einmal durch schlechte Beziehungen abgelöst werden würden. [...] Von der Verständigung zum Vertrauen ist es ein weiter Weg.“ (Ebd., S. 3)

111 Bahr: „Das Kind muß jetzt selber laufen lernen“. Zwanzig Antworten zur Ostpolitik der Bundesregierung. Interview in: Vorwärts, Nr. 46 (15.11.73), S. 7.

maßgeblich verantwortlich waren für die „Anflüge von Depressionen“<sup>112</sup>, die ihn in dieser Zeit belasteten.

Dieses Teilkapitel abschließend stellt sich somit die Frage, ob der Kollisionskurs, den die DDR-Regierung 1973 vermeintlich oder tatsächlich steuerte, eine Widerlegung der Bahrschen Konzeption bedeutete? Bei genauer Analyse von Bahrs Vorstellungen wird deutlich, daß dies mitnichten der Fall war. Vielmehr wurde der Ostpolitiker durch die Entwicklungen des Jahres 1973 in seinen Prognosen bestätigt. Bereits in seinem Buch „Was nun?“ hatte Bahr 1965 betont, daß „die Entwicklung im sowjetischen Machtbereich [...] nicht gradlinig und kontinuierlich“ verlaufen würde: „Perioden der Abkühlung und der Rückfälle sind unausweichlich.“<sup>113</sup>

Die mutmaßliche Verfahrenstaktik der DDR-Seite nach Abschluß der Verträge hatte Bahr schon in seinen Planungsstudien analysiert und, wie sich zeigen sollte, realistisch eingeschätzt. In seinem Planungspapier „Rahmenvertrag mit der DDR“ meinte Bahr 1969: Die DDR „wird einerseits versuchen, sich möglichst viele Einwirkungsmöglichkeiten auf Westdeutschland zu verschaffen und andererseits ihren eigenen Herrschaftsbereich gegen Einwirkungsmöglichkeiten aus der Bundesrepublik abschirmen wollen. Je mehr es uns jedoch auf Grund der Bestimmungen des Vertrages gelingt, das innerdeutsche Gespräch zu aktivieren, desto schwerer wird es für die DDR.“<sup>114</sup>

Abgrenzung war bekanntermaßen die Existenzgrundlage der DDR. Aber Bahr hatte bereits 1967 formuliert, daß Ost-Berlin die Rolle eines „Störenfrieds der Entspannung“ nicht werde durchhalten können, denn: „Der andere Teil Deutschlands wird auf die Dauer zu schwach sein, die Entspannung zu blockieren.“<sup>115</sup>

Diese Einschätzung fand in der Zeit nach Abschluß der Verträge – trotz der geschilderten Störmanöver – ihre Bestätigung. Dabei blieben jedoch zwei für die ostpolitische Konzeption Bahrs zentrale Grundeinschätzungen weiterhin gültig. Die erste Erkenntnis war die Einsicht, daß sich die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten nur verbessern ließen, wenn die Atmosphäre zwischen Ost und West insgesamt entspannungsfreundlich sei. Bahr drückte dies im Sommer 1973 folgendermaßen aus: „Im Falle zunehmender Spannungen ist nicht zwischen den beiden deutschen Staaten eine Insel der Entspannung zu schaffen. Auch aus diesem Grunde ergibt sich, daß wir nur an der Entspannung und nicht an der Spannung interessiert sind.“<sup>116</sup> Die andere Prämisse Bahrs war die Annahme, daß die deutsch-deutschen Beziehungen in hohem Maße abhängig seien von dem Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. In einem Vermerk für Bundeskanzler Brandt vom 17.5.1973 unterstrich Bahr diesen für das Verständnis seiner entspannungspoli-

112 Brandt, Willy: „Ich blicke nicht im Zorn zurück“. Interview in: Der SPIEGEL, Nr. 20 (14.5.84), S. 46. In diesem Interview heißt es wörtlich: „SPIEGEL: Kann die Rede davon sein, daß sie Anfälle von Amtsmüdigkeit hatten? [...] BRANDT: Amtsmüdigkeit nicht, aber Anflüge von Depressionen, ja. SPIEGEL: Woher kamen die? BRANDT: Die waren in erster Linie darin begründet, daß ich schon 1973 sah, die Entspannungspolitik werde nicht so laufen, wie sie 1970, 71, 72 angelegt worden war; sondern daß sie ganz rasch wieder umkippte durch Entwicklungen in Washington und Moskau.“

113 Bahr: Was nun? (Unveröffentlichtes Buchmanuskript), S. 180. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 465.

114 Aufzeichnung PL – 80.00/6111/69 Bahr/betr. Rahmenvertrag mit der DDR; 18.9.69. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 396.

115 Vermerk von Egon Bahr/betr. Gesichtspunkte über Ost-Politik für Botschafterkonferenz; 4.12.67. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 341.

116 Bahr: Wandel durch Annäherung. Zehn Jahre später, S. 873.

tischen Strategie herausragenden Punkt: „Die DDR wird nicht mit uns dort kooperieren, wo es noch Schwierigkeiten zwischen Bonn und Moskau gibt.“<sup>117</sup>

### 9.3 Über Moskau ans Ziel – Eine entspannungspolitische Sackgasse?

Der Schlüssel zur deutschen Einheit liegt in Moskau. Dieser Satz war seit den 50er Jahren die Leitlinie für Egon Bahrs Deutschlandkonzeption. Der Logik dieser Grundprämisse entsprach nicht nur die Architektur der gesamten Ostvertragspolitik, mit dem Start in Moskau, sondern auch seine strategische Vorgehensweise vor, während und nach den Verhandlungen. Fortschritte mit der DDR waren, so Bahrs Annahme, nur in dem Umfang möglich, in dem die Sowjetunion diese wollte und förderte. 1965 verwies Bahr darauf, daß es die DDR ohne die Anwesenheit sowjetischer Truppen gar nicht gäbe.<sup>118</sup> 1970 unterstrich er nochmals, daß es zunächst notwendig sei, sich mit der „Zentrale“ Moskau zu verständigen, damit von dort auf die „Filiale“ Ost-Berlin Einfluß genommen werden könne.<sup>119</sup>

Daß dieser Weg erfolgversprechend war, sollte sich während der Ostvertragsverhandlungen mehrfach bestätigen. So nahmen zum Beispiel die Verhandlungen über den Grundlagenvertrag erst nach Bahrs Besuch im Oktober 1972 bei Leonid Breschnew in Moskau die entscheidende letzte Hürde. Dabei gab sich der bundesdeutsche Verhandlungsführer nur wenig Mühe, dieses Element seiner Strategie gegenüber der DDR-Seite zu kaschieren. Im Gegenteil: Wenn es Bahr notwendig erschien, „drohte“ er fast unverhohlen mit dem „großen Bruder“ in Moskau. In einem Brief an Michael Kohl vor besagtem Moskau-Besuch im Oktober 1972 klang dies beispielsweise so: „Sehr geehrter Herr Kohl, die Besprechungen haben ergeben, daß der Vertrag selbst den politischen und verfassungsrechtlichen Gegebenheiten Rechnung tragen muß. Dies ist beim gegenwärtigen Stand nicht der Fall. Wir werden also noch schwierige Verhandlungen zu führen haben, die naturgemäß nicht auf diesem Weg vorwegzunehmen sind. Bei dieser Gelegenheit möchte ich Sie darüber informieren, daß ich in den nächsten Tagen einen kurzen Besuch in Moskau machen werde, um eine Botschaft des Bundeskanzlers an den Generalsekretär zu überbringen.“<sup>120</sup>

Deutsch-sowjetische Gespräche wurden also genutzt, um deutsch-deutsche Verhandlungen voranzubringen. Dabei wurde in diesen Treffen zum Teil sehr ungeschminkt Kritik an der DDR-Seite geübt. In einer Aufzeichnung, die zur

117 Vermerk Bahrs für Willy Brandt; 17.5.73. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 435.

118 „Der Grad der Abhängigkeit der DDR ist umstritten. Die landläufige Ansicht lautet, daß die Abhängigkeit Ulbrichts und seines Staates von der Sowjetunion allumfassend ist. Dabei wird vor allem darauf verwiesen, daß es ihn ohne die Anwesenheit sowjetischer Elitetruppen nicht mehr gäbe. Dies ist sicher richtig.“ (Bahr: Was nun?, S. 33.)

119 „Wir haben bilateral überhaupt kein Mittel, die SED kooperationswillig zu machen. Es gibt nur eine Möglichkeit: Mit Moskau soweit zu kommen, daß man dort auf Ostberlin im Sinne der Vernunft einwirkt. Dies tun wir. Alles andere ist Illusion.“ (Brief Bahrs an Peter Bender; 14.1.70. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 343 A.)

120 Brief Bahrs an Michael Kohl vom 4.10.72. In: ZPA, Bestand Internationale Verbindungen, Sign. IV B 2/20/433.



Vorbereitung des Breschnew-Besuchs in Bonn für den Bundeskanzler angefertigt worden war, hatte Bahr einen ganzen „Klagen-Katalog“ zusammengestellt, der während des Treffens zur Sprache kommen sollte. In dem Vermerk vom 17.5. 1973 hieß es u.a.: „Tiefes Mißtrauen gegenüber der DDR, harte Informationen, daß sie nur noch in die VN [Vereinten Nationen/d. Verf.] wollen und dann jede Vereinbarung blockieren wollen. Sie verhalten sich auch dementsprechend:

a) Was soll das, wenn Herr Kohl Herr Bahr den Protest der Führung der SED mitteilt, er hätte eine unqualifizierte Rede im Bundestag gehalten? Sie diene nicht der Normalisierung. Man kündigt gewissermaßen an, dadurch sich nicht mehr an früher getroffene Absprachen gebunden zu fühlen.

b) Was soll das: Seit Monaten weigert sich die DDR, die Verhandlungen über die Errichtung der Ständigen Vertretungen zu beginnen.

c) Man bricht Anwaltskontakte ab und weigert sich, über Familienzusammenführung auf anderer Ebene zu sprechen.

d) Man versucht administrativ schon jetzt den grenznahen Personenverkehr möglichst klein zu halten (kein Gelegenheitsverkehr bei Omnibussen, unzureichender Eisenbahnverkehr, nur in seltenen Ausnahmefällen PKW). Das ist zum Teil ein Bruch des gültigen Verkehrsvertrages.

e) Ich könnte die Liste länger machen.

Solange zwischen uns diese Dinge nicht geradegerückt sind, werden sie auch nicht zwischen der BRD und der DDR in ein ruhiges Fahrwasser kommen.“<sup>121</sup>

Diese Verfahrenstaktik von Brandt und Bahr sorgte natürlich auf Seiten der DDR für Besorgnis und Verstimmung. Schon in den 60er Jahren hatte man die enge Fühlungnahme des Duos „Brandt/Bahr“ mit sowjetischen Stellen mißtrauisch und daher besonders aufmerksam verfolgt. Als Brandt und Bahr 1968 versuchten, über den sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Pjotr Abrassimow, einen vertraulichen Kontakt zu Walter Ulbricht herzustellen, reagierte der DDR-Staatschef äußerst gereizt. In ziemlich rüder Form erläuterte Ulbricht dem UdSSR-Diplomaten „seinen Standpunkt über die Mission des sowjetischen Botschafters in der DDR“ und beklagte, „die Taktik und Methoden Brandts“ seien darauf gerichtet, „uns als Satelliten Moskaus hinzustellen“<sup>122</sup>. In dieser Unterredung aus dem August 1968 warnte Ulbricht nicht das erste Mal vor Brandts Annäherungskurs. Bereits zwei Monate zuvor, im Juni, hatte der DDR-Staatschef gegenüber Abrassimow geklagt, Brandt verfolge eine vollständig „aggressive Konzeption“, die „Perspektive der sozialdemokratischen Führer“ heiße „Konterrevolution“<sup>123</sup>.

Ulbrichts Äußerungen verraten die Angst der DDR-Führung vor dem sogenannten „Sozialdemokratismus“ und der Bahrschen Entspannungskonzeption. Bahrs Motto „Wandel durch Annäherung“ galt den Strategen in Ost-Berlin von Beginn an als „Aggression auf Filzlatzchen“. Daran hatte sich auch Ende der 60er Jahre nichts geändert. Wie man die Ostpolitik der Bundesrepublik einschätzte, geht aus einer

121 Vermerk Bahrs für Willy Brandt; 17.5.73. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 435.

122 Kurzniederschrift der Aussprache des Gen. Walter Ulbricht mit Gen. Botschafter Abrassimow; 5.8.68. In: ZPA, Bestand Ulbricht, Sign. J IV 2/202 – 80.

123 Vermerk über eine Unterredung des Genossen Walter Ulbricht mit Genossen Botschafter P.A. Abrassimow am 20.6.68. In: ZPA, Bestand Ulbricht, Sign. J IV 2/202 – 80.

Aufzeichnung vom November 1968 hervor: „In offiziellen Kreisen Westdeutschlands ist man [...] der Meinung, die ‚neue Ostpolitik‘ habe ihre Möglichkeiten bei weitem noch nicht erschöpft und müsse fortgesetzt werden, um so mehr, als es in der gegenwärtigen Situation keine Alternative gebe, die zu einer Wiedervereinigung Deutschlands zu Bonns Bedingungen führen könnte. Zugleich sucht man in den herrschenden Kreisen der Bundesrepublik nach neuen taktischen Varianten der Durchführung dieser Politik, angewandt auf die entstandene Situation. [...] Insgesamt kann die Schlußfolgerung gezogen werden, daß die herrschenden Kreise der BRD, einschließlich der rechten SPD-Führer, nach wie vor darauf bauen, daß die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern allmählich schwächer werden, daß in ihrer Politik letzten Endes nationalistische Gesichtspunkte die Oberhand gewinnen, daß sich die sozialistischen Länder eines nach dem anderen ‚neutralisieren‘ und sich von der Sowjetunion lösen werden. Infolgedessen werde früher oder später eine Lage entstehen, da die UdSSR, China im Rücken, es für günstig halten wird, auf eine Lösung des deutschen Problems zu den Bedingungen der BRD einzugehen.“<sup>124</sup>

Zu den Geburtsfehlern der DDR gehörten seit ihrer Gründung zwei grundsätzliche Befürchtungen: die Angst vor der eigenen Bevölkerung und vor dem „Liebesentzug“ durch die sowjetischen „Freunde“. Ihre symbolische Datierung fand diese doppelte Existenzangst mit den Jahreszahlen 1952/53. „Stalin-Note“ und der „17. Juni 1953“ waren für die SED-Spitze fast schon traumatisierende Erlebnisse. Diese doppelte Traumatisierung der Jahre ’52/53 wiederholte sich dann im Jahr 1970. Bahrs monatelange Verhandlungen in Moskau und Brandts Besuch in Erfurt aktualisierten alte, niemals vergessene Ängste.

Die sowjetische Führung kannte diese Sorgen der SED-Machthaber natürlich sehr genau und war daher bemüht, entsprechende Befürchtungen einerseits zu entkräften, andererseits der DDR jedoch keine entspannungspolitische Veto-Rolle einzuräumen. Besonders deutlich wurde diese Doppeltaktik bei einer Unterredung zwischen Leonid Breschnew und Erich Honecker am 28. Juli 1970, wenige Tage vor Unterzeichnung des Moskauer Vertrages. Breschnew unterstrich bei diesem Treffen die Abhängigkeit der DDR von der Führungsmacht Sowjetunion: „Die DDR kann ohne uns, ohne die SU, ihre Macht und Stärke – nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR. Die Existenz der DDR entspricht unseren Interessen, den Interessen aller sozialistischen Staaten.“<sup>125</sup> Breschnews Doppelspiel zielte somit einerseits darauf, die Ängste der DDR-Führung abzubauen, andererseits jedoch auch darauf, durch unverhohlene Drohungen zu disziplinieren. Dabei ist auffällig, wie eindringlich der sowjetische Staats- und Parteichef darum bemüht war, seinem ostdeutschen Gesprächspartner zu verdeutlichen, daß man in Moskau die Absichten Brandts durchaus erkannt habe. Breschnew meinte am 28.7. 1970 über die Intentionen, mit der die Bundesregierung ihre Ostpolitik verfolgte: „Gewiß, Brandt verspricht sich auch Vorteile. Er will bei ihnen eindringen. Das wird ihm aber mit der Zeit immer

124 Aufzeichnung/betr. Zur Reaktion in der Bundesrepublik auf die Ereignisse in der Tschechoslowakei; 11.11.68. In: ZPA, Bestand Ulbricht, Sign. J IV 2/202 – 80.

125 Protokoll einer Unterredung zwischen L.I. Breschnew und Erich Honecker am 28.7.70. In: Przybylski, Peter: Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, Berlin 1991, S. 281.

schwerer. [...] Wir haben in Bezug auf Brandt, die westdeutsche Sozialdemokratie keine falschen Vorstellungen. Illusionen sind nicht am Platze. [...] Brandt hat in Bezug auf DDR andere Ziele als wir.<sup>126</sup>

Doch die Erklärung Breschnews, es dürfe „zu keinem Prozeß der Annäherung zwischen der BRD und der DDR kommen“<sup>127</sup>, war eben keine Erlaubnis für die DDR, die Ost-West-Entspannung zu blockieren, sondern aus östlicher Sicht die notwendige Voraussetzung, um Entspannung überhaupt möglich zu machen.<sup>128</sup>

Bahr machte sich über dieses sowjetische „Doppelspiel“ keine Illusionen, vielmehr gehörte es in seiner Konzeption zur Dialektik der Ostpolitik. Für wie wirksam er den Druck von Moskau auf Ost-Berlin erachtete, belegt ein Brief an Helmut Schmidt aus dem Jahr 1972, in dem er die Bereitschaft der DDR, Grundvertragsverhandlungen zuzustimmen, auf diese Taktik zurückführt. Bahrs Einschätzung: „Wenn man sich erinnert, wie stark Honecker vor zwei Jahren gegen Verhandlungen mit der BRD überhaupt, gegen Erfurt und Kassel gewesen ist, kann man sich vorstellen, was diese Entwicklung DDR-intern bedeutet: Tiefe Unsicherheiten in den Kadern und das Gefühl, von den Russen und der BRD unter Druck gesetzt zu werden.“<sup>129</sup>

Über die Problematik seiner Strategie im Hinblick auf das deutsch-deutsche Verhältnis war Bahr sich jedoch durchaus bewußt. Der Druck auf Ost-Berlin mußte Gegendruck, zumindest jedoch Widerstand erzeugen. Darum erklärte Bahr öffentlich auch, daß die Bundesregierung darauf achten müsse, „nicht den Anschein zu erwecken, als ob wir über die Sowjetunion etwas in Richtung Druck auf die DDR ausüben wollen. Es wäre falsch, einen solchen Eindruck erwecken zu wollen.“<sup>130</sup>

Doch dieser Eindruck war entstanden, und er war zutreffend. Überdeutlich geht dies aus der Korrespondenz zwischen Willy Brandt und Leonid Breschnew hervor. Am 7. November 1973 beklagte sich der Bundeskanzler in einem Brief an den sowjetischen Generalsekretär: „In einem Punkt [...] kann ich nicht meine Enttäuschung und gewisse Verbitterung verhehlen: Das Verhalten der DDR ist zunehmend geeignet, die Politik der Entspannung zu diskreditieren und den Gegnern der Entspannung zu Triumphphen zu verhelfen. Das wird sich nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland auswirken. Man hat den Eindruck, als ob die DDR durch Willkür und Schikane praktisch viel von dem zunichte macht, was sie vorher als Ergebnis von Vereinbarungen zugestanden hat. Die Verdopplung von Gebühren – ohne jede Information, geschweige denn Konsultation – ist ein solcher Punkt. Auf der ganzen Linie muß man den Eindruck gewinnen, daß die DDR, nachdem sie Mitglied der Vereinten Nationen geworden ist, vieles erschwert oder blockiert. Jedenfalls haben wir zur Zeit das Gegenteil der Versicherungen, die sie auf allen Ebenen vor-

126 Ebd., S. 283f.

127 Ebd., S. 283.

128 Zum Ziel der Vertragspolitik wurde die Abgrenzung, nicht die Annäherung deklariert: „[...] der Abschluß dieses Vertrages [Moskauer Vertrag/d. Verf.] wird ein Erfolg für uns sein, für die SU, die sozialistischen Länder. Die DDR wird durch diesen Vertrag gewinnen. [...] Mit dem Vertrag wird die DDR noch deutlicher, noch mehr von Westdeutschland abgegrenzt, ein fester Bestandteil der sozialistischen Gemeinschaft. Das kann für uns, für unsere Sache nur von Vorteil sein.“ (Ebd., S. 283.)

129 Brief Bahrs an Helmut Schmidt; 18.4.72. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 345 A.

130 Bahr: Konsequente Fortsetzung der Entspannungspolitik in Europa. Interview (mit dem SDR vom 9.2.74) in: BULLETIN, Nr. 18 (12.2.74), S. 167.

her gegeben hat: es werde nach ihrem Eintritt in die Vereinten Nationen alles leichter werden. Die Ansätze von Vertrauen, die sich entwickelten, werden hier zerstört, zumal es öffentliche Kampagnen gibt, deren Ton an Zeiten des Kalten Krieges erinnert. Ich werde dazu nicht mehr lange schweigen können. Aber vielleicht gibt es in mehr als einem Teil der Welt Leute, die daran interessiert sind, daß die Entspannungspolitik Schaden leidet oder sogar in Trümmer geht.“<sup>131</sup>

Der Tenor dieses Briefes entsprach auch der Grundstimmung Egon Bahrs. Nur zwei Wochen nach diesem Schreiben formulierte Bahr den Entwurf für einen weiteren Brief Brandts an Breschnew, in dem kritisiert werden sollte, die DDR halte sich „zunehmend nicht an Absprachen“. Daher müsse man sich die Frage stellen, ob die DDR „in der Lage ist, zu bestimmen, wie weit der Kurs der Entspannung geht.“<sup>132</sup>

In einem Brief zum Jahreswechsel 1973/74 forderte Brandt den sowjetischen Generalsekretär dann ausdrücklich auf, Einfluß auf die DDR-Führung zu nehmen: „Schließlich gibt es einen Punkt, der mir besondere Sorgen macht. Es ist die Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland seit Abschluß des Grundlagenvertrages von vor einem Jahr. Wir stehen unter dem Eindruck, daß die DDR seit ihrem Beitritt zu den Vereinten Nationen kaum noch geneigt ist, irgendwelche Anstrengungen zu machen, um zu einer Normalisierung mit der Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Bei uns hat man vielmehr das Gefühl, daß sie sogar gegebene Zusagen nicht einhält und damit die unter Schwierigkeiten erreichte Balance des Grundvertrages und der dazu gehörenden Instrumente infrage stellt. Als Beispiel weise ich auf die Verdopplung der Quoten für den Mindestumtausch bei Besuchen hin. Diese Maßnahme verletzt zwar nicht direkt den Buchstaben der im Zusammenhang mit dem Abschluß des Verkehrsvertrages gegebenen Information über Reiseerleichterungen, aber sie wirkt sich praktisch so aus, daß die Anzahl der Einreisen aus der Bundesrepublik und Berlin (West) in die DDR halbiert wurde. Und zwar geht dies ganz überwiegend zu Lasten von Personen im Rentenalter. Der sowjetischen Seite mag nicht bewußt sein, wie negativ der Eindruck ist, den diese und andere Maßnahmen der DDR auf unsere Öffentlichkeit gemacht haben. [...] Ich wäre Ihnen dankbar, sehr geehrter Herr Generalsekretär, wenn Sie auch diesem Problem Ihre Aufmerksamkeit widmen würden.“<sup>133</sup>

Brandt und Bahr brachten ihre Kritik nicht nur schriftlich vor. Im Februar 1974 reiste Bahr nach Moskau, offiziell um über einen Ausbau des Osthandels zu reden. Ein Schwerpunkt in allen Gesprächen war jedoch die Kritik der Bundesregierung am entspannungsfeindlichen Kurs der DDR-Führung. In einem Treffen mit Breschnew am 27.2.1974 wies der deutsche Unterhändler darauf hin, daß nichts der Bundes-

131 Brief Brandts an Breschnew; 7.11.73. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 432.

132 Vermerk Bahrs für Brandt; 22.11.73. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 436.

133 Brief Brandts an Breschnew; 30.12.73. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 432. In einem Schreiben vom 4.1.74 ließ Brandt schließlich alle diplomatische Zurückhaltung fallen und warnte unverblümt: „Ohne die Politik der Bundesregierung hätte die DDR 1973 nicht als größtes Erfolgsgeschichte ihrer Geschichte erlebt. Sie versucht, mit vielen Worten, Ausflüchten, Verleumdungen und Verdrehungen, sich eingegangener Verpflichtungen zu entziehen. Wenn die DDR diese Linie nicht verläßt und immer weiter die Politik vollendeter Tatsachen verfolgt, dann wird nicht nur eine öffentliche Auseinandersetzung unausbleiblich. Wir lassen uns nicht zu Narren machen.“ (Brief Brandts an Breschnew; 4.1.74. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 432.)

regierung so geschadet habe, wie die „Stagnation der Ostpolitik“<sup>134</sup>. Bahr unterstrich, man habe Ärger mit Problemen, die im Prinzip gelöst seien, und dieser Ärger könne zum großen Krach werden, wenn er beide Seiten so sehr in Anspruch nehme, daß man die Sicht für die großen Fragen verliere. In Wahrheit gehe es doch darum, einen Zustand zu erreichen, in dem die Entspannung nicht mehr umkehrbar sei. Momentan jedoch ersticke man „im kleinen Ärger des Alltags, und zuweilen habe man den Eindruck, daß die DDR sich daran freue.“ Bahr verwies darauf, „daß die DDR auch begonnen habe, persönliche Angriffe gegen den Bundeskanzler zu richten“, und betonte, „wenn dies nicht eingestellt würde, würden wir eines Tages antworten und dann wieder schnell in der Atmosphäre des Kalten Krieges sein.“<sup>135</sup>

Brandts Briefe und Bahrs Gesprächsnotizen belegen, wie intensiv die Architekten der Ostpolitik 1973 und 1974 versuchten, über den Umweg Moskau die entspannungspolitische Blockade Ost-Berlins zu sprengen. Diese Taktik war jedoch innerhalb der Bundesrepublik und sogar innerhalb der SPD sehr umstritten. An diesem Beispiel läßt sich besonders deutlich zeigen, daß Ziele, Intentionen und Strategien, mit denen in der SPD/FDP-Koalition Entspannungspolitik betrieben wurde, zum Teil stark divergierten.

Einer der heftigsten Kritiker an dem an Moskau orientierten Entspannungskonzept war Herbert Wehner. Der SPD-Fraktionsvorsitzende, dessen persönlich schwieriges Verhältnis zu Willy Brandt hinlänglich bekannt war<sup>136</sup>, hielt nichts von Bahrs Strategie. Wehner hatte bereits 1963 – wenn auch aus vorrangig taktischen Motiven – zu den entschiedensten innerparteilichen Kritikern von Bahrs Rede „Wandel durch Annäherung“ gehört. Wehners „Deutschlandkonzept, das eine Wiederherstellung der sozialdemokratisch geführten Arbeiterbewegung in ganz Deutschland auf demokratischem Wege zum Ziel hatte“<sup>137</sup>, unterschied sich in wesentlichen Punkten von Bahrs Konzeption. Wehner hielt Bahrs starke Akzentuierung der Nation für eher hinderlich, seine Formel vom „Wandel durch Annäherung“ empfand er schlechtweg als „Narretei“<sup>138</sup>, „weil eine derartige Strategie letzten Endes auf eine Selbstaufgabe des DDR-Regimes hinauslaufe und damit jede Möglichkeit eines gesamtdeutschen Gespräches zunichte gemacht werde.“<sup>139</sup>

Ob Wehner in Bahr wirklich, wie Karlheinz Vater und Alfred Freudenhammer in ihrer Wehner-Biographie meinen, „einen Nationalisten mit mangelndem sozialistischen Bewußtsein“<sup>140</sup> gesehen hat, ist nicht hinreichend zu belegen. Tatsache ist jedoch, daß Wehner den Brandt-Vertrauten frühzeitig vor einer zu starken Betonung der nationalen Argumentation im Umgang mit seinen östlichen Verhandlungspartnern warnte. In einem Brief vom 3.1.1970 mahnte Wehner den Moskau-Unter-

händler Bahr: „Ich warne nochmals davor, unsererseits viel Gewicht zu legen auf die ‚eine Nation‘. Nicht, weil ich die gelegentliche Bemerkung verachtete, sondern weil die kommunistische Theorie (Theologie) die Nation dem politischen Begriff des ‚Klassen-Interesses‘ unterordnet. Deshalb ist ‚eine Nation‘ kein Fundament. Es ist Stoff für Betrachtungen und Polemik.“<sup>141</sup>

Neben einer zu starken Akzentuierung der Nation hatte Wehner bereits 1966 vor Bahrs Begriff des „Wandels“ gewarnt, ohne den Brandt-Vertrauten jedoch direkt beim Namen zu nennen. In einem Interview mit Günter Gaus erklärte Wehner: „Wir sollten uns vor zweierlei hüten. Einerseits davor, allwissend zu tun über innere Entwicklungsmöglichkeiten eines Landes unter kommunistischem Regime, und hüten andererseits, diesen Begriff Wandlung zu etwas werden zu lassen in unserem eigenen Kopf, mit dem dann in der Praxis nichts anzufangen sein wird, weil es ein künstlicher Maßstab wäre, der hier angelegt wird.“<sup>142</sup>

Der Konflikt zwischen Brandt und Wehner hatte auch Auswirkungen auf Egon Bahr. Neben persönlichen Eifersüchteleien und deutschlandpolitischen Kompetenzstreitigkeiten spielten dabei auch Unterschiede im konzeptionellen Ansatz eine Rolle. Wehner hatte spätestens seit seiner Zeit als Gesamtdeutscher Minister in der Großen Koalition den Schwerpunkt der Entspannungspolitik im deutsch-deutschen Verhältnis gesehen. Zu seinen Zuständigkeiten gehörten dabei auch die Fragen der Familienzusammenführung und des Häftlingsfreikaufes. Diesen Fragen widmete sich Wehner in der Folgezeit mit Nachdruck. Sie wurden zu seinem bevorzugten Aktionsgebiet, aber nach Antritt der Regierung Brandt/Scheel auch zu dem einzigen deutschlandpolitischen Instrument, auf dessen Handhabung er noch entscheidenden Einfluß hatte.

Um so härter mußte es Wehner treffen, daß Bahr es Ende 1972 erreichte, die „Anwaltsebene“ abzuschaffen, zumal der SPD-Fraktionsvorsitzende sich „zusehends ins Abseits gesetzt, von der Zentrale der Regierungsmacht verdrängt und immer weniger vom Kanzler konsultiert“<sup>143</sup> fühlte. Die Stagnation in den deutsch-deutschen Beziehungen im Frühjahr 1973 bot Wehner daher die Chance, seinen deutschlandpolitischen Einfluß wieder zu erweitern. Er nutzte diese Möglichkeit mit dem legendenumwobenen Besuch im Mai 1973 bei Erich Honecker.<sup>144</sup> Ohne im Folgenden näher auf die Hintergründe und Begleitumstände dieses Treffens eingehen zu wollen, soll doch erwähnt werden, daß sich mit diesem Besuch die unterschiedlichen entspannungspolitischen Strategien, mit denen auf bundesdeutscher Seite Ostpolitik betrieben wurde, deutlich herauskristallisierten. Unmittelbar nach seinem Besuch in Ost-Berlin erklärte Wehner, man dürfe „die DDR nicht als Anhängsel von irgendetwas“<sup>145</sup> behandeln. Darin klang unverhüllte Kritik an Bahrs und Brandts „Moskauorientierung“<sup>146</sup> durch. Gegenüber dem amerikanischen Journalisten David Binder

134 Vermerk Egon Bahr/betr. Gespräch mit Breschnew in seinem Amtszimmer im Kreml am 27. Februar 1974; 1.3.74. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 433.

135 Ebd.

136 Vgl. hierzu u.a. Baring: Machtwechsel, S. 601ff.; Brandt: Erinnerungen, S. 308ff.; Freudenhammer, Alfred/ Karlheinz Vater: Herbert Wehner. Ein Leben mit der Deutschen Frage, München 1978, S. 254ff.; Schmid, Günther: Entscheidung in Bonn, S. 227ff.

137 Schmid, Günther: Entscheidung in Bonn, S. 194.

138 Vgl. Sommer, Theo: Zur besonderen Verwendung. Egon Bahr – der Mann neben Außenminister Brandt. In: Die ZEIT, Nr. 10 (10.3.67), S. 2.

139 Schmid, Günther: Entscheidung in Bonn, S. 228.

140 Freudenhammer/Vater: Herbert Wehner, S. 214.

141 Brief Wehners an Bahr vom 3.1.70. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 354.

142 Gaus, Günter: Staatserhaltende Opposition oder Hat die SPD kapituliert. Gespräche mit Herbert Wehner, Reinbek bei Hamburg 1966, S. 82.

143 Schmid, Günther: Entscheidung in Bonn, S. 231.

144 Vgl. Wiegrefe, Klaus/ Carsten Tessmer: Deutschlandpolitik in der Krise. Herbert Wehners Besuch in der DDR 1973. In: Deutschland Archiv, Heft 6/1994, S. 600–616; Baring: Machtwechsel, S. 608–614.

145 Interview mit Herbert Wehner. In: SPD-Pressemitteilungen und Informationen, Nr. 175/1973 (2.6.73). Vgl. Wiegrefe/Tessmer: Deutschlandpolitik in der Krise, S. 605.

146 Ebd., S. 606.

soll Wehner diese Kritik später explizit formuliert haben, indem er sagte: „Brandt und Bahr wollten die Nation. Aber sie wollten für die Nation nicht damit bezahlen, daß sie Gefangene retteten und Familien zusammenführten. Sie wollten die DDR unterminieren.“<sup>147</sup>

Aus den inzwischen veröffentlichten DDR-Protokollen<sup>148</sup> und den Aufzeichnungen Wehners, die dieser später für Willy Brandt verfaßte, läßt sich die Taktik des SPD-Fraktionsvorsitzenden bei seinem Besuch in Ost-Berlin rekonstruieren.

Wehner nutzte in seinen Gesprächen mit dem SED-Generalsekretär geschickt die gemeinsame kommunistische Vergangenheit, um eine persönliche Vertrauensbasis herzustellen.<sup>149</sup> Laut DDR-Protokoll kritisierte er dabei auch Brandts im Deutschen Bundestag erneuertes Bekenntnis zu dem langfristigen Ziel, die „Einheit Deutschlands unter Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes“ anzustreben. Wehner soll erklärt haben, „er billige diese Darlegungen von Willy Brandt nicht und halte sie für einen Fehler, aber auf Grund seiner Loyalität gegenüber dem Bundeskanzler müsse er sagen, daß Brandt mit diesen Ausführungen das Beste, wenn auch mit illusionären Absichten, verfolge.“<sup>150</sup>

Bahrs Vorstellung, die DDR über den Umweg Moskau zu Zugeständnissen bewegen zu können, erschien Wehner offensichtlich als entspannungspolitische Sackgasse.<sup>151</sup>

Wehners Taktik in den Gesprächen mit Honecker zielte darauf, diesem – vielleicht auch mit Hinweis auf seine eigenen schmerzvollen Erfahrungen in Moskau – Verständnis für die Existenzängste der DDR zu signalisieren. Gleichzeitig distanzierte er sich mit seiner Kritik an Brandts „illusionären Absichten“ von der Bahrschen Deutschlandkonzeption. Speziell in dieser Distanzierung traf er sich inhaltlich mit Erich Honecker. Denn dieser – so stellen es zumindest Wehners Aufzeichnungen für Willy Brandt dar – kritisierte in besagtem Treffen vor allem den ostpolitischen Chefunterhändler Bahr. Honecker beklagte sich – so Wehners Aufzeichnung – über das „oft verletzende Benehmen von Herrn Bahr“<sup>152</sup>. Dieser habe „wegen seiner Arroganz und seines zum Teil provokativen Auftretens das nicht bekommen“<sup>153</sup>, was

147 Vgl. Binder, David: *The Other German. Willy Brandt's Life and Times*, Washington D.C. 1976, S.322; Schmid, Günther: *Entscheidung in Bonn*, S. 228; Freudenhammer/Vater: *Herbert Wehner*, S. 214.

148 Vgl. „SED-Dokumente zu Wehners DDR-Besuch 1973“. In: *Deutschland Archiv*, Heft 6/1994, S. 616–627.

149 In dem DDR-Protokoll über das Gespräch zwischen Wehner und Honecker am 31.5.73 heißt es dazu u.a.: „Der Meinungsaustausch über aktuelle Fragen, die insbesondere die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD betrafen, wurde von Herbert Wehner oft durch Rückblenden in die Vergangenheit unterbrochen, das heißt in die Zeit, als er Mitglied des Zentralkomitees der KPD war und in dieser Eigenschaft während der Jahre 1934/1935 mit Genossen Honecker zusammenarbeitete.“ (Zitiert nach: *Deutschland Archiv*, Heft 6/1994, S. 619.)

150 Vgl. ebd., S. 621. Weiter heißt es in diesem Gesprächsprotokoll: „Ihm [Wehner/d.Verf.] sei klar, so erklärte er, daß mit dem geschaffenen Vertragssystem alle Probleme geregelt wären und jeder Versuch, die bestehenden Realitäten ändern zu wollen, ins Abenteuerium führen würde.“

151 Günther Schmid hat den Dissens zwischen Bahr und Wehner treffend beschrieben: „Während für Bahr die nationalstaatliche Wiedervereinigung Deutschlands ein langfristig erreichbares Ziel darstellt, das im Konsens mit der Sowjetunion auch über den Kopf der DDR-Entscheidungsträger hinweg angestrebt werden müsse, warnt Wehner vor jeder auch nur im Ansatz nationalistischen deutschlandpolitischen Zielprojektion: „Jeder Versuch, die Deutschlandfrage nationalistisch zu lösen, führt mit tödlicher Sicherheit zur Isolierung der Deutschen und zur Selbstzerfleischung.““ (Schmid, Günther: *Entscheidung in Bonn*, S. 229.)

152 Aufzeichnung Wehners; 2.12.73. In: *Dep. E.B., AdsD, Ord. 354*.

153 Ebd.

Wehner schließlich erreicht habe, nämlich die Wiedereinsetzung der „Anwaltskontakte“ zur Regelung der Familienzusammenführung und des Häftlingsfreikaufes.<sup>154</sup> Honecker habe in den Gesprächen die Äußerung Bahrs, „die SED ginge mehr und mehr auf Krawall-Kurs“, kritisiert und betont, „es sei Abenteuerium zu glauben, man könnte die DDR von der Sowjetunion wegdividieren oder umgekehrt“<sup>155</sup>.

Die Aufzeichnungen Wehners und die DDR-Protokolle über dessen Besuch bei Honecker im Mai 1973 enthalten einige zentrale Informationen zur Beurteilung der Bahrschen Deutschlandkonzeption. Zum einen gab es auf bundesdeutscher Seite auch im Lager der größeren Regierungspartei keine Übereinstimmung über die Richtigkeit der Bahrschen Verfahrenstaktik. Bahrs zentrale Prämisse „Der Schlüssel zur deutschen Einheit liegt in Moskau“ war nicht unumstritten. Vor allem Wehner schien eine andere Deutschlandkonzeption, zumindest jedoch eine andere taktische Vorgehensweise, zu präferieren. Brandt und Bahr haben diese Unterschiede frühzeitig erkannt und auch durchaus kritisch betrachtet. In diesem Zusammenhang ist die Feststellung wichtig, daß das Duo „Brandt/Bahr“ keineswegs von Wehners Mai-Initiative überrascht wurde. Bei dieser Reise handelte es sich mitnichten um „Wehners Alleingang nach Ost-Berlin“<sup>156</sup>, auch wenn Brandt und Bahr zeitweise diesen Eindruck erwecken wollten. Vielmehr war Wehners Interesse an einem DDR-Besuch im Kanzleramt seit langem bekannt. Bereits im Sommer 1972 existierten Pläne für ein Treffen Wehner-Honecker. Bahr riet jedoch in einem Vermerk für den Kanzler, diese „Zusammenkunft bis nach den Wahlen zu verschieben“, weil er einerseits negative Spekulationen im Wahlkampf befürchtete, andererseits – und noch wichtiger – weil er Präjudizierungen durch Wehner im Hinblick auf die Grundvertragsverhandlungen verhindern wollte. Solche Präjudizierungen seien zu befürchten, „denn der Gesprächspartner [Honecker/d.Verf.] [...] würde wieder Entscheidungen fällen wollen schon um zu zeigen, daß er es kann.“ Dies könne negative Auswirkungen auf die Grundvertragsverhandlungen haben, denn – so Bahr: „Ich wäre sicher in keiner angenehmen Situation, mir Zitate vorhalten lassen zu müssen, selbst wenn ich sicher bin, daß dies nur in persönlichen Gesprächen geschähe.“<sup>157</sup>

Vorbehalte gab es bei Brandt und Bahr also nicht erst nach dem Treffen Wehner-Honecker, sondern bereits weit im voraus. Und diese resultierten aus der sich später bewahrheitenden Annahme Bahrs, daß Wehner in den politisch entscheidenden Punkten „sicherlich weniger pingelig“<sup>158</sup> sein werde. Trotzdem war Wehners Reise im Mai 1973 kein Alleingang, da Brandt und Bahr im voraus informiert waren.<sup>159</sup>

Allerdings sollten die internen Konflikte, die nach dem Besuch offen zu Tage traten, bestätigen, daß es im Regierungslager tiefe Divergenzen im Hinblick auf Taktik und Konzeption der Deutschlandpolitik gab. Ein interessanter Zeuge für diese These findet sich übrigens auf sowjetischer Seite. Der außenpolitische Redakteur vom

154 In der Aufzeichnung Wehners heißt es dazu: „Nach dem 31. Mai sei wieder in Gang gekommen, was unter Herrn Bahr überhaupt nicht mehr funktioniert (Familienzusammenführung), und das habe er unmittelbar nach meiner Abreise angeordnet.“ (Aufzeichnung Wehners; 2.12.73. In: *Dep. E.B., AdsD, Ord. 354*.)

155 Ebd.

156 Baring: *Machtwechsel*, S. 608.

157 Brief Bahrs an Willy Brandt; 28.7.72. In: *Dep. E.B., AdsD, Ord. 436*.

158 Ebd.

159 Vgl. Wiegrefe/Tessmer: *Deutschlandpolitik in der Krise*, S. 606.

„Sowjetskaja Kultura“, Walerij Lednew, soll auf die Frage des CDU-Bundestagsabgeordneten Norbert Blüm, ob ein Doppel Breschnew/Brandt gegen Honecker/Wehner denkbar sei, kurz und bündig mit „Ja“ geantwortet haben.<sup>160</sup> Walerij Lednew war jedoch kein einfacher Journalist, sondern Bahrs Kontaktmann für den inoffiziellen Informationskanal zwischen Brandt und Breschnew, den man im Dezember 1969 eingerichtet hatte.

Ein weiterer überraschender Kronzeuge für Brandts und Bahrs taktische „Moskauorientierung“ findet sich in den SED-Akten. Aus der Aufzeichnung eines Vier-Augen-Gespräches vom 1.4. 1978 zwischen Franz-Josef Strauß und dem damaligen „DDR-Botschafter“ in Bonn, Michael Kohl, geht hervor, daß der bayerische Ministerpräsident sich sehr kritisch über Brandt und Bahr geäußert habe, „die nach seiner Ansicht intensiv an Anti-DDR-Intrigen arbeiten“<sup>161</sup> würden.

Aus den oben zitierten Aufzeichnungen – Wehners Notizen für Willy Brandt und den DDR-Protokollen über das Mai-Treffen – lassen sich jedoch nicht nur die bundesdeutschen Divergenzen über Taktik und Konzept der Deutschlandpolitik ableiten, sondern sie zeigen auch, wie sehr Egon Bahr 1973/74 im Kreuzfeuer der DDR-Kritik stand. In der SED-Führung hatte man nicht vergessen, daß Bahr bereits in seinen Moskauer Verhandlungen mit Gromyko 1970 den Fahrplan für die weiteren Verträge – also auch den mit der DDR – festgelegt hatte<sup>162</sup>. Auch die geheimen „Dreier-Gespräche“ zum Vier-Mächte-Abkommen zwischen Bahr, Falin und Rush waren der DDR-Spitze ein Dorn im Auge gewesen.<sup>163</sup> Bahrs Einschätzung, daß das „Interesse Moskaus an der Entspannung mit Bonn [...] später im wesentlichen die DDR in Berlin bezahlen“<sup>164</sup> müsse, hatte sich als richtig erwiesen. Der Druck, den Bahr während der Grundvertragsverhandlungen über Moskau auf Ost-Berlin aus-

geübt hatte, war nicht vergessen, ebensowenig die Entschiedenheit, mit der Bahr auf einer Regelung des für die DDR so komplizierten Themas „Nation“ im Vertrag bestanden hatte.

Ein Staat, der wie die DDR so stark an Anerkennung interessiert war, mußte in diesen Punkten nachtragend reagieren. In Ost-Berlin war man sich der Abhängigkeit von Moskau ja durchaus bewußt. Gerade deshalb empfand man diese Bestätigung der eingeschränkten Souveränität offenbar als Demütigung, für die man sich nach Abschluß der Verträge „revanchieren“ wollte.

Nur so ist es zu erklären, daß gerade Egon Bahr es war, der nach 1972 „unter SED-Beschuß“<sup>165</sup> geriet. In einem Artikel des „Neuen Deutschland“ hieß es am 9. April 1974: „Es sprach dieser Tage Herr Minister Bahr. Er redete von dem Bewegungsgesetz der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Außenpolitik. Dies Gesetz, so formulierte es der Herr Minister, besteht immer noch darin, sich vor Bedrohungen aus dem Osten zu schützen. Diese Formel des Bewegungsgesetzes der Bundesrepublik ähnelt in Mentalität und Emotion der Zeit der CDU/CSU-Herrschaft. Nur ist diese Formel noch um viele Grade wirklichkeitsfremder. Dies weiß Herr Bahr, der als der Chefarchitekt der Bonner Ostpolitik gilt, sehr wohl. Um so politisch befremdender und vertrauensschwindender wirkt es, daß sein außenpolitisches Bewegungsgesetz einen eindeutig antisozialistischen Akzent bekommt. [...] Also beim Versuch, das Bewegungsgesetz der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Außenpolitik neu zu formulieren, war Herr Minister Bahr nicht beweglich genug, sich aus Irrungen und Verwirrungen der Ära Adenauer zu lösen. Er verhedderte sich in den Fallstricken der Militärpolitik und einer konterrevolutionären Ambition.“<sup>166</sup>

Bahrs Analyse von 1963, daß die Mauer ein „Zeichen der Schwäche“, „ein Zeichen der Angst und des Selbsterhaltungstriebes des kommunistischen Regimes“<sup>167</sup> sei, war auch zehn Jahre später noch zutreffend. Sein – im „Wandel durch Annäherung“ formuliertes – Ziel war es ja gerade, „diese durchaus berechtigten Sorgen dem Regime graduell“<sup>168</sup> zu nehmen. Gleichzeitig galt aber weiterhin Bahrs Grundansatz, daß die Voraussetzungen zur Wiedervereinigung nur mit der

160 Vgl. Freudenhammer/Vater: Herbert Wehner, S. 251.

161 Aufzeichnung eines Vieraugengespräches von Michael Kohl mit Franz-Josef Strauß am 1.4.78. In: ZPA, Bestand Honecker, Sign. J IV J/86. Wörtlich heißt es in dieser Aufzeichnung: „Wie schon in der Vergangenheit äußerte sich St. [Strauß/d. Verf.] erneut sehr kritisch zu Brandt und Bahr, die nach seiner Ansicht intensiv an Anti-DDR-Intrigen arbeiten, sowie zu Genscher.“

162 Vgl. das sogenannte „Bahr-Papier“ von 1970. In Punkt 6 dieses Dokuments heißt es: „Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt ihre Bereitschaft, mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ein Abkommen zu schließen, das die zwischen Staaten übliche gleiche verbindliche Kraft haben wird wie andere Abkommen, die die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik mit dritten Ländern schließen. Demgemäß will sie ihre Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung, der Nichtdiskriminierung, der Achtung der Unabhängigkeit und der Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in Angelegenheiten, die ihre innere Kompetenz in ihren entsprechenden Grenzen betreffen, gestalten. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland geht davon aus, daß sich auf dieser Grundlage, nach der keiner der beiden Staaten den anderen im Ausland vertreten oder in seinem Namen handeln kann, die Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland zu dritten Staaten entwickeln werden.“ (Bahr: Sicherheit für und vor Deutschland, S. 38.)

163 Vgl. Falin: Politische Erinnerungen, S.186f. Falin schildert hier, daß er unter ständiger Beobachtung der DDR-Staatsicherheit stand, und er charakterisiert Honeckers Interessenlage folgendermaßen: „Schon bei einem flüchtigen Blick auf die öffentlichen Verlautbarungen Erich Honeckers fällt ein Refrain auf: Abgrenzung, Abgrenzung, Abgrenzung. Der unausgesprochene Sinn ist leicht zu ermitteln: Wenn die Ostverträge in Kraft treten, werden wir zeigen, wie teuer ihnen das zu stehen kommen wird. [...] Mit den mir zugänglichen Mitteln versuchte ich, Honecker meine Zweifel an diesem Standpunkt nahezubringen. Ergebnis: Die Parole ‚Abgrenzung‘ wurde noch durchdringender herausgeschrien.“ (Ebd., S. 186.)

164 Bahr: Sicherheit für und vor Deutschland, S. 36.

165 Vgl. Sommer, Theo: Grobes Geschütz. Bahr unter SED-Beschuß. In: Die ZEIT, Nr. 17 (19.4.74), S. 1. Der ZEIT-Chefredakteur schrieb u.a.: „Ostberlin, so scheint es, schießt sich auf Egon Bahr ein [...] Was Bahr wurde rundheraus zum ‚Fürsprecher alter revanchistischer Forderungen‘ abgestempelt. [...] Was hat denn Bahr so Schreckliches von sich gegeben? Am 28. März antwortete er im Süddeutschen Rundfunk auf die Frage nach dem außenpolitischen Bewegungsgesetz der Bundesrepublik, das sei ‚zunächst einmal ihr Selbsterhaltungstrieb und ihr Wunsch gewesen, die Freiheit des freien Restes zu erhalten. Heute ist das Grundinteresse dieses Staates noch immer, sich zu sichern gegen die Bedrohungen aus dem Osten‘. [...] ‚Was die DDR angeht, so ist mein Eindruck, daß dieser Staat von der Teilung lebt und auch weiter leben wird.‘ [...] ‚Ja, ich glaube, daß der Bundespräsident recht hat. Auf lange Sicht gesehen, möchte die DDR, daß ganz Deutschland kommunistisch wird – und wir möchten, auf lange Sicht gesehen, daß ganz Deutschland demokratisch wird.‘ [...] Die Kommunisten reden in einem fort vom endgültigen Sieg über Kapitalismus und Imperialismus. Sie sagen ganz offen: ‚Die friedliche Koexistenz ist kein paradiesischer Zustand, sondern ein Zustand der Fortsetzung des Klassenkampfes auf internationaler Ebene‘ – so der Professor Woslenskij in der ZEIT. [...] Wenn die Kommunisten den ideologischen Kampf wollen, sollen sie ihn haben. Wer wäre besser berufen als Egon Bahr, ihnen deutlich zu machen, daß wir nicht kneifen werden?“ (Ebd., S. 1.)

166 Sacharow, W.: Irrungen des Herrn Egon Bahr. In: Neues Deutschland (9.4.74).

167 Bahr: Sicherheit für und vor Deutschland, S. 17.

168 Ebd., S. 17.

Sowjetunion zu schaffen seien. Bahrs Erkenntnis: „Wer Vorstellungen entwickelt, die sich im Grund darauf zurückführen lassen, daß die Wiedervereinigung mit Ost-Berlin zu erreichen ist, hängt Illusionen nach und sollte sich die Anwesenheit von 20 oder 22 gut gerüsteten sowjetischen Divisionen vergegenwärtigen.“<sup>169</sup>

Daß die „Zone“ nur mit Zustimmung der Sowjets zu transformieren sei, war auch eine Erkenntnis aus der Rede „Wandel durch Annäherung“. Selbst der graduelle Abbau der systemimmanenten Unsicherheiten und die De-facto-Anerkennung des Staates DDR war nur über Moskau einzuleiten, was wiederum neue bzw. sehr alte Existenzängste nährte. Nach Verabschiedung der Ostverträge ergab sich somit die fast schon paradoxe Situation, daß Bahr – zumindest zwischenzeitlich – ein „Opfer“ seiner eigenen Strategie wurde.

#### 9.4 Schmidts „realistische Entspannungspolitik“

##### – Ein Abschied von der Bahrschen Konzeption?

Am 22. November 1973 traf sich Egon Bahr zum letzten offiziellen Gespräch mit dem DDR-Unterhändler Michael Kohl im Bonner Kanzleramt. Nach insgesamt 75 Verhandlungsrunden fand damit ein wichtiges Kapitel in den deutsch-deutschen Beziehungen seinen Abschluß. Zwischen Kohl und Bahr waren seit ihrem ersten Gespräch am 27. November 1970 u.a. das Transitabkommen, der Verkehrsvertrag und der Grundlagenvertrag ausgehandelt worden.

Die Verhandlungsführung übernahm auf bundesdeutscher Seite nunmehr der Staatssekretär im Bundeskanzleramt und designierte erste Leiter der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, Günter Gaus. Sein Gesprächspartner auf DDR-Seite war fortan der stellvertretende Außenminister der DDR, Kurt Nier.

Diese Veränderung der Verhandlungsebene war ein Zeichen der Normalisierung im deutsch-deutschen Verhältnis, gleichzeitig endete damit für Egon Bahr ein Lebensabschnitt. Die vertraglichen Grundlagen im Verhältnis zur DDR waren gelegt, die Aushandlung der notwendigen Folgeabkommen lag nicht mehr in seiner personellen Zuständigkeit.

Für den Bundesminister Bahr ergab sich daraus auch die Notwendigkeit zu überlegen, welchen „besonderen Aufgaben“<sup>170</sup> er sich zukünftig widmen sollte. Bereits im Oktober 1973 wurde daher in seinem Auftrag eine „Analyse zur Identifizierung eines geeigneten Schwerpunktbereichs“ seiner Tätigkeit erstellt, die – ausgehend von der Annahme, daß „in absehbarer Zeit keines der vorhandenen Ressorts frei und für die anstehenden Überlegungen relevant wird“ – u.a. den Vorschlag enthielt, das zukünftige Arbeitsgebiet mehr auf dem Feld der Innenpolitik zu suchen, da „die Übernahme eines innenpolitischen Bereichs durch einen bisher als außenpolitischen Vertrauten des Kanzlers geltenden Minister die Ankündigung einer Akzentverlagerung auf die Innenpolitik durch den Bundeskanzler auch personell glaubwürdig machen würde“<sup>171</sup>.

169 Ebd., S. 12.

170 Seit 1972 bekleidete Bahr das dem Kanzleramt zugeordnete Amt eines Bundesministers für besondere Aufgaben.

171 Aufzeichnung Leonardy/betr. Analyse zur Identifizierung des geeigneten Schwerpunktbereichs Ihrer Tätigkeit; 1.10.73. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 112 A.

Diese Studie, die zu einem Engagement in den Bereichen „Ausländische Arbeitnehmer“<sup>172</sup> oder „Staatliche Organisation“<sup>173</sup> riet, erscheint aus heutiger Sicht und bei Kenntnis der Bahrschen Interessen und Persönlichkeit fast absurd, verdeutlicht jedoch, daß Ende 1973 – nach Abschluß der ersten Phase der Bahrschen Konzeption – die persönliche Zukunft des ostpolitischen Chefarchitekten ungewiß war.

Bahr selbst wollte sich – der Logik seiner Gesamtkonzeption entsprechend – verstärkt um die sicherheitspolitischen Themenbereiche Truppenreduzierung und Abrüstung kümmern. Hierfür gab es jedoch im Konfliktfeld zwischen Verteidigungs- und Außenministerium keinen institutionellen Ansatzpunkt.

Bahr, seit 1969 auch Bundesbevollmächtigter für Berlin, erhielt zwar Ende 1973 die Zuständigkeit für das Arbeitsgebiet „Kooperation mit den Staatshandelsländern“, sein vorrangiges Wirkungsfeld blieben allerdings die deutsch-sowjetischen Beziehungen. In seiner Funktion als „Berater des Bundeskanzlers in allen Fragen der Ost- und Deutschlandpolitik“ liefen über Bahr die inoffiziellen Kontakte Brandts zum sowjetischen Generalsekretär.

Die Frage der personellen Zuständigkeit ist deshalb von Gewicht, weil ihre Beantwortung Anhaltspunkte dazu liefern kann, inwieweit es Bahr möglich war, seine konzeptionellen Ansätze operativ umzusetzen.

Besonders interessant ist diese Fragestellung im Hinblick auf den Kanzlerwechsel 1974. Willy Brandt trat im Mai 1974 vom Amt des Bundeskanzlers zurück, nachdem ein Referent in seinem Büro als DDR-Agent enttarnt worden war. Ob die „Guillaume-Affäre“ Ursache oder nur Anlaß für den Kanzler-Rücktritt war, soll an dieser Stelle nicht diskutiert werden.<sup>174</sup>

Für die vorliegende Problemstellung ist vielmehr die Frage relevant, ob mit dem Bruch der personellen Kontinuität innerhalb der Regierungsspitze auch eine inhaltliche Diskontinuität verbunden war.

War mit dem Wechsel von Brandt zu Schmidt ein Wandel in der Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik verknüpft? Bedeutete der Kanzlerwechsel gar einen Abschied von der Bahrschen Entspannungskonzeption?

In seiner Regierungserklärung vom 17.5. 1974 bezeichnete Helmut Schmidt „Kontinuität und Konzentration“ als „Leitworte“ der neuen Bundesregierung. Die Grundlinie beschrieb der Bundeskanzler folgendermaßen: „Der Wechsel im Amt ändert nichts an der fortgeltenden Richtigkeit und Notwendigkeit sozial-liberaler Politik in unserem Lande. Diese Leitlinie werden wir konsequent weiterhin verfolgen. In einer Zeit weltweit wachsender Probleme konzentrieren wir uns in Realismus und Nüchternheit auf das Wesentliche, auf das, was jetzt notwendig ist, und lassen anderes beiseite.“

172 Ebd. Wesentlicher Inhalt des Schwerpunktes „Ausländische Arbeitnehmer“ sollte u.a. die „Entwicklung und Durchführung eines langfristigen Konzepts zur Integration der 2,5 Mio ausländischen Arbeitnehmer und ihrer ca. 1 Mio in der Bundesrepublik lebenden Angehörigen“ sein.

173 Ebd. Wesentlicher Inhalt des Schwerpunktes „Staatliche Organisation“ sollte u.a. die „Anpassung der organisatorischen Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik, ihrer gliedstaatlichen und kommunalen Organisationseinheiten und der gesamtstaatlichen Kooperationsmechanismen an den seit ihrer strukturellen Konzipierung gewachsenen und ständig weiter steigenden Problemdruck“ sein.

174 Vgl. hierzu u.a. „Die Aufzeichnungen Willy Brandts über die Umstände seines Rücktritts im Mai 1974“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 21 (26.1.94), S. 6–7; Ash, Timothy Garton: „Was bedeuten die Willy-Brandt-Papiere?“ In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 21 (26.1.94), S. 29.

Die Positionen in der Außen- und Sicherheitspolitik sollten „unverändert bleiben“. Der neue Bundeskanzler betonte, es gehe darum, „das zum Frieden notwendige Gleichgewicht der Kräfte zu erhalten“, die „Politik der Rüstungskontrolle und Rüstungsverminderung fortzusetzen“ und auf dem festen Fundament der Atlantischen Allianz ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion und zu den Staaten des Warschauer Paktes zu pflegen. Ziel der neuen Bundesregierung sei es, „über Entschließungen hinaus zu praktischen Ergebnissen zu gelangen, um der Entspannungspolitik in Europa zusätzlich und mehr Substanz zu geben“<sup>175</sup>.

Mit seinem Hinweis auf das „notwendige Gleichgewicht der Kräfte“<sup>176</sup> knüpfte der ehemalige Verteidigungsminister Schmidt an jene sicherheitspolitischen Grundsätze an, die er in den 60er Jahren in zwei Büchern öffentlich dargelegt hatte.<sup>177</sup>

Der Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete Schmidt zählte seit den 50er Jahren zu den sicherheitspolitischen Experten seiner Partei. Schon frühzeitig engagierte er sich im Bundestag gemeinsam mit seinem Mentor Fritz Erler auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik.

Seine 1969 formulierte „Strategie des Gleichgewichts“<sup>178</sup> ist später von mehreren Autoren zitiert worden, um einen Gegensatz der Brandt/Bahrschen und der Schmidtschen Entspannungskonzeptionen zu belegen. Barbara D. Heep meint beispielsweise, der Regierungswechsel von 1974 habe „konzeptionelle Akzentverschiebungen“ gebracht: „Während Brandt die Entspannung als Mittel der Systemveränderung betrachtete, trat bei Schmidt eher die Konzeption einer sicherheitspolitischen Gleichgewichtsstrategie in den Vordergrund.“<sup>179</sup>

Thomas Enders betont, der „Atlantiker Schmidt“<sup>180</sup> habe „ganz erheblich“ andere Vorstellungen gehabt als Brandt und Bahr.<sup>181</sup> Stefan A. Heinlein kommt sogar zu dem Schluß, der Wechsel im Kanzleramt habe „zu einem Wandel der sozialliberalen Entspannungskonzeption“<sup>182</sup> geführt.

Helga Haftendorn konstatiert, mit dem Wechsel von Brandt zu Schmidt habe die politische Führung der Bundesrepublik damit begonnen, „den mit dem Begriff einer ‚europäischen Friedensordnung‘ umschriebenen Zielhorizont zurückzunehmen zugunsten einer Politik des Gleichgewichts. Frieden wurde nicht mehr als Ergebnis einer Veränderung der bestehenden Sicherheitsstrukturen, sondern im Gegenteil, in ihrer Stabilisierung gesehen. Diese Politik setzte nicht so sehr Mut und Phantasie, als vielmehr Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit voraus. Diese Kursberichtigung trug zum einen den reduzierten Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung der Ost-West-

Beziehungen Rechnung, die auch weiterhin von dem macht- und gesellschaftspolitischen Gegensatz geprägt sein würden, wie sie auch Ausdruck der unterschiedlichen politischen Vorstellungswelt Helmut Schmidts war, in der das Konzept des Gleichgewichts seit langem eine zentrale Rolle spielte.“<sup>183</sup>

Trotz der zitierten Analysen erscheint es bei genauerer Untersuchung der Äußerungen Bahrs und Schmidts fraglich, ob hinter den unterschiedlichen Akzentuierungen grundsätzlich verschiedene Entspannungskonzeptionen steckten. Das eher klischeehafte Bild vom „Entspannungseuphoriker“<sup>184</sup> Bahr und dem „Entspannungsrealisten“ Schmidt bedarf einer differenzierten Betrachtung.

Tatsache ist, daß Schmidt und vor allem sein Außenminister Genscher ab 1974 wiederholt die Notwendigkeit einer „realistischen Entspannungspolitik“<sup>185</sup> unterstrichen und damit einer Interpretation Vorschub leisteten, die der Politik ihrer Vorgänger einen „illusionären“ Makel geben wollte. „Der kluge, stets um kleinste Kleinigkeiten bemühte Taktiker“<sup>186</sup> Genscher erklärte z.B. 1975: „Hüten wir uns vor der Illusion, es könne eine Politik geben, mit der uns schon am Anfang des Entspannungsprozesses all das in den Schoß fällt, was wir am Ende als sein Ergebnis für möglich halten und wünschen.“<sup>187</sup>

Mit ihrer Warnung vor Illusionen befanden sich Schmidt und Genscher jedoch mitnichten in einem Gegensatz zu Bahr, der 1974 kurz nach dem Regierungswechsel seine bereits früher vertretene Auffassung wiederholte: „Ich habe nie die Illusion gehabt, daß wir da zu einem Verhältnis kommen würden, bei dem man sich um den Hals fällt.“<sup>188</sup>

Auch Schmidts Gleichgewichtsstrategie stand in keinem prinzipiellen Gegensatz zu Bahrs Entspannungskonzeption. Bereits 1965 hatte Bahr betont, daß „kein Sicherheitssystem, das an die Stelle des jetzigen tritt, das effektive Gleichgewicht zu Lasten des Westens ändern“<sup>189</sup> dürfe. Bahr teilte Schmidts „Gleichgewichtsprinzip“<sup>190</sup> ebenso wie dessen „Prinzip der Bündniserhaltung und Bündnistreue“<sup>191</sup>. Das

175 Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt vor dem Deutschen Bundestag am 17. Mai 1974. In: Europa-Archiv, Folge 11/1974, S. D 239f.

176 Ebd., S. D 239.

177 Vgl. Schmidt, Helmut: Verteidigung oder Vergeltung. Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der NATO, Stuttgart 1965; ders.: Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte, Stuttgart 1969.

178 Schmidt, Helmut: Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte, Stuttgart 1969.

179 Heep, Barbara D.: Helmut Schmidt und Amerika. Eine schwierige Partnerschaft, Bonn 1990, S. 26.

180 Enders, Thomas: Die SPD und die äußere Sicherheit. Zum Wandel der sicherheitspolitischen Konzeption der Partei in der Zeit der Regierungsverantwortung (1966–1982), Melle 1987, S. 133.

181 Vgl. ebd., S. 126ff.

182 Heinlein, Stefan A.: Gemeinsame Sicherheit. Egon Bahrs sicherheitspolitische Konzeption und die Kontinuität sozialdemokratischer Entspannungsvorstellungen, Münster/New York 1993, S. 77.

183 Haftendorn: Sicherheit und Entspannung, S. 734.

184 Eisenmann, Peter: Einheit der Nation – mit der SPD? Deutsche Nation 1978 – Torso oder Fiktion. In: Die politische Meinung, Nr. 179 (Juli/August 1978), S. 17.

185 Genscher in einer Erklärung vor dem Deutschen Bundestag am 25.7.75: „Realistische Entspannungspolitik ist eine Politik, die auch ihre Grenzen sehr klar erkennt.“ (Genscher, Hans-Dietrich: Deutsche Außenpolitik, Stuttgart 1977, S. 66.)

186 Zitiert nach: Der SPIEGEL, Nr. 41 (7.10.74), S. 23.

187 Genscher: Deutsche Außenpolitik, Stuttgart 1977, S. 78.

188 Interview Bahrs mit Jürgen Kellermeier für den NDR; 15.6.74. In: SPD Pressemitteilungen und Informationen.

189 Bahr: Was nun?, S. 100. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 465.

190 Schmidt formulierte in seinem Buch „Strategie des Gleichgewichts“ seine sicherheitspolitischen Grundprinzipien; Das Gleichgewichtsprinzip: Grundlage jeglicher Sicherheitspolitik ist die Aufrechterhaltung des europäischen militärischen Gleichgewichtes. Die Sicherheit Westeuropas und die Erfolgsaussichten unserer Entspannungspolitik hängen von der Erhaltung des Gleichgewichts der in Europa wirksamen und von außen auf Europa wirkenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kräfte in Ost und West ab.“ (Schmidt, Helmut: Strategie des Gleichgewichts, S. 252.)

191 „Prinzip der Bündniserhaltung und Bündnistreue: Solange es weder Abrüstung und Rüstungsbegrenzung noch ein europäisches Sicherheitssystem gibt, hängen die Aufrechterhaltung des politischen und militärischen Gleichgewichts und unsere Sicherheit weitgehend von der politischen Kooperation innerhalb der Atlantischen Allianz und von der militärischen Funktionsfähigkeit der NATO ab. Wir müssen zu ihrer Aufrechterhaltung den uns politisch, wirtschaftlich und militärisch angemessenen Beitrag leisten.“ (Ebd., S. 253.)

Gleichgewichtsprinzip war sogar eine der Grundprämissen der Bahrschen Konzeption und sicherheitspolitischer Konsens innerhalb der Bundesregierung. Bahr betonte 1971 zum wiederholten Male die Notwendigkeit, das Gleichgewicht zu erhalten, und unterstrich dabei die herausragende Rolle der USA: „Die Sicherheit in Europa basiert auf dem strategischen Gleichgewicht, zuletzt also auf der Glaubwürdigkeit der amerikanischen Garantie und des amerikanischen Potentials. Niemand ist in der Lage, dieses Gewicht der Vereinigten Staaten zu ersetzen. Auch ein vereintes Europa wäre dazu nicht in der Lage.“<sup>192</sup>

Helmut Schmidts These „Entspannung setzt Sicherheit voraus“<sup>193</sup> wurde von Egon Bahr ebenso unterstützt wie dessen Auffassung, daß Ostpolitik mit Westpolitik beginne und der Handlungsspielraum der Bundesrepublik entscheidend „von der Eindeutigkeit und Wirksamkeit unserer Kooperation mit der Gleichgewichtsstrategie des Westens“<sup>194</sup> abhängen. Bahr hatte sein Konzept ja frühzeitig in Kennedys „Strategie des Friedens“ eingeordnet und 1971 nicht zum ersten Mal betont, daß „die deutsche Außenpolitik, gleich in welche Himmelsrichtung sie sich richtet, um so wirkungsvoller sein wird, je mehr sie dem Grundkonzept des bestimmenden Bündnispartners, der USA, entspricht.“<sup>195</sup>

Auch in Fragen der Deutschlandpolitik stellen sich die Unterschiede in den Konzeptionen Bahrs und Schmidts keineswegs als gravierend heraus. Schmidt beschrieb in seinem Buch „Strategie des Gleichgewichts“ das gleiche Dilemma bundesdeutscher Politik, das Bahr bereits 1963 im „Wandel durch Annäherung“ analysiert hatte, nämlich das paradox erscheinende Interesse an einer Beibehaltung und gleichzeitig an einem Wandel des Status quo.<sup>196</sup> Und Schmidt betonte, wie Bahr es in seinem Buch „Was nun?“ und in den Planungspapieren getan hatte, daß eine Lösung der deutschen Frage nur zu erreichen sei, wenn damit keine Gefährdung der europäischen Sicherheit verbunden sei. Schmidts Fazit: „Wenn eine Lösung der deutschen Frage denkbar erscheinen soll, so darf die Lösung die Balance der Kräfte nicht gefährden.“<sup>197</sup>

Selbst über die Bedeutung des Zieles „Europäisches Sicherheitssystem“ bestand zwischen den sozialdemokratischen Sicherheitspolitikern prinzipielles Einvernehmen. Schmidt forderte, „durch eigene Beiträge den bisher verschwommenen Inhalt des Begriffes Sicherheitssystem gedanklich zu konkretisieren und damit der deut-

192 Rede Bahrs vor dem „Center for Strategic and International Studies“ der Georgetown University in Washington am 16.6.71. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 301.

193 Schmidt, Helmut: Strategie des Gleichgewichts, S. 243.

194 Ebd., S. 166.

195 Rede Bahrs vor dem „Center for Strategic and International Studies“ der Georgetown University in Washington am 16.6.71.

196 Schmidt zitierte Pierre Hassners Äußerung über Deutschland: „Es gibt kein Land, das bessere Gründe hat, zugleich die Erhaltung des Status quo und einen Wandel zu wünschen.“ (Schmidt, Helmut: Strategie des Gleichgewichts, S. 25.) Helmut Schmidt über seine Deutschlandkonzeption: „Aber ich gehöre ebenso auch zu der immer noch überwältigenden Mehrheit in unserer Gesellschaft, die sich weigert, den Wunsch, als Nation zusammenzuleben, von unserer Wertskala zu streichen. Weil wir das nicht wollen, deshalb können wir keine Status-quo-Politik betreiben. [...] Unserer Hoffnung steht die Status-quo-Strategie anderer Staaten entgegen; sie ist für viele von ihnen eine Konsequenz der Strategie des Gleichgewichts. Unser Problem kann deshalb definiert werden als die Aufgabe, das bestehende Machtgleichgewicht in Europa und seinen territorialen Zustand zu bewahren und doch zugleich die Beziehungen innerhalb Europas zu verändern, das heißt zu verbessern.“ (Ebd., S. 24f.)

197 Ebd., S. 121.

schen Sache zu nützen“<sup>198</sup>. Skeptischer zeigte sich der SPD-Verteidigungsexperte hinsichtlich einer kurz- oder mittelfristigen Realisierbarkeit dieses Konzeptes: „Ein europäisches Sicherheitssystem, das Ost und West zusätzliche Sicherheit bietet, kann theoretisch so konstruiert werden, wie die Sowjetunion es bisweilen propagiert hat, nämlich durch Auflösung von NATO und Warschauer Pakt. Sie könnten durch ein gemeinsames System von Rüstungsbegrenzungs-, Nichtangriffs- und Beistandsverpflichtungen ersetzt werden, deren Innehaltung durch die beiden Weltmächte garantiert würde; die Weltmächte müßten dazu nicht unbedingt Mitglieder des neuen Systems sein. Praktisch ist eine solche Lösung für die siebziger Jahre kaum zu erwarten, sie würde für alle Beteiligten die Lage so weitgehend verändern, daß sie fürchten würden, der Transformationsprozeß könne zu unvorhergesehenen Beeinträchtigungen ihrer Interessen führen. Eher wahrscheinlich – wenn wir die theoretisch denkbaren Zwischenformen hier einmal weglassen – wäre eine Beibehaltung der beiden Militärpakte, die durch gemeinsam akzeptierte Verpflichtungen zum Nichtangriff, zur Rüstungsbegrenzung und deren Kontrolle überwölbt würden. Im Interesse unserer eigenen Sicherheit wie auch unserer Deutschlandpolitik war dies Modell im Prinzip durchaus akzeptabel, es entspräche den bisherigen Vorstellungen von regionaler Rüstungsbegrenzung in Europa. Es ließe die deutsche Frage für zukünftige Entwicklungen offen, es ließe auch ein späteres Entbehrlighwerden der beiden Beistandsallianzen offen und böte insgesamt der Entwicklung der internationalen Beziehungen zwischen west- und osteuropäischen Staaten Raum, ohne sie des Gefühls der gewohnten Sicherheit zu berauben.“<sup>199</sup>

Ein Vergleich von Bahrs und Schmidts Vorstellungen aus den 60er und frühen 70er Jahren zeigt, daß keine prinzipiellen Unterschiede über die langfristige Zielsetzung existierten. Erhebliche Differenzen bestanden allerdings in den Nuancierungen, der Akzentuierung und vor allem im konzeptionellen Politikverständnis der beiden SPD-Politiker. Sowohl Schmidt als auch Bahr sahen – entsprechend dem „Harmel-Bericht“ – Sicherheit und Entspannung als untrennbare Einheit an, wobei Schmidt stets mehr den ersten, Bahr stets mehr den zweiten Begriff betonte. Beide wußten um den Zusammenhang zwischen Deutschland- und Sicherheitsfrage. Trotzdem begriff sich Schmidt in den 60er Jahren eher als Sicherheitspolitiker, Bahr stärker als Ost- und Deutschlandpolitiker. Ein grundsätzlicher Gegensatz läßt sich jedoch aus diesen Einordnungen nicht konstruieren, schon eher eine funktionsbedingte Schwerpunktbildung.

Weitaus tiefgreifender waren die Divergenzen im Hinblick auf das Politikverständnis und die Bedeutungseinschätzung politischer Visionen. Rückblickend erscheint es verräterisch, daß Bahr 1965/66 in seinem unveröffentlichten Buch „Was nun?“ gerade Helmut Schmidts Warnung vor allzu hochfliegenden Deutschlandplänen zitierte.<sup>200</sup> Bahr vertrat hingegen die Auffassung, daß es eben dieser „positiven politischen Utopie“<sup>201</sup> bedürfe, da jemand, der ein Haus planen wolle, die Fähigkeit

198 Ebd., S. 150.

199 Ebd., S. 246f.

200 Bahr zitierte Schmidt in seinem Buch mit folgendem Zitat: „Jeder, der heute mit einer Patentlösung für die Wiedervereinigung ankäme, wäre entweder ein Scharlatan oder ein Ignorant.“ (Bahr: Was nun?, S. 1.)

201 Ebd., S. 1. Bahr über die Funktion von Utopien: „Einer Utopie aber haftet oft etwas Lächerliches an. Sie ist dennoch unentbehrlich geworden, weil die Aufgabe verlangt, die ungeheuren Geröllhalden der



brauche, „etwas zu sehen, was es noch nicht gibt“<sup>202</sup>.

Dem „Krisenmanager“ Schmidt war dieses visionäre Element der Entspannungspolitik eher suspekt. Der „Macher“ Schmidt sah sich wohl selbst lieber als Vertreter „einer pragmatischen Politik ohne große visionäre Ziele“<sup>203</sup>. Für manch gesellschaftliche Reformdebatte hatte er oft nur Sarkasmus übrig. Zu weit in die Zukunft zu denken, betrachtete Schmidt als Gefahr für die politische Gegenwart. In einer Sitzung des SPD-Parteivorstandes am 8.3.1974 kritisierte er scharf den „Reformeifer“ seiner Genossen: „Den Wählern in der Mitte das zu verkaufen, was erst 1990 geschieht, das muß man Robert Jungk überlassen und den Futurologen. Die Sozialdemokratische Partei ist keine futurologische Seminareinrichtung, sondern eine Partei, die alle vier Jahre und zwischendurch noch in Kommunal- und Landtagswahlkämpfen wiederum das Vertrauen braucht, das Vertrauen ihrer eigenen Leute plus dem Vertrauen der Mitte, die auch anders könnte, falls wir sie verscheuchten. Man darf deswegen nicht allzuweit vorwegmarschieren. Man muß zwar immer vorwegmarschieren vor dem, was die Menschen in der Mitte heute denken; aber nur in dem Maße kann man den nächsten Schritt vor ihnen vorweggehen, wie man den vorigen zu ihrer Befriedigung verwirklicht hat. Das ist mehr an die Adresse der großen Programmierer gesagt, die hier auch im Saal sitzen.“<sup>204</sup> Brandt meinte später in seinen „Erinnerungen“, Schmidts ständige „Warnung vor ‚Reformhochstimmung‘“ sei „nicht sonderlich hilfreich“<sup>205</sup> gewesen.

Nichts kennzeichnet Schmidts „anti-visionäre“ Grundhaltung besser als seine tiefe Skepsis und offene Ablehnung gegenüber der sogenannten „68er Bewegung“, die er zumindest in Teilen als Gefährdung der „inneren Stabilität“ empfand.<sup>206</sup> Ohne an dieser Stelle näher auf die gesellschaftspolitischen Vorstellungen von Schmidt und Bahr eingehen zu wollen, soll nur angemerkt werden, daß es auch in diesem Punkt gewisse Unterschiede in der Lageeinschätzung gab. Bahr schrieb Schmidt in einem Brief vom 8.3.1968: „Die studentische Jugend stand in Weimar rechts. Heute steht sie links. Sie wäre nicht nur unser natürlicher Verbündeter, sondern eine Hoffnung, künftig gerade in den Schichten ein anderes Bewußtsein herbeizuführen, mit denen wir es bisher ziemlich schwer haben. [...] Es handelt sich um eine internationale Erscheinung, die national verschiedene Anlässe hat. Dabei würde ich sagen, daß es grundsätzlich positiv ist, daß die deutsche Jugend reagiert, wie die Jugend anderer Länder auch. Sorge oder gar Furcht vor Deutschland kann nicht aus Bildern des Protestes der deutschen

deutschen Teilung wegzuräumen, die den Blick auf die darunterliegenden Konstruktionselemente einer möglichen staatlichen Zusammenführung der Deutschen versperren. Wir tun uns so schwer, die Schutthaufen der Spaltung allmählich abzutragen, gerade, weil wir ihren Umfang sehen und erfassen können, daß es utopisch anmutet, sich mit den Problemen zu befassen, was erforderlich ist, um die darunterliegenden Brüche zu heilen.“ (Ebd., S. 1.)

202 Ebd., S. 2.

203 Enders: Die SPD und die äußere Sicherheit, S.132. Schmidt: „Ein Jahrzehnt ist ein guter Zeitraum für politische Zielsetzungen zu Reform und Transformation von Gesellschaft und Staat. Dieser Zeitraum erlaubt der politischen Zielsetzung eine ausreichende Konkretheit, er verbietet Utopien.“ (Schmidt, Helmut: Strategie des Gleichgewichts, S. 287.)

204 Redebeitrag von Helmut Schmidt in der Sitzung des SPD-Parteivorstandes am 8.3.74. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 324.

205 Brandt: Erinnerungen, S. 310. Brandt über Schmidts Haltung 1973/74: „Der Finanzminister und Hamburger Abgeordnete Schmidt wettete im Parteivorstand und öffentlich gegen Unglaubwürdigkeit, Führungsschwäche und Zerstrittenheit.“ (Ebd., S. 313.)

206 Vgl. Schmidt, Helmut: Strategie des Gleichgewichts, S. 279ff.

Jugend herrühren, die anderen Nationen absolut vertraut sind. Dies heißt: Das Ganze etwas entdramatisieren.“<sup>207</sup>

Der Kanzlerwechsel von Brandt zu Schmidt war 1974 in erster Linie auch ein Wechsel des Politikstils. Verbunden damit bedeutete er jedoch unzweifelhaft einen „Verlust an konzeptioneller Substanz“<sup>208</sup>. Die unbestreitbare Akzentverschiebung von Entspannung zu Sicherheit hatte eine Folge, vor der Helmut Schmidt 1969 selbst gewarnt hatte. In seiner „Strategie des Gleichgewichts“ meinte er nämlich: „Die Überbetonung unserer Sicherheit hat [...] schon in manchen Phasen der Nachkriegspolitik eine zu große Unbeweglichkeit der Außen- und Deutschlandpolitik der Regierungen in Bonn bewirkt. Heute wissen wir, daß weder die NATO noch die EWG für die Vereinigung unseres Volkes gewirkt haben. Sie werden dies auch in Zukunft kaum tun – ohne unsere eigene Initiative wird die deutsche Frage kaum bewegt.“<sup>209</sup>

Bahrs 1965 getroffene Feststellung, das „eigentliche Ziel Deutschlands“ müsse sein, im Schutze des bestehenden Gleichgewichts „ein neues Gleichgewicht herzustellen“<sup>210</sup>, verlor weitgehend ihre Funktion als außenpolitische Leitlinie auf der Agenda der neuen Bundesregierung.

Verantwortlich dafür war aber keineswegs allein der personelle Wechsel. Peter Brandt hat recht, wenn er betont, daß die dynamisierenden gegenüber den stabilisierenden Aspekten der Ostpolitik bereits ab 1973 deutlich zurücktraten.<sup>211</sup> Ursächlich hierfür waren vor allem die Veränderungen der internationalen Rahmenbedingungen. Bereits die Ölpreiskrise 1973 und die damit verbundenen weltwirtschaftlichen Turbulenzen ließen einen Wandel auf der internationalen Problemskala erkennen. Helmut Schmidt zog daraus in seiner Regierungserklärung am 17. Mai 1974 die Konsequenzen, indem er sich intensiv mit den Fragen der Weltwirtschaft beschäftigte.<sup>212</sup>

Was waren nun also die Folgen des Regierungswechsels für Egon Bahr und dessen deutschlandpolitische Konzeption? Persönlich bedeutete Brandts Rücktritt für Bahr zunächst das eigene Ausscheiden aus der Regierung. Es war nur logisch, daß Bahr, dessen Karriere seit 1960 mit der von Willy Brandt auf das Engste verknüpft war, nach dem Kanzlerwechsel sein Amt aufgab bzw. aufgeben mußte. Wie schmerzlich Bahr selbst diesen Lebenschnitt empfand, belegt ein Brief an seinen amerikanischen Freund Roy Blumenthal, dem er am 31. Mai 1974 schrieb: „Es ist nicht einfach für einen starken Raucher, sich das Rauchen abzugewöhnen; es ist ebenfalls nicht einfach, nach 14 Jahren vom Handeln zum Beobachten überzugehen. Ich habe beschlossen, dankbar zu sein für das, was ich tun konnte, und weiß, daß dies der wahrscheinlich tiefste Einschnitt in meinem Leben ist. Im übrigen bleibt, nach aller Erfahrung, die Welt nicht stehen. Ich werde Abstand gewinnen und sehen, ob ich einen neuen Anfang machen kann. Schließlich ist es für Willy sehr viel schwerer. In

207 Brief Bahrs an Helmut Schmidt; 8.3.68. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 66 B.

208 Heinlein: Gemeinsame Sicherheit, S. 78.

209 Schmidt, Helmut: Strategie des Gleichgewichts, S. 22f.

210 Bahr: Was nun?, S. 178.

211 Groh, Dieter/ Peter Brandt: Vaterlandslose Gesellen. Sozialdemokratie und Nation 1860–1990, München 1992, S. 305.

212 Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt vor dem Deutschen Bundestag am 17. Mai 1974. In: Europa-Archiv, Folge 11/1974, S. D 241ff.

einem Jahr werden wir mehr wissen.“<sup>213</sup> Gegenüber dem alten Weggefährten aus Berliner Zeiten Heinrich Albertz hatte Bahr schon zwei Tage zuvor betont, daß dies keineswegs das Ende seines politischen Weges sein solle: „Langsam tauche ich aus den schrecklichen Tagen wieder auf, versuche Abstand zu gewinnen und bereite mich vor, der alten Sache auf neue Weise zu dienen.“<sup>214</sup>

Mit dem personellen Wechsel sollte auch aus Bahrs Sicht keineswegs ein Abschied von seiner ostpolitischen Gesamtkonzeption verbunden sein. In einem Interview spielte Bahr 1975 auf Bismarcks System der vielen Bälle an, um darauf hinzuweisen, daß sich die Tragfähigkeit einer Konzeption erst dann erweise, „wenn man ein System hat, das hinterher auch ohne die Erfinder funktioniert“<sup>215</sup>.

Bahr blieb mit der Ostpolitik unter Kanzler Schmidt jedoch auch persönlich befaßt. Wie schon unter Brandt lief auch unter Schmidt der inoffizielle Informationskanal zwischen deutschem Kanzler und sowjetischem Generalsekretär über Egon Bahr.<sup>216</sup> In der Regierung Schmidt kristallisierte sich somit eine Art „ostpolitischer Arbeitsteilung“ heraus, die mehr oder weniger unfreiwillig in den Jahren 1973/74 entstanden war: Egon Bahr pflegte die inoffiziellen Kontakte nach Moskau, Herbert Wehner die nach Ost-Berlin.

Inhaltlich war der Regierungswechsel 1974 kein Abschied von der Bahrschen Konzeption, schon gar nicht im Sinne eines radikalen Bruches. Die Grundrichtung blieb erhalten. Schmidt hatte die bilaterale Ostvertragspolitik unterstützt und Bahrs Beitrag an deren Zustandekommen ausdrücklich gewürdigt. Anlässlich der Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens schrieb er ihm z.B. am 3.9.1971: „Lieber Egon, die heutige Unterschrift der vier Mächte vollendet einen wichtigen Schritt, der ohne Dich schwerlich so erreicht worden wäre. Laß’ Dir herzlich die Hand drücken. Ich bin innerlich sehr befriedigt, weil wir alle uns über die konzeptionelle Anlage unserer Ostpolitik bestätigt finden. [...] Wenn ich auch mit manch anderen Ergebnissen unserer Regierung nicht gerade begeistert einverstanden bin, so ist der heute erzielte Erfolg doch etwas, das mich innerlich stolz macht, dazu beigetragen zu haben. Dein Beitrag war um ein Vielfaches größer – und es wird noch vieles von Dir verlangt werden. Vielleicht freut es Dich zu wissen, daß Dich dabei das

213 Brief Bahrs an Roy Blumenthal; 31.5.74. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 112 B.

214 Brief Bahrs an Heinrich Albertz; 29.5.74. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 112 B.

215 Cramer: „gefragt: Egon Bahr“, S. 66.

216 Helmut Schmidt unterstrich später die Wichtigkeit dieses inoffiziellen Kanals: „Ich selbst habe mich selbstverständlich auch meiner back-channels zu ausländischen Staatslenkern und Spitzenpolitikern bedient. Auf diese Weise konnte ich zum Beispiel – trotz meiner Urheberschaft an dem gegen die Sowjetunion gerichteten Nato-Doppelbeschuß, den ich auch in Moskau vehement vertreten habe – ein gutes persönliches Verhältnis zu Breschnew aufrechterhalten.“ (Schmidt, Helmut: Das Jahr der Entscheidung, Berlin 1994, S. 123.)

Bahr schrieb in einem Brief an Schmidt über die Bedeutung dieses „back-channels“: Dies „ist der Weg, über den ohne diplomatische Umschweife oder Formalitäten ein politisch offener Gedankenaustausch stattfindet. Er ist in den letzten Monaten insoweit interessanter geworden, als sich der Partner auf der anderen Seite diese Verbindung reserviert hat, unabhängig von seinen sonstigen Apparaten, vielleicht auch zu ihrer Kontrolle. Daher ist wichtig, daß keine Rückkopplungseffekte erfolgen, indem man Kenntnisse aus der einen Verbindung auf offizielle überträgt. Jedenfalls wird jeder offizielle Schritt erst dann volle Durchschlagskraft gewinnen, wenn er auf dem inoffiziellen Weg unterstützt oder vorbereitet wird, zumal man erfahrungsgemäß nicht immer sicher sein kann, an welchen Ecken des dortigen Außenministeriums oder des ZK-Apparats Dinge hängenbleiben.“ (Brief Bahrs an Helmut Schmidt; 25.11.74. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 409 A.)

uneingeschränkte Vertrauen begleitet Deines H.S.“<sup>217</sup> Dieser Brief ist ein weiterer Beleg dafür, daß zwischen Schmidt und Bahr in deutschlandpolitischen Grundsatzfragen kein Dissens herrschte. Auch über die zweite Stufe der Gesamtkonzeption bestand weitreichendes Einvernehmen. „Rüstungsbegrenzung und -kontrolle in Mitteleuropa“ hatte Schmidt ja seit langem gefordert.<sup>218</sup>

Probleme ergaben sich erst, als im Laufe der 70er Jahre der beiderseitig akzeptierte, untrennbare Zusammenhang von „Sicherheit und Entspannung“ zunehmend zu einem vermeintlichen oder tatsächlichen Prioritätenkonflikt zu werden schien und das ursprünglich dynamische Konzept der langfristigen Status-quo-Überwindung zu einem statischen Konzept der Status-quo-Erhaltung zu werden drohte. Helga Haftendorn weist zu Recht auf diese Problematik hin: „Die Gefahr dieses relativ statischen Konzeptes bestand darin, daß es als Vorwand zum Verzicht auf eigene politische Initiativen genutzt werden konnte – wozu einige Vertreter des Auswärtigen Amtes neigten – und daß es keine Antworten auf die Zukunft der deutschen Frage gab. Es war daher sicher kein Zufall, daß Männer wie Bahr [...] sich mit dieser die Phantasie wenig beflügelnden Politik des Gleichgewichts nicht zufrieden gaben, sondern über alternative Sicherheitskonzeptionen nachzudenken begannen, die explizit Lösungsmöglichkeiten für die deutsche Frage einbezogen.“<sup>219</sup>

Das existierende System des „Gleichgewichts der Kräfte“ durfte – so Bahrs Vorstellung – nicht zum Ziel der Entspannungspolitik werden, sondern es galt ihm als Voraussetzung für die Schaffung eines neuen Gleichgewichts in Form eines „Europäischen Sicherheitssystems“.

217 Brief Helmut Schmidts an Bahr; 3.9.71. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 346.

218 Vgl. Schmidt, Helmut: Verteidigung oder Vergeltung, S. 177ff.

219 Haftendorn: Sicherheit und Entspannung, S. 734.

## 18 Schlußbetrachtung

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Büchler meinte im Frühjahr 1990, „die Wirklichkeit“ sei „über Bahr, seine Thesen und seine Geheimdiplomatie hinweggefegt“<sup>1</sup>. Tilman Fichter, Referent beim Parteivorstand der SPD, urteilte sogar, der erfahrene Außenpolitiker Bahr sei „an der Realitätsferne der Realpolitik“<sup>2</sup> gescheitert. Beide Einschätzungen treffen zu und zielen dennoch, als Vorwurf auf die Bahrsche Deutschlandpolitik gemünzt, am Kern der historischen Wahrheit vorbei, denn sie bewerten Geschichte ausschließlich vor dem Hintergrund des 9. November 1989.

Die konzeptionellen Ansätze und Vorschläge Bahrs in all ihren Varianten – also „Wandel durch Annäherung“, „Neue Ostpolitik“, „Gemeinsame Sicherheit“ oder auch die Idee der zwei Friedensverträge – waren jedoch Modelle, die vor dem Umbruch im Osten, also auf der Basis von Teilung und Blockkonfrontation entstanden. Der aktuelle Streit über Ziele und Folgen der Ostpolitik ist vor diesem Hintergrund oftmals unhistorisch, weil er die Zeitumstände und den geschichtlichen Kontext außer acht läßt. Die Frage der Realitätsferne bzw. Realitätsnähe von Bahrs Deutschlandkonzeption darf nicht allein an den Realitäten der Jahre nach 1989 gemessen werden, sondern an den Realitäten, von denen die Architekten dieser Politik auszugehen hatten, als sie ihre Modelle entwarfen.

Die vorliegende Arbeit fragte vor allem nach den Intentionen der „Schlüsselfigur Egon Bahr“. Die Prämissen seiner Politik entwickelte Bahr bereits in den 50er Jahren. Der Grundsatz einer Unvereinbarkeit von NATO und deutscher Einheit, die starke Akzentuierung der amerikanischen Sicherheitsgarantie, die Priorisierung von deutscher Einheit gegenüber westeuropäischer Integration sowie die Erkenntnis, daß der Schlüssel zur Vereinigung in Moskau liege, waren Konstanten der Bahrschen Konzeption.

Diese Kontinuität seiner Prämissen, bei gleichzeitiger Flexibilität in den Methoden, hebt Bahrs Deutschlandkonzeption aus der Vielzahl jener Vorstellungen und Vorschläge, die in der Nachkriegszeit zu diesem Thema entwickelt wurden, hervor. Die Kontinuität und Beharrlichkeit, mit der er sich über vier Jahrzehnte den deutschlandpolitischen Fragen widmete, erklärt auch, warum „Wandel durch Annäherung“ und „Gemeinsame Sicherheit“ keine politischen „Eintagsfliegen“ waren, sondern alle Veränderungen überdauerten und zum kontroversen Leitfadens bundesdeutscher Ost- und Deutschlandpolitik wurden. Arnulf Baring betont zu Recht, daß für Bahr „die Ost- und Deutschlandpolitik nicht nur das Feld unaufhörlichen beruflichen Nachdenkens, sondern zugleich eine Lebensaufgabe, eine Leidenschaft: seine Mission“<sup>3</sup> war.

Egon Bahrs Ziel war die „Deutsche Einheit“. Sein Instrument war die Ostpolitik. 1957 erklärte Bahr, „die begonnene Phase der deutschen Nachkriegsgeschichte“

heiße „Ostpolitik“<sup>4</sup>. 35 Jahre später bilanzierte Bahr die schicksalhafte Bedeutung der Entspannungspolitik: „Die Ostpolitik war die Geschichte der deutschen Selbstbestimmung, auch nach Westen. Am Ende hatten wir das Gewicht im Osten, aber eben auch im Westen und das Vertrauen, das die Einheit ermöglichte. [...] Ostpolitik war nicht nur deutsche Selbstbestimmung, sondern Gewöhnung an den Gedanken, daß der Osten unser Schicksal bleibt.“<sup>5</sup>

Ostpolitik war in diesem Sinne jedoch nicht bloß „Schicksal deutscher Politik“, sondern auch persönliches Schicksal für Egon Bahr. 1995 unterstrich er: „Wer sich mit Rußland einläßt, kann die Berührung mit Tragik nicht vermeiden.“<sup>6</sup> Nicht frei von einer gewissen politischen Tragik war auch die Tatsache, daß Bahr sich nach der von ihm gewollten Vereinigung unvermittelt abermals im politischen Widerstreit befand. Der Sozialdemokrat sah sich selbst am Ziel seiner Träume und gleichzeitig zum Teil ehrabschneidenden Vorwürfen ausgesetzt.

„Wandel durch Annäherung“ blieb auch nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit ein aktuelles und strittig diskutiertes Thema. Kernpunkt der Auseinandersetzung war nun die Frage, welcher Anteil an der Vereinigung der Entspannungspolitik zukam. Hat die Ostpolitik die Einheit erst ermöglicht oder den Zusammenbruch im Osten durch Stabilisierung verzögert? Datieren der 9. November 1989 und der 3. Oktober 1990 den Erfolg oder das Scheitern der Bahrschen Deutschlandkonzeption? Trifft auf Bahr der Vorwurf zu, er habe zwar die Grundlagen gesät, aber die Ergebnisse nicht mehr ernten wollen?<sup>7</sup> Diese Fragen kann man nur zutreffend beantworten, wenn man sich die Prämissen von Bahrs Deutschlandkonzeption stets vergegenwärtigt und seine Politik vor diesem Hintergrund bewertet.

Henry Kissinger, der die Bahrsche Ostpolitik aufgrund ihrer nationalen Zielsetzung anfangs skeptisch beurteilt hatte, meinte 1992 über Bahr: „Ich kenne keinen Politiker, der über bessere analytische Fähigkeiten verfügt. Und die höchste Belohnung, die einem Staatsmann zuteil werden kann, hat er wohl verdient: die Verwirklichung seiner Träume der sechziger Jahre in den Neunzigern.“<sup>8</sup> Zu einem ganz ähnlichen Urteil kommt der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der 1992 an Bahr schrieb: „Sie sind buchstäblich der einzige, an den ich zu denken vermag, wenn einer zu nennen ist, der drei Dinge im Bezug auf Deutschland in den letzten fünfundzwanzig Jahren zu verbinden wußte: die unerbitt-

4 Bahr: „Sieg der Vernunft!“ Referat auf dem 1. Kreisvertretertag 1957/58 des Kreises Zehlendorf der SPD am 23.3.57. In: Dep. E.B., AdsD, Ord. 372.

5 Bahr: Souverän für Deutschland. In: Die ZEIT, Nr. 43 (16.10.92), S. 20.

6 Bahr: Nachwort. In: Keworkow, Wjatscheslaw: Der geheime Kanal. Moskau, der KGB und die Bonner Ostpolitik, Berlin 1995, S. 271.

7 Brigitte Seebacher-Brandt formulierte diesen Vorwurf 1991: „Es ist beklagt worden, daß andere ernten, was Sozialdemokraten gesät hätten. Es ist nicht beklagt worden, daß sie kaum noch hatten ernten wollen. Unter Berufung auf die Ostpolitik wurde der Nationalstaat, jedenfalls der deutsche, für überholt erklärt und die Existenz der DDR auch deshalb hochgehalten, weil sie von der Bundesrepublik so sehr verschieden war. Die Überzeugung saß tief, und sie hatte sich auch dadurch verstärkt, daß einstige Wegbereiter der Ostpolitik als entschiedene Zweistaatler hervortraten.“ (Seebacher-Brandt, Brigitte: Die Linke und die Einheit, Berlin 1991, S. 48.)

8 Kissinger, Henry A.: „Seine Träume der sechziger Jahre wurden in den Neunzigern Wirklichkeit“. In: Lutz, Dieter S. (Hrsg.): Das Undenkbare denken. Festschrift für Egon Bahr zum siebzigsten Geburtstag, Baden-Baden 1992, S. 119.

1 Steingart, Gabor: Sauber vorbereitet. Die Sozialdemokraten haben ihren Ostpolitiker Bahr aufs Abstellgleis geschoben. Nach vorn drängt Norbert Gansel. In: Wirtschaftswoche (2.3.90).

2 Fichter: Die SPD und die Nation, S. 185.

3 Baring: Unser neuer Größenwahn, S. 145.

liche nüchterne gedankliche Analyse, die Gabe des einfachen öffentlich verständlichen Begriffs und, vor allem, die verändernde politische Tat selbst. Auch wenn die Wege, die Sie gingen, nicht immer leicht zu durchschauen waren oder jedenfalls erst dann, wenn dem In- und Ausland keine andere Wahl blieb, als zu folgen, so war doch die Grundrichtung vollkommen klar. [...] Vielleicht waren Sie nicht immer offen gegenüber allen politischen Mitmenschen, aber unerschütterlich aufrichtig gegenüber den Verhältnissen. Das gibt Ihnen die ethische Legitimation und verleiht Ihrer Stimme ein unvergleichliches Gewicht.“<sup>9</sup>

Um zu bewerten, ob eine Politik erfolgreich war, muß man nach den Intentionen und den Zielen dieser Politik fragen. Akzeptiert man für Bahr die herausragende Bedeutung der nationalen Motivation, so könnte man – wie Kissinger dies offensichtlich tut – bilanzieren: Die Einheit ist erreicht und Egon Bahr am Ziel. Doch dieser Schluß wäre zu einfach, würde er doch ebenfalls die Bahrschen Prämissen unberücksichtigt lassen.

Wo hat Bahr – gemessen an seinen Grundannahmen – Recht behalten, wo irrte er? Egon Bahrs Prämisse „NATO und deutsche Einheit schließen einander aus“ erwies sich als falsch. Deutschland ist vereinigt und Mitglied der NATO, ein Umstand, den sich allerdings noch im ersten Halbjahr 1990 nur die wenigsten, selbst innerhalb der Bundesregierung, vorstellen konnten. Die starke Betonung des sicherheitspolitischen Primats erwies sich als Manko innerhalb der Bahrschen Deutschlandkonzeption. Die einseitige Fixierung auf sicherheitspolitische Fragestellungen führte, speziell in den 80er Jahren, zu einer Vernachlässigung gesellschaftspolitischer Fragestellungen. Bahr verwies 1992 selbst auf diese Schwäche seiner Konzeption: „Der wirkliche Irrtum bei mir war, das sehe ich jetzt, in den letzten 35 Jahren immer geglaubt zu haben: Da der Kern des Ganzen die Sicherheit, die Machtfrage ist, muß man dafür sorgen, daß es Kriege nicht mehr geben kann. Dann wird die Politik und alles andere hinterherkommen. Einschließlich der deutschen Einheit, einschließlich der Überwindung der Spaltung Ost und West in Europa. Das war falsch. Die Politik hat die Sicherheitsfrage überholt.“<sup>10</sup> „Der logische Schluß, beide Pakte müßten von einem europäischen Sicherheitssystem ersetzt werden, um die Einheit zu ermöglichen“<sup>11</sup>, habe sich als falsch erwiesen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Paktes wurde von Bahr nicht einkalkuliert. Ziel seiner Strategie war eine schrittweise Transformation des Konflikts. Die Vorstellung eines Zusammenbruchs der Sowjetunion war bei ihm mit dem Bild einer gewaltsamen Explosion, nicht einer friedlichen Implosion verbunden. Der Journalist Martin E. Süskind schreibt zu Recht, daß die Vorstellung, „daß der Zusammenbruch des Kommunismus sich derart zügellos und ohne Lebensgefahr für Europa vollziehen würde, daß er sich partout nicht an den viel logischeren Weltenplan halten wollte, wonach Stabilität zu Sicherheit, Sicherheit zu Zusammenarbeit, Zusammenarbeit zu Frieden und Frieden zu Freiheit führen sollten“<sup>12</sup>, im Denken Bahrs nicht vorgesehen war.

<sup>9</sup> Brief Richard von Weizsäcker an Egon Bahr vom März 1992.

<sup>10</sup> Bahr: „Indem ich durch diese Hölle gegangen bin“. Interview in: Die ZEIT, Nr. 12 (13.3.92), S. 58.

<sup>11</sup> Bahr: Sicherheit für und vor Deutschland, S. 9.

<sup>12</sup> Süskind, Martin E.: Ein Deutscher – endlich doch am Ziel. Der SPD-Politiker Egon Bahr wird 70 Jahre alt. In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 65 (18.3.92), S. 6.

Allerdings muß man sich vor dem Hintergrund der zahllosen militärischen Konflikte auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und des Krieges im ehemaligen Jugoslawien die Frage stellen, ob wir tatsächlich Zeugen eines friedlichen Zusammenbruchs werden?

Egon Bahrs Äußerungen aus den Jahren 1990 und folgende machen auf jeden Fall deutlich, daß für ihn die Idee eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems mehr war als nur ein Instrument zur Verwirklichung der deutschen Einheit. Ein kollektives Sicherheitssystem war vielmehr im Denken Bahrs ein eigenständiges politisches Ziel, auf dessen Umsetzung er daher nach 1990 den Schwerpunkt seiner politischen Arbeit legte: „Die Europäische Friedensordnung, die vor der Zeitenwende angestrebt wurde, muß nun eben nachgeholt werden. [...] Statt über das Ende der Geschichte philosophieren zu können, gibt es für viele Staaten in Europa den Neubeginn oder gar den Anfang ihrer Geschichte, nachdem die disziplinierende Klammer des Blocks entfallen ist.“<sup>13</sup>

Mit einer anderen Prämisse seiner Deutschlandpolitik behielt Bahr jedoch uneingeschränkt recht. Der Schlüssel zur deutschen Einheit lag in Moskau. Es war im Prinzip der Schlüssel zu den Kasernen der Roten Armee. Als Gorbatschow die Breschnjew-Doktrin außer Kraft setzte, war die deutsche Vereinigung im Grundsatz entschieden. Die Frage, was die Entspannungspolitik zu dieser Entwicklung beigetragen hat, läuft letztlich auf die Frage hinaus, wer oder was Gorbatschow ermöglicht hat. Waren Glasnost und Perestrojka, das Neue Denken in der sowjetischen Außenpolitik und die Idee vom „gemeinsamen Haus Europa“ Folge der amerikanischen Hochrüstung unter Reagan oder Anknüpfung an die Entspannungspolitik der siebziger Jahre? Im Prinzip stimmt beides. Das Drehen der Rüstungsspirale hat die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Sowjetunion erschöpft, und mit SDI drohte eine neue Runde im Rüstungswettbewerb der Supermächte. Dies machte Veränderungen in der sowjetischen Außen- und Innenpolitik zwingend erforderlich.

<sup>13</sup> Bahr: „Ohne Frieden ist alles nichts“. Rede in Tutzing am 11. Oktober 1993. In einem Artikel für die ZEIT konkretisierte Bahr am 15. Oktober 1993 seine sicherheitspolitischen Zukunftsvorstellungen: „Weder NATO noch KSZE sind völkerrechtlich fähig, die Sicherheit der europäischen Staatengemeinschaft zu garantieren. Die Uno auch nicht. [...] ‚Europäische Sicherheitsgemeinschaft‘ (ESG) [...] Wenn nicht jetzt, wann eigentlich dann ist die Zeit reif, die phantastische Chance zu nutzen, daß Europa zum ersten Mal in seiner Geschichte auf friedlichem Wege sich wenigstens insofern eint, Krieg zwischen seinen Staaten abzuschaffen. [...] Dazu sind eine Erkenntnis und der Mut zu einem qualitativen Sprung nötig: Am Ende des opferreichsten Jahrhunderts der Weltgeschichte darf staatliche Souveränität nicht länger als Kriegsführungssouveränität begriffen werden. Wenn der Zirkel archaischer Gewalt durchbrochen werden soll, muß die Gewaltoption aus der einzelstaatlichen Verfügungsgewalt in die Obhut der internationalen Rechtsgemeinschaft übergehen. Die europäische Sicherheitsgemeinschaft ist also als kollektives System zu organisieren., bei dem grundsätzlich jeder Teilnehmerstaat verpflichtet ist, jedem zu helfen, der von innen oder außen Objekt einer Aggression wird. Aus der Problematik der Intervention wird Ordnungsrecht und Ordnungspflicht innerhalb der Gemeinschaft; nach außen gilt Verteidigung. Gewaltverzicht zur Änderung der bestehenden staatlichen Grenzen und der Respekt für gleiche Minderheitenrechte in allen Staaten sind die beiden Grundpfeiler für alle Teilnehmer, und zwar unabhängig vom Stand ihrer inneren Entwicklung in Bezug auf Demokratie, Markt oder religiöse Überzeugungen. [...] Die Gemeinschaft muß allen KSZE-Staaten offenstehen. Nicht alle müssen ihr beitreten. Sie muß mit Mehrheit entscheiden, ein System der rechtzeitigen Krisenerkennung mit einer Skala präventiver Möglichkeiten bis zur rechtzeitigen Stationierung von Streitkräften der Gemeinschaft in Krisengebieten vorsehen, um dem offenen Ausbruch von Gewalt vorzubeugen.“ (Bahr: Ohne Frieden ist alles nichts. In: Die ZEIT, Nr. 42 (15.10.93), S. 15.)

Keineswegs zwingend war jedoch die Gestalt dieser Veränderungen. Daß man in der UdSSR den Weg der Reformen wählte, daß man die Führung des Staates einem Mann wie Gorbatschow übertrug, der die Idee der „Gemeinsamen Sicherheit“ fast gänzlich übernahm und in einer Annäherung an den Westen eine erfolversprechende Strategie für die Reform der sowjetischen Gesellschaft sah, war zum Großteil ein Verdienst der Entspannungspolitik. Geschichte vollzieht sich nicht nach historischen Gesetzmäßigkeiten, auch wenn sich diese Zwangsläufigkeiten im Rückblick leicht konstruieren lassen. Statt des Reformers Gorbatschow hätte 1985 auch ein sowjetischer General die Macht im Kreml übernehmen können. Daß im Tauziehen zwischen Tauben und Falken, zwischen Kooperation und Konfrontation, letztlich die Option Zusammenarbeit obsiegte, hatte auch einen Grund in der Tatsache, daß die Entspannungspolitik der 70er Jahre ein erfolversprechendes Dialogangebot geschaffen hatte. Das Feindbild der 50er und 60er Jahre, der Sozialdemokratismus, wurde quasi zum Konzept der 80er Jahre, mit allen daraus resultierenden Folgen für die sowjetische Innen- und Außenpolitik sowie für die Bündnispolitik des Warschauer Paktes. Egon Bahr faßte diese Entwicklung 1993 folgendermaßen zusammen: „Ein Sowjetmensch meinte einmal zu der Zeit, in der Gorbatschow Präsident der Sowjetunion war, man könne sagen, daß Bernstein Lenin besiegt habe. [...] Auf das Denken in Moskau einzuwirken, war ein genauso entscheidender Faktor in der zweiten Phase der Ostpolitik, wie die Erkenntnis der ersten Phase war, daß in Moskau der Schlüssel für die Vertragspolitik läge. Es hat ja schließlich auch gestimmt, daß die Veränderung des Denkens in Moskau eine Qualität von Demokratisierung, Pluralität und Elementen der Marktwirtschaft gewann, die von der Führung der DDR nicht mehr mitgemacht werden konnte, ohne ihre Existenz zu gefährden. Ich glaube, daß diese Vorgänge im Ergebnis sozialdemokratischer ostpolitischer Strategie elementarer gewirkt haben als die jeweiligen Oppositionen, denen schließlich erst der Raum durch Entspannungspolitik geschaffen worden war, in dem sie sich zunehmend und mit Mut und mit hohem Risiko entfalten konnten.“<sup>14</sup>

---

14 Bahr: Die Deutschlandpolitik der SPD nach dem Kriege. In: Dowe, Dieter (Hrsg.): Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982–1989, S. 27f.